DER RABE RALF

WASSER-VOLKSBEGEHREN *Seite 16/17*
Machen Sie mit! - Alle Infos und die Unterschriftslisten

Ölpest - Golf von Mexiko *Seite 8/9*
War es menschliches oder technisches Versagen?

Bewegung für Klimaschutz *Seite 15*
Alternative Umwelt- und Klimaverhandlungen in Bolivien

Die Berliner Umweltzeitung **August / September 2010**

Herausgegeben seit 1990 von der GRÜNEN LIGA Berlin e.V. - Netzwerk ökologischer Bewegungen

AKW-Laufzeitverlängerung verhindern

18. September in Berlin: Großdemonstration „Atomkraft - Schluss jetzt!“

Die schwarz-gelbe Bundesregierung und die Atomlobby beraten den ganzen Sommer über Details der vermutlich anstehenden Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke. Bundesumweltminister Norbert Röttgen, der sich als neues grünes Gewissen der CDU etablieren will, hat erklärt, dass es bei einer Verlängerung der AKW-Laufzeiten über acht Jahre hinaus neue Sicherheitsbewertungen geben müsse und dies eine Zustimmung des Bundesrats nötig mache. Darf der Bundesrat mitreden, könnte dies bedeuten, dass die Laufzeitverlängerung scheitert, da Schwarz-Gelb in der Länderkammer keine Mehrheit mehr hat.

Röttgens Festlegung auf eine relativ kurze AKW-Laufzeitverlängerung von acht bis zehn Jahren führte in der CDU/CSU zu massivem Protest. Bis Ende August wird ein Gutachten erstellt, das Für und Wider verschiedener Laufzeit-Szenarien darstellen soll. Die Streitparteien in der Koalition sollten sich bis zur Veröffentlichung des Gutachtens mit Äußerungen zurückhalten.

Nach einem Treffen von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) mit allen Länderkollegen bestätigte das Umweltministerium inzwischen, dass die Bundesregierung Ende August die Eckpunkte ihres Energiekonzepts vorlegen wird. Darin seien auch die Zusatzlaufzeiten für die Atomkraftwerke enthalten. Die Grünen- und SPD-Umweltminister der Bundesländer kritisierten das von Röttgen vorgestellte Konzept als „widersprüchlich“ und „Einknicken vor der Atomlobby“.

„Das ganze Konzept ist offensichtlich um den politischen Willen herumgestrickt, die Atomkraft länger laufen zu lassen“, sagte die rheinland-pfälzische Umweltministerin Margit Conrad (SPD). „Das Vergleichsszenario für eine Energieversorgung ohne Atomkraft ist unseriös: Es geht von keinerlei ambitionierten Zielen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz aus.“ Zudem habe Röttgen die Länder nie ernsthaft beteiligt, obwohl sie betroffen seien und der Bund sie für die Umsetzung brauche.

Foto: GRÜNE LIGA

Auch die Umweltministerinnen von Brandenburg und Berlin, Anita Tack und Katrin Lompscher (beide Linkspartei) kritisierten Röttgens Pläne als „umwelt- und wirtschaftspolitisch kontraproduktiv“. Er gefährde Deutschlands führende Rolle in den Zukunftsbranchen erneuerbare Energien, Energieeffizienz und intelligente Stromnetze. Sie kündigten an, AKW-Laufzeitverlängerungen im Bundesrat zu stoppen. Damit drohten

Fortsetzung auf Seite 4

PVSt - DPAG - A 14194 - IV (2010) - Entgelt bezahlt • DER RABE RALF, Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin, Tel. (030) 44 33 91-47/-0, Fax -33 • ISSN 1438-8065 • 21. Jahrgang, Nr. 157

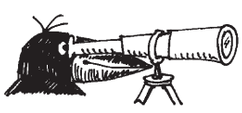
Liebe RABE RALF-Leser/-innen,

heißer Sommer - diese Ausgabe unserer Umweltzeitung entstand in der extremen Berliner Julihitze mit Temperaturen weit über 30 Grad

EditoriaL

auch im Redaktionsbüro.
Heißer Herbst - den hat die Anti-Atom Bewegung angekündigt. Am 18. September gibt es eine bundesweite Großdemonstration in Berlin. Weitere Proteste werden im November beim Castor-Transport im Wendland erwartet. Lesen Sie dazu unser Titelthema.
Wir unterstützen das Wasser-Volksbegehren in Berlin. Deshalb gibt es im RABEN RALF alle Informationen und die Unterschriftenlisten zum Sammeln. Ein Appell an die Leser/-innen: Sammelt Unterschriften für das Volksbegehren bei Freunden, Nachbarn und Kollegen!
Weitere Themen in dieser Ausgabe sind: Ölpest im Golf von Mexiko, Offshore Windenergie, Klimaschutz auf dem Holzweg und vieles mehr.
Die Redaktion wünscht viel Spaß bei der Lektüre der neuen Ausgabe.
Für Anregungen, Kritik und Lob sind wir immer dankbar - schreiben Sie uns!

Jochen Mühlbauer



Grüne Oasen in der Großstadt

Beratung der GRÜNEN LIGA zur Begrünung von Balkonen, Höfen und Vorgärten

Wem in der Stadt kein grüner Hof oder Vorgarten zur Verfügung steht kann sich auch aus seinem Balkon seine kleine und ganz private Oase schaffen. Die Vielfalt der Balkonpflanzen ist riesig und geht weit über die allseits bekannte Geranie oder Fuchsie hinaus. Zu empfehlen ist, auf dem Balkon möglichst viele einheimische Pflanzen mit ungefüllten Blüten zu pflanzen. Diese bieten Nahrung in Form von Nektar für Bienen und Schmetterlinge. Die notwendige Blumenerde stammt, so möglich, am besten aus dem eigenen Kompost oder der Gärtnerei. Erde aus dem Bau- oder Supermarkt besteht oft aus Torf, der in Mooren abgebaut wird, die dadurch unwiederbringlich zerstört werden.

Die Bepflanzung eines Balkons ist auch sehr vom Lichteinfall bestimmt. Da Pflanzen in Kübeln und Töpfen nur ein begrenzter Wurzelraum und somit auch ein verkleinerter Wasserspeicher zur Verfügung steht, haben sie besonders auf Südbalkonen einen erhöhten Wässerungsbedarf.

Auf sonnigen Balkonen kommen viele Wiesenstauden gut zurecht. So gedeihen dort Kamille, Schafgarbe, Rainfarn, Glockenblume, Wiesenglockenblume und Katzenminze. Auch viele Gräser und Küchenkräuter gedeihen gut in der vollen Sonne. Für den Kräuterkasten eignen sich mediterrane Pflanzen wie Salbei, Thymian und Basilikum und kleine Sträucher wie Rosmarin und Lavendel.

Sehr hitzeverträglich und anspruchslos, da sich in den Blättern ein Wasserspeicher befindet sind dickfleischige Pflanzen wie Fetthenne (Sedum), Hauswurz (Sempervivum) oder Echeverie (Echeveria).

Begrünte Balkone - eine optische Bereicherung

Foto: Oliver Sadler

Bei einem halbschattigen Balkon ist im Sommer auch mal ein längerer Wochenendausflug ohne Gießen möglich. In schattigen Ecken gedeihen Farne, Funkien und Waldmeister. An lichteren Stellen Storchschnabel (Geranium), Gundelrebe (Glechoma), viele Küchenkräuter wie Petersilie, Schnittlauch und Dill, Erdbeeren und Purpurglöckchen (Heuchera).

In großen Töpfen gedeihen auch Malven, Rittersporn, Chinaschilf, Bambus und Lilien. Selbst kleinere Gehölze wie Buddleja und Rosen blühen bei entsprechendem Platzangebot auf Balkonen sehr schön.

Auch Kletterpflanzen wie die Selbstklimmer Efeu und Wein aber auch Clematis und Geißblatt (Lonicera) gedeihen gut in großen Kübeln. Doch gibt es manchmal Abstimmungsprobleme mit den Vermietern, da manche Schäden an der Fassade befürchten. Diese Zweifel lassen sich zwar meist aus der Welt schaffen, doch trotzdem erlauben es einige Eigentümer nicht.

Wer sich eine Oase inmitten der Großstadt und auch noch direkt vor der Haustür anlegen möchte, begrünt seinen Hinterhof oder seinen Vorgarten. Jeder grüne Hinterhof in der Stadt ist jedoch nicht allein ein Stück Grünfläche, sondern auch Lebensraum für Mensch und Tier und zudem ein Ort der Kühlung. Entsiegelte und bepflanzte Flächen speichern und verdunsten über Böden und Blattoberflächen eine Menge Wasser und kühlen somit das in den Sommermonaten oft so heiße Stadtklima.

Beratung zur Begrünung von Balkonen, Höfen und Vorgärten gibt die GRÜNE LIGA mit ihrem Projekt „Berliner Hofgärten - Grüne Höfe für ein gutes Klima“: Tel.: 030/ 44339149 hofberatung.berlin@grueneliga.de

Karen Thormeyer

Aus dem Inhalt

Offshore-Windenergie 3
Atomkraft - Schluss jetzt! 4
Klimaschutz auf Holzweg 5
SPD und Konflikt A 100 6
Aktionstag Zukunftsfähigkeit . . . 7
Ölpest im Golf von Mexiko . . . 8/9
Neues EU-Biosiegel 10
Infodienst Gentechnik. 11
Unterwegs im Grunewald 12
Parkanlagen in Mitte. 13
Protest - CO_2-Endlagereung . . 14
Alternative Klimakonferenz. . . . 15
Wasser-Volksbegehren 16/17
Naturerlebnis Barnim 18
Wild,wilder, Wildnis?. 19
Energiewende 20
Film - „Die Letzten ihrer Art“ 21
20 Jahre Ozon (2) 22/23

Ralf kocht 24
Kleine Umwelthelden 25
Umweltbibliothek 27
Termine/Kleinanzeigen. . . . 28/29
Impressum/Leserbriefe 30
Umweltadressen 31

Klaus Wowereit bei der GRÜNEN LIGA - Der Regierende Bürgermeister besuchte am 28.Juli den grünen Hof in der Prenzlauer Allee.
(v.l.n.r.) Karen Thormeyer (GRÜNE LIGA) Berlin), Dr. Thorsten Ehrke (stellv. Vorsitzender GRÜNE LIGA), Klaus Wowereit (SPD)

Foto: Evelin Bulling

Die GRÜNE LIGA Berlin gratuliert herzlich Wolfgang Heger, Bezirksgruppe Pankow und Mitglied des Landessprecherrates, zum 70. Geburtstag

Wir bedanken uns für sein tatkräftiges Wirken für Natur- und Umweltschutz, besonders im Naturschutzgebiet Köppchensee und bei der Verteilung des RABEN RALF in Pankow

Regenerative Windenergie

Windanlagen auf dem Meer haben Zukunft

Der Ausbau der alternativen Energien ist unumgänglich. Die Windenergie spielt dabei eine zentrale Rolle. Sie ist eine der wichtigsten Energien in der Zukunft und birgt nicht so starke Sicherheitsrisiken wie zum Beispiel die Atomkraft. Bei Windkraftwerken entsteht kein Kohlendioxid, wie bei der Verbrennung fossiler Energieträger. Allerdings sind schon viele geeignete Flächen für Windkrafträder ausgenutzt, so dass die Zukunft der Windenergie auf dem Meer liegt. Dort weht der Wind stetiger und kräftiger und kann somit für mehr Energiegewinnung sorgen. Langfristig könnten die Windparks im Meer so viel Strom erzeugen, um den Strombedarf in Deutschland zu decken.

Offshore-Windanlage Hooksiel im Wattenmeer (Niedersachsen)

Foto: BARD-Gruppe

Entwicklung der Windkraft

Es wird weltweit schon sehr viel in sogenannte „Offshore Windanlagen“ investiert, denn auf dem Meer ist die Auslastung der Windräder weitaus höher als auf dem Land. Doch es sprechen noch viele andere Gründe für die Offshore Windanlagen. Im Gegensatz zu konventionellen Methoden der Energieerzeugung, zum Beispiel durch Kohle- oder Atomkraftwerke, wo die Energiegewinnung auch Kosten beinhaltet, ist der Rohstoff Wind völlig kostenlos und steht dauerhaft zur Verfügung. Dieser Vorteil ist vor allem für rohstoffarme Länder wie Deutschland sehr entscheidend, denn so steigt die Unabhängigkeit von rohstoffreichen Ländern und die Abhängigkeit vom Weltmarkt wird geringer.

Auch die Investitionskosten rentieren sich schnell und Gewinne stellen sich ein. Windräder können sicher betrieben werden, und sie erzeugen auch keine schädlichen Emissionen. Im Gegensatz dazu weisen konventionelle Methoden, die Strom erzeugen, hohe Sicherheitsrisiken auf und verursachen umweltschädliche Emissionen. Keine Form der Energiegewinnung braucht so wenig Platz wie die Windenergie. Die verbrauchte Fläche liegt bei unter einem Prozent der für Windanlagen ausgewiesenen Flächen. Windräder verursachen Geräusche und können das Landschaftsbild stören, Faktoren, die auf dem Meer keine Rolle spielen.

In Deutschland entwickelt sich die Windenergie stetig nach oben. Dem Nord- und Ostseeraum wird bei der Entwicklung von „Offshore Windanlagen“ vorrausichtlich eine zentrale Rolle zukommen. Durch optimale Gewässertiefe und die Nähe zu großen Ballungszentren sind Nord- und Ostsee sehr gut für diese Energieform geeignet. Zusätzlich gilt die Nordsee als ein Gewässer, wo es nie windstill ist, das heißt, der Wind bläst zu 90 Prozent mindestens mit vier Metern pro Sekunde. Es lässt sich also dort ideal Strom von Windenergieanlagen in das Stromnetz einspeisen.

Über mögliche negative Auswirkungen der Windenergie wird schon seit einigen Jahren diskutiert. Besonders die Vögel stehen dabei im Fokus. An Land wurde ein massiver Vogelschlag befürchtet, doch bisher konnten diese Befürchtungen widerlegt werden. Bei einigen Vogelarten treten aber Verhaltensstörungen auf, die auf eine Scheuwirkung der Anlagen deutet. So halten Vögel nach dem Bau eines Windparks beim Brüten größere Distanzen ein. Nach einiger Zeit lässt sich jedoch erkennen, dass ein Gewöhnungseffekt bei den Vögeln auftritt und anschließend kaum noch Veränderungen zu bemerken sind. Zugvögel fliegen um oder über die Anlagen, so dass der befürchtete Vogelschlag ausbleibt.

Im Wattenmeer, wo Windanlagen gebaut werden, wird auf die Natur Rücksicht genommen. Vor der Nordseeküste befinden sich Nationalparks, aber diese werden ausreichend geschützt. So können die Windanlagen nicht vor dem Deich gebaut werden, sondern müssen weit vor den Inselketten von Sylt bis Borkum gebaut werden. Das „Erneuerbare Energien Gesetz“ unterstützt auch diese Entwicklung. Demnach wird der Strom aus Windparks nur vergütet, wenn sie außerhalb von Vogel- und Naturschutzgebieten liegen.

Die meisten deutschen Projekte werden in Wassertiefen von 20 bis 40 Metern errichtet und in 30 Kilometer Entfernung zur Küste geplant. Außer dem Naturschutz ist auch das Übungsgebiet der Marine ein weiter Grund für den relativ weiten Abstand zur Küste und die Windanlagen sind vom Festland aus auch nicht sofort sichtbar.

Förderung der Windanlagen

Es spricht aber trotz der Diskussionen über Netzausbau, Windflauten und technischen Herausforderungen, sehr viel für die Windenergie. Preise für fossile Brennstoffe wie Erdöl und Gas steigen. Die Preise für Windenenergie bleiben konstant. An den Küsten der windreichen Küsten von Schottland und Marokko liegen die Kosten des Windstroms bei 4,5 Cent pro Kilowattstunde. Selbst kleine Inseln wollen schon Windparks bauen, um sich so selbst zu versorgen. So verbreitet sich die Windenergie in den nächsten Jahren über die ganze Welt.

Doch entscheidend für den Erfolg der Windindustrie und die starke Zunahme der Windenergienutzung in Deutschland ist das „Erneuerbare Energien Gesetz“, welches seit dem Jahr 2000 besteht. Es unterstützt die Förderung von erneuerbaren Energien. Bei diesem Gesetz gelten für den Strom von Windanlagen im Meer spezielle Vergütungssätze. Für die Anfangsjahre sind erhöhte Vergütungssätze vorgesehen, um eine frühere Förderung der Windanlagen zu unterstützen.

Genau wie bei Windanlagen an Land setzt die Bundesregierung für die Entwicklung der „Offshore Windanlagen“ auf Initiativen von privaten Unternehmen. Das hat in den letzten Jahren auch für einen schnellen Ausbau der Windenergieleistung an Land gesorgt und könnte sich somit auch bei Anlagen im Wasser bewähren.

Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) möchte mit Hilfe von Bürgschaften bis Ende 2011 feste Investitionsentscheidungen für zehn Windparks in Nord- und Ostsee erreichen. Er will die Windkraft stärker als bisher fördern und Investitionen in Windkraftanlagen auf See und auf dem Land erleichtern. Der Minister verwies zudem auf das Ziel, in zehn Jahren 10.000 Megawatt und in zwanzig Jahren mehr als 25.000 Megawatt Strom mit „Offshore Windenergieanlagen“ zu produzieren. Der Umweltminister äußerte die Erwartung, dass bis 2050 in Deutschland eine vollständige Stromversorgung durch erneuerbare Energien (Wind, Sonne, Wasser, Biogas) erreicht werden kann.

Dies wäre eine sehr positive Entwicklung und langfristig könnte es Wirklichkeit werden, dass nur noch in erneuerbare Energien investiert wird. Denn Atomkraftwerke sind nun wirklich nicht die Zukunft.

Björn Klingspohn

www.offshore-wind.de
www.dena.de

Anzeige

KÖPENICKER WEINLADEN
Faßverleih und mehr
Mo-Fr 14.00-18.30
Sa 10.00-18.00
Tel. 611 90 09
Köpenicker Straße 8 10997 Berlin-Kreuzberg

Fortsetzung von Seite 1: ***AKW-Laufzeitverlängerung verhindern***

auch die grünen Umweltministerinnen der CDU-geführten Länder Hamburg und Saarland.

Experten gegen AKW-Laufzeitverlängerung

Inzwischen machen die Umweltberater der Bundesregierung Front gegen die von Schwarz-Gelb geplante Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke. Um die Elektrizitätsversorgung wie geplant bis zum Jahr 2050 voll auf Ökostrom umzustellen, sei weder ein verzögerter Atomausstieg noch der Bau neuer Kohlekraftwerke notwendig, stellte der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) fest - ein Wissenschaftlergremium, das dem Bundesumweltministerium zuarbeitet.

Die Experten widersprechen damit dem Plan der Regierung, die Atomkraft als „Brückentechnologie" zum Umstieg in die erneuerbaren Energien zu nutzen. Sie argumentieren, dass Windkraft, Solarenergie und Biomasse-Nutzung grundsätzlich bereits mit den heute verfügbaren Technologien die Strom-Vollversorgung in Deutschland und Europa leisten könnten. Hierzulande beträgt der Ökostrom-Anteil zurzeit rund 17 Prozent, bis 2020 soll er auf mindestens 30 Prozent ansteigen und 2050 schließlich 100 Prozent betragen.

Laut SRU müsste dafür der Neubau von Öko-Kraftwerken nur moderat zunehmen und bis 2020 pro Jahr sechs bis acht Gigawatt Leistung erreichen. „Dies würde den Trend der vergangenen Jahre fortsetzen", schreiben die Wissenschaftler in ihrer Stellungnahmen, und dies sei von der Öko-Energie-Branche auch zu bewältigen.

Eine Notwendigkeit, den Atomstromanteil weiterhin hoch zu halten, wird von den Forschern nicht gesehen - ganz im Gegenteil. Sie warnen sogar davor, dass durch „signifikante AKW-Laufzeitverlängerungen Strom-Überkapazitäten im System entstehen".

Die Atomkraftwerke und die vorhandenen beziehungsweise bereits im Bau befindlichen Kohlekraftwerke sollten vielmehr nach und nach abgeschaltet werden. Der Sachverständigenrat kalkuliert bei seinen Berechnungen mit einer Lebensdauer der Kraftwerke von jeweils rund 35 Jahren.

Die Sorge, Elektrizität werde bei Umstellung auf 100 Prozent Ökostrom unbezahlbar, teilt der Sachverständigenrat für Umweltfragen nicht. Die Stromproduktion werde dann wahrscheinlich mittelfristig sogar billiger als in einem System, bei dem Öko- und CO_2-arme konventionelle Kraftwerke gemeinsam betrieben werden, sagen die Experten voraus.

Damit bestätigt der eigene Sachverständigenrat, dass die Pläne der Bundesregierung für eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke absolut sinnlos sind.

Mobilisierung für den„heißen Herbst"

Deshalb bereitet sich die Anti-Atom-Bewegung auf Monate des Protests vor. So mobilisieren die Atomkraftgegner/-innen derzeit massiv für zwei Termine im Herbst. Am 18. September soll mit einer bundesweiten Großdemonstration in Berlin ein Zeichen gegen die Atompläne der Bundesregierung gesetzt werden. Der Höhepunkt der Anti-Atom-Proteste 2010 wird für die erste Novemberhälfte erwartet. Dann soll im niedersächsischen Wendland wieder ein Castor-Transport in das Atommüll-Lager Gorleben gebracht werden. *Jochen Mühlbauer*

Atomkraft - Schluss jetzt!

18. September: Großdemonstration in Berlin mit Umzingelung des Regierungsviertels

Gegen die Mehrheit der Bevölkerung hält die schwarz-gelbe Bundesregierung an ihren Atomplänen fest. Sie will die Laufzeiten für Atomkraftwerke verlängern - und den Bundestag möglicherweise noch im September darüber entscheiden lassen.

Wir sagen: Schluss jetzt!

Wir widersetzen uns dieser unverantwortlichen Atompolitik! Wir dulden es nicht, weiter den Risiken von schweren Atomunfällen ausgesetzt zu sein. Dass die Atommüllberge weiter in die Höhe wachsen, für deren Lagerung es weltweit keine Lösung gibt. Dass der Weiterbetrieb der Atomreaktoren den Weg in eine klimaverträgliche Zukunft mit erneuerbaren Energien verbaut. Wir haben es satt, mit dem Ausstieg auf den Sankt Nimmerleinstag vertröstet zu werden. Wir wollen die Atomkraftwerke abschalten - und zwar jetzt!

Gorleben stoppen!

Wir widersetzen uns auch einer unverantwortlichen Entsorgungspolitik für den tödlichen Strahlenmüll. Gorleben wurde aus politischen Gründen und nicht auf Grund geologischer Eignung als Endlagerstandort gewählt. Das Vorbild für Gorleben - das absaufende und vom Einsturz bedrohte Atommülllager Asse II - zeigt, dass von den Sicherheitsbeteuerungen nichts zu halten ist. Gorleben kommt als Atommülllager nicht in Frage!

Jetzt müssen wir dran bleiben!

Unser Widerstand zeigt Wirkung: Die Bundesregierung ist mit ihren Atomplänen in der Defensive und uneins. Sie spürt den Druck, der von einer neu erstarkten Anti-Atom-Bewegung ausgeht und von einer breiten Mehrheit in der Gesellschaft getragen wird. Jetzt kommt es auf unseren gemeinsamen Protest an!

Komm zur Großdemonstration! Werde aktiv!

Am 18. September wollen wir mit zehntausenden Menschen in Berlin auf die Straße gehen und das Regierungsviertel umzingeln! Damit läuten wir einen heißen Herbst ein, der im November in den vielfältigen Protesten gegen den Castor-Transport nach Gorleben gipfelt. Kommt am 18. September nach Berlin und demonstriert für den Ausstieg! Atomkraftwerke jetzt abschalten - Gorleben stoppen!

www.ausgestrahlt.de

Die Großdemonstration „Atomkraft: Schluss jetzt!" ist eine Aktion von: Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad, .ausgestrahlt, BUND, Campact, Naturfreunde Deutschlands

Schluss jetzt mit Atomkraft! - Großdemonstration und Umzingelung des Regierungsviertels

Samstag, 18. September 13 Uhr, Hauptbahnhof Berlin

Die Regierung will die Laufzeiten für Atomkraftwerke verlängern. Wir widersetzen uns dieser unverantwortlichen Atompolitik. Wir wollen die Atomkraftwerke abschalten - und zwar jetzt! Demonstrieren Sie mit für das Ende der Atomenergie!
www.anti-atom-demo.de
www.ausgestrahlt.de

Anzeige

Lebensmittelmotten + Kleidermotten
Pflanzenschädlinge + Milben
natürlich bekämpfen mit BIp-Produkten
BIp
Biologische Beratung bei Insektenproblemen, Hosemannstr.8, 10409 Berlin
Tel.: 030 42 800 840 Fax-841
www.biologische-beratung.de

Klimaschutz auf dem Holzweg

Pläne zur Verbrennung von importiertem Holz in Berliner Biomasse-Kraftwerken

Vor einem Jahr hat der Stromkonzern Vattenfall nach heftiger Kritik die Planung eines neuen Kohlekraftwerks in Klingenberg annulliert und „mehr Klimaschutz“ in seiner Berliner Unternehmenspolitik zugesichert. Erreicht werden soll das, indem in den bestehenden Berliner Kraftwerken die Anteile der Kohle reduziert und durch Holz ersetzt werden sollen. Außerdem will das Unternehmen zwei neue Biomasse-Kraftwerke mit jeweils 150 Megawatt thermischer Leistung in Klingenberg errichten. Sie ersetzen dort die mit Kohle betriebenen Anlagen und dienen wie diese der Erzeugung von Fernwärme.

Vattenfall erhielt für seinen Kurswechsel Richtung Holz viel Beifall aus der Berliner Politik und selbst aus Teilen der klimapolitisch engagierten städtischen Szene. Die Verbrennung von Holz ist aus rein rechnerischer Sicht klimaneutral. Sie würde den Ausstoß klimabelastender Gase senken, sofern man von Wirkfaktoren wie Waldverlust, Energieaufwand bei Fällung und Transport oder Substanzverlusten durch Lagerung abstrahiert.

Ob allerdings klimapolitische Moral den entscheidenden Anstoß für Vattenfall gab, darf bezweifelt werden. Das Unternehmen wird in den kommenden Jahren zunehmend mehr CO_2-Zertifikate zu immer höheren Preisen auf dem EU-Emissionsmarkt erwerben müssen. Eine Zufeuerung von Holz kann den notwendigen Zukauf an CO_2-Lizenzen verringern. Zufeuerung von Holz wird daher zurzeit von vielen Unternehmen mit Kohlekraftwerken überlegt oder bereits betrieben.

Richtig und unterstützenswert ist natürlich der Verzicht auf das Kohlekraftwerk. Die künftig geplante Nutzung von Holz muss hingegen aus einer klimapolitischen Gesamtschau deutlich negativ bewertet werden. Sie ist zudem unnötig, denn für die Berliner Energieversorgung sind selbst auf kurze Sicht Alternativen möglich, welche die „Sackgasse“ Kohle vermeiden, ohne auf den Holzweg abirren zu müssen.

Vattenfall selbst hat erklärt, für seine neuen Pläne jährlich 1,28 Millionen Tonnen Holz zu brauchen. Wenn wir vom hiesigen Wald ausgehen, entspricht das einem jährlichen Holz-Wachstum auf etwa 2.500 Quadratkilometer, also etwa dem 15-fachen der Waldfläche innerhalb von Berlin! Würde der Jahresbedarf aus erst zu errichtenden, schnellwachsenden Holzplantagen gedeckt, wird eine Fläche von 1.300 Quadratkilometern benötigt, fast das Eineinhalbfache der Fläche unseres Stadtstaats! Wohlgesagt: nicht um Kohle zu ersetzen, sondern um sie in geringfügigen Anteilen zu substituieren.

Holzbedarf kann nicht aus der Region gedeckt werden

Dass dieser immense Holzbedarf nicht annähernd aus der Region gedeckt werden kann, liegt auf der Hand. Die Brandenburger Landesregierung hat vor wenigen Monaten bestätigt, dass bereits jetzt die Nachfrage das Angebot an heimischem Holz zur energetischen Nutzung übertrifft. Es ist auch illusionär, auf nennenswerte Lieferungen aus anderen Regionen und Ländern der EU zu setzen; überall wird es Bestrebungen geben, fossile Energiestrukturen durch den Rohstoff Holz zu ersetzen.

Holz der Kautschukbäume aus Afrika soll bald in Berliner Kraftwerken verbrannt werden

Foto: moritzh-www.flickr.com

Es ist daher konsequent, wenn Vattenfall ausdrücklich auf Holzimporte für den einheimischen Bedarf setzt. Als erste Option hat das Unternehmen Holzlieferungen aus Liberia ins Spiel gebracht. Nun ist Liberia bekannt für eine massive Vernichtung von Regenwald und dadurch mögliche Holzexporte, mit denen Kriegsparteien einen 16 Jahre andauernden blutigen Gewaltkonflikt im Land finanzierten. Zunächst ist allerdings an den Import ausrangierter Kautschukbäume aus dortigen Plantagen gedacht, die aus Altersgründen nicht mehr nutzbar sind und abgeholzt werden müssen. Dieser Plan hält einer ernsthaften Betrachtung kaum stand. Die dort ansässige Exportfirma „Buchanan Renewables“ verfügt nach eigenen Angaben über Holz aus 50.000 Hektar von Kautschukplantagen. Damit ließe sich der Berliner Holzbedarf von Vattenfall nur für wenige Jahre abdecken.

Es leuchtet zudem nicht ein, warum Kautschukbäume, die ein hochwertiges Bau- und Möbelholz liefern, für Energiezwecke verbrannt und somit weit unter Wert genutzt werden. Sollte das nicht zu vermeiden sein, hätte im Übrigen der inländische Bedarf an energetisch genutztem Holz eindeutig Vorrang. Insbesondere die arme Bevölkerung auf dem Land und in den städtischen Slums von Monrovia benötigt fast täglich Brennholz, jedenfalls solange eine zukunftsweisende Entwicklungszusammenarbeit nicht solare Kochanlagen verfügbar macht. Je mehr Holz exportiert wird, desto stärker werden die Menschen auf heimische Waldbestände zurückgreifen müssen.

Wenn Berlin - wie andere Städte und Regionen der EU - seinen im Weltvergleich stark überhöhten Energiebedarf anteilig durch Holzimporte aus Afrika, Asien oder Lateinamerika abdeckt, werden wir die akute Holzkrise in der einheimischen Bevölkerung dieser Erdteile noch verschärfen und der Zerstörung des dortigen Waldbestandes Vorschub leisten.

Bereits ohne den großtechnischen Einstieg in die Holzverfeuerung gibt es in den am wenigsten entwickelten Weltregionen bereits eine alarmierende Tendenz der Landumnutzung. Konzerne aus Ländern der EU, den USA, China oder der Arabischen Halbinsel kaufen Ländereien auf, die sie teils für eigene Nahrungsmittel, teils für Energiepflanzen, darunter auch Holzplantagen, benötigen. Nach Angaben von INKOTA waren 2006 bis 2009 von dieser Umnutzung 22 bis 50 Millionen Hektar Land betroffen, das entspricht einem Viertel bis der Hälfte der Ackerfläche in der EU. Die sozialpolitischen Folgen für die Landbevölkerung, die ihre Landrechte und ihre Nahrungsgrundlagen verlieren, sind gravierend. Es ist unverantwortlich, wenn wir solche durchaus imperialistisch zu nennenden Tendenzen mit zudem haltlosen Argumenten des „Klimaschutzes“ (durch importierte Biomasse) unterstützen.

Den Holzweg der Energiepolitik vermeiden

Vattenfall und der Berliner Senat können den skizzierten Holzweg der Energiepolitik mit durchaus vorteilhaften Wirkungen für den Klimaschutz noch vermeiden. Die Kraftwerke innerhalb Berlins sind funktional notwendig für die Fernwärmeversorgung, die mehr als ein Viertel des städtischen Wärmebedarfs abdeckt. Für diesen Bedarf können und sollten in der Grundlast die emissionsärmsten und effizientesten Kraftwerke eingesetzt werden, nämlich die Gas- und Dampfturbinen-Anlagen (GuD) in Mitte und das geplante gleichartige Werk in Lichterfelde. Die Kohlekraftwerke in Moabit, Reuter und Reuter-West, für die Holzzufeuerung vorgesehen ist, können dann für die Regellast, also den Zusatzbedarf an kalten Tagen, eingeschaltet werden. Diese Art der Betriebsführung ergibt eine deutliche Emissionsminderung. Die gasbetriebenen Anlagen können zudem durch Zufeuerung von Biogas verbessert werden. Es ist weit sinnvoller, Biogas in hocheffizienten Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme zu nutzen, anstatt es unter hohen Energieverlusten zur mobilen Fortbewegung zu verschwenden.

Mittel- und langfristig steht für Vattenfall - wie für Berlin - der Abschied von fossilen Energieträgern (Erdöl, Gas und Kohle) insgesamt an. Nicht auf Holzwegen, sondern durch eine konsequente und flächendeckende Gebäudesanierung, die den Wärmebedarf auf Passivhaus-Standard reduziert; durch Thermosolaranlagen auf den Dächern, die den Warmwasserbedarf weitgehend abdecken können; durch geothermische Wärme aus dem Untergrund unserer Stadt; und last but not least durch eine vollständig auf Wind und Sonne gebaute Stromversorgung, die innerhalb von 30 Jahren realisiert werden kann.

Hartwig Berger

SPD sagt Ja zum Autobahnbau

Der Konflikt um den Weiterbau der A 100 bis Treptower Park geht weiter

Mit einer knappen Mehrheit von 113 zu 108 Stimmen beschloss der SPD-Parteitag am 26. Juni die Verlängerung des 16. Bauabschnittes der Stadtautobahn A 100 bis zum Treptower Park. Noch im Mai 2009 fiel das Projekt bei der SPD mit einem knappen Nein-Beschluss durch. Der Koalitionspartner, die Linkspartei, hat sich auf dem letzten Parteitag im April deutlich gegen den Weiterbau der A 100 ausgesprochen. Somit kann sich die SPD nur noch auf die Opposition verlassen, wenn es darum geht, die Haushaltssperre für die Planungsgelder aufzuheben. CDU und FDP sicherten jedoch schon ihre Unterstützung bei Entscheidungen im Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses zu.

Die Argumente für oder gegen dieses Autobahn-Projekt sind, trotz Meinungswechsel der SPD, weiterhin dieselben. Die Kosten sind immens: Über 420 Millionen Euro wird das gerade einmal 3,2 Kilometer lange Stück Autobahn den Bund kosten und trotzdem müssten mindestens weitere 14 Millionen Euro vom Land Berlin aufgebracht werden.

Die Strecke, welche entsprechend dem ursprünglichen Plan gebaut werden soll, würde den Abriss von mehreren Kleingärten und Häusern bedeuten. Deshalb finden auch die Proteste von Seiten der Bewohner/-innen der Beermannstraße in Treptow kein Ende. Ebenso rief die Bürgerinitiative Stadtring Süd am 10. Juli erneut zu friedlichen Protestmärschen gegen den Weiterbau der Stadtautobahn A 100 auf.

Trotz alledem wird der Bau dieses Autobahnteilstückes mit großem wirtschaftlichen Nutzen gerechtfertigt, da die schwer erreichbaren Industriegebiete im Osten Berlins für Lkws besser erschlossen wären. Das Hauptargument ist nach wie vor aber die Verkehrs-Entlastung der Innenstadt. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung erwartet die volle Wirkung der Entlastung aber erst nach Vollendung des 17. Bauabschnittes bis zur Frankfurter Allee, welcher noch nicht einmal fertig geplant ist. Wie lange darauf gewartet werden muss, ist noch unklar. Immerhin wird der 16. Abschnitt planmäßig erst 2017 fertig gestellt.

Anwohnerprotest gegen die A100-Beermannstraße Berlin-Treptow

Foto: Tibor Jung

Steigende Lärm- und Abgasbelastungen

Solange bringt der vorerst in Alt-Treptow endende Teilabschnitt der A100 steigende Lärm- und Abgasbelastungen mit sich. Es wird täglich mit einer Menge von 65.000 bis 80.000 Kraftfahrzeugen gerechnet, die sich vom Treptower Park ihren Weg durch die anliegenden Kieze suchen werden. Doch genau diese Straßen werden das Verkehrsaufkommen nicht ausreichend bewältigen können. In Folge dessen sind Staus, Lärmbelästigungen und vermehrte Abgase nicht vermeidbar.

Die SPD stellte ihren Beschluss unter die Bedingung, dass verschiedene „ergänzende Maßnahmen“ die Innenstadt vom Autoverkehr entlasten sollen. Darunter fallen verschärfte Parkraumbewirtschaftung und mehr Tempo-30-Zonen.

Claudia Hämmerling von Bündnis90/Die Grünen erwiderte, dass es keine finanziellen Spielräume für derartige Maßnahmen gibt. Allgemein bezeichnet sie den A 100-Ausbau als „verkehrspolitischen Unsinn“.

Die Frage ist letztendlich, inwiefern die minimale Verkehrs-Entlastung Neuköllns, eine dramatische Belastung der Anwohner/-innen in Friedrichshain, Prenzlauer Berg und Pankow rechtfertigt. *Tibor Jung*

Vegan-vegetarisch durch den Sommer

Sommerfest am 21. August auf dem Breitscheidplatz

Das Vegan-Vegetarische Sommerfest, das nun schon zum dritten Mal von Berlin-Vegan veranstaltet wird, lädt auch dieses Jahr zum sommerlichen Treff am Breitscheidplatz mit reichlich Informationsmaterial, Live-Acts und vielfältigen Produkten rund um die vegane und vegetarische Lebensweise ein.

Am 21. August von 11 bis 20 Uhr haben Besucher/-innen die Chance, sich kostenfrei bei verschiedenen Informationsständen über Tierschutz, Umwelt und entsprechende Organisationen zu erkundigen. Die verschiedenen Initiativen stellen ihre Projekte vor und geben gerne Auskunft über laufende Aktionen.

Auch die kleinen Gäste sollen Spaß haben

Foto: Melanie Chung

Natürlich darf der kulinarische Aspekt nicht zu kurz kommen, und so setzen zahlreiche Essensstände die Vielfalt der pflanzlichen Ernährung um. „Ob fleischfreie Steaks, Veggie-Burger, Falafel oder Sojaeis - hier finden Sie bestimmt Gerichte, die zeigen, welche kulinarischen Hochgenüsse die vegetarische Küche zu bieten hat“, so Sebastian Zösch, Geschäftsführer vom Vegetarierbund Deutschland.

Die Besucher/-innen können sich auch auf musikalische Unterhaltung freuen, denn unter anderen werden vegane oder vegetarische Künstler/-innen wie Die Kafkas, Ingo Insterburg und Nessi auftreten. Daneben sorgen Lesungen und Podiumsdiskussionen für reichlich Gesprächsstoff. Währenddessen können sich die kleinen Gäste an Maltischen, Spielen und der Clownerie vergnügen, die die Wartezeit des elterlichen Schlemmens verkürzen.

Das Sommerfest ist ein informativ-kulinarisches Beisammensein, das für „alle netten Menschen offen steht“, so die Organisatoren. Auch ohne alkoholische Getränke verspricht das Vegan-Vegetarische Sommerfest ein großer Erfolg zu werden. Die Veranstalter rechnen mit 1.000 Vegetarier/-innen, Veganer/-innen und allen, die es noch werden wollen oder einfach nur einen kleinen Einblick in die Welt des pflanzlichen Genusses bekommen möchten.

Melanie Chung

Anzeige

Aktionstag Zukunftsfähigkeit

Klimaschutz braucht Energie - 23. September auf dem Kollwitzplatz, Berlin-Prenzlauer Berg

Alle reden über Klimaschutz - wir möchten, dass Sie mitreden können. Daher steht der diesjährige Aktionstag Zukunftsfähigkeit der GRÜNEN LIGA unter dem Motto „Klimaschutz braucht Energie“. Was kann im Alltag Klimaschutz bedeuten? Wie macht Energiesparen Spaß? Wie ist man klimafreundlich mobil? Wie sauber ist der Strom aus der Steckdose? Was tut die Öffentliche Hand? Solardächer für alle? Ist das Elektroauto tatsächlich die Lösung? Reichen die gesetzlichen Rahmenbedingungen?

Aktionstag 2009 - Viel Information und Spaß

Foto: Evelin Bulling

Um all diese Fragen wird es am 23. September auf dem beliebten Ökomarkt der GRÜNEN LIGA am Kollwitzplatz gehen, kommen Sie und diskutieren Sie mit!

Ein Bühnenprogramm mit toller Musik, interessanten Talkrunden und schönen Kinderaktionen wird zusätzlich für Information und Unterhaltung sorgen.

Im September und Oktober finden in Berlin zahlreiche Veranstaltungen zum Thema Zukunftsfähigkeit statt. So gibt es die FAIRE WOCHE (13. bis 26. September), die Woche der nachhaltigen Mobilität (16. bis 22. September), den Tag der Regionen (3. Oktober), die EXPERIMENT DAYs (3./4. Oktober) und die Aktionstage der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (17. bis 26. September). Damit wird es vielfältige Möglichkeiten der Bündelung nachhaltiger Aktionen geben.

Gudrun Vinzing
GRÜNE LIGA

AKTIONSTAG ZUKUNFTSFÄHIGKEIT 2010
„KLIMASCHUTZ BRAUCHT ENERGIE“
AM KOLLWITZPLATZ
23. SEPTEMBER 2010
12–19 UHR

Aktionstag Zukunftsfähigkeit - Klimaschutz braucht Energie

23. September, 12-19 Uhr,
Kollwitzplatz, Berlin-Prenzlauer Berg

Wir laden Sie ein, Ihre zukunftsfähigen Programme,
Projekte oder Ideen zum Thema Klimaschutz zu präsentieren.
Bei Bedarf können Sie kostenfrei
einen überdachten Marktstand nutzen.

Bitte melden Sie Ihre Teilnahme am
Aktionstag Zukunftsfähigkeit bis zum 1. September an:
Tel. 030/ 44339165, woche@grueneliga.de.

Kommunale Nachhaltigkeit im Zeichen der Krise

4. Netzwerk21Kongress 11./12. Oktober 2010 in Nürnberg

Netzwerk 21 Kongress

In diesem Jahr wird der bundesweite Fortbildungs- und Netzwerkkongress für lokale Nachhaltigkeitsinitiativen in Kooperation mit der Stadt Nürnberg stattfinden. Wie schon in den Vorjahren soll der Kongress eine viel genutzte Plattform für den Erfahrungsaustausch lokaler Nachhaltigkeitsinitiativen und gleichzeitig ein lebendiger Ort kritischer Diskussion sowie der Weiterbildung sein.

Nürnberg will besonders die nachhaltige Kommunalentwicklung stärken, bürgerschaftliche Ideen und Unternehmen aus den Regionen auf dem Kongress vorstellen und neue Impulse entwickeln und verstärken.

Der 4. Netzwerk21Kongress stellt sich die Aufgabe, wechselseitige Zusammenhänge von Finanz- und Wirtschaftskrise, öffentlicher Daseinsvorsorge und nachhaltiger Entwicklung genau zu fokussieren. In Plena und Workshops sollen Strategien diskutiert und vorbildliche Praxisbeispiele präsentiert werden.

Erstmals wird der Kongress im Ergebnis seiner Arbeit eine Resolution verabschieden, an der viele Interessierte und Akteure der Veranstaltung mitgewirkt haben.

Auch 2010 soll schon traditionell langjähriges Engagement für eine zukunftsfähige Entwicklung mit dem bekannten Zeitzeiche(N)-Preis geehrt werden. Der Festakt findet im Eppeleinsaal der historischen Kaiserstallung statt.

Christoph Vinz

Anmeldung bis 10. September:
www.netzwerk21kongress.de

Netzwerk21Kongress 2009 (Köln) - Großes Plenum

Foto: Dominik Schmitz

Anzeige

"Warum sollen wir Kleidung tragen, die von ausgebeuteten ArbeiterInnen hergestellt wurde?"

www.bekleidungssyndikat.de
fair - bio - vegan

Ölpest im Golf von Mexiko

Wie konnte es zu solch einem desaströsen Unfall kommen? War es menschliches oder technisches Versagen?

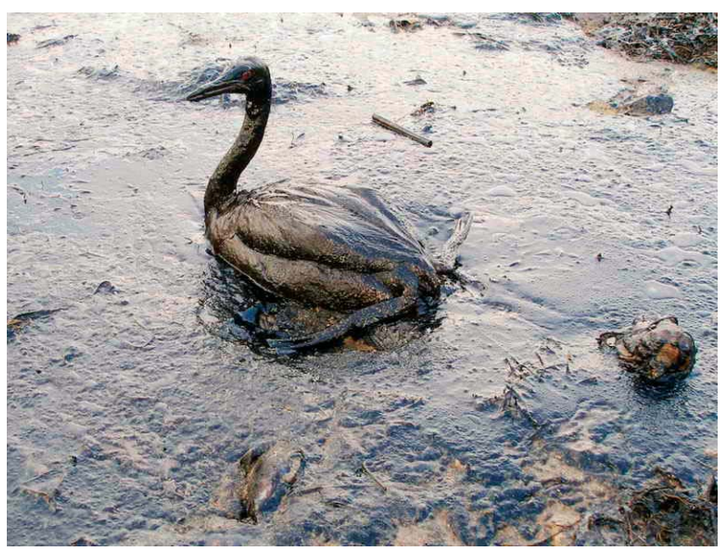
Nach einer Explosion am 20. April brennt die unweit der amerikanischen Küste gelegene Ölplattform „Deepwater Horizon“ im Golf von Mexiko. Zwei Tage lang versuchen Löschboote der US-Küstenwache vergeblich den Brand zu löschen. Am 22. April versinkt die Plattform im Golf. Elf der einhundertsechsundzwanzig Arbeiter werden vermisst und bleiben es. Die Suche nach den Verunglückten wird am 23. April offiziell eingestellt. Ebenfalls am 23. April meldet die US-Küstenwache, es trete kein Öl aus dem Bohrloch. Am 25. April dementiert ein Sprecher, dass an mindestens zwei Stellen Rohöl austrete und ins Meer gelange. Experten sprechen von 140 Tonnen täglich. Erste Versuche, das Leck am Bohrloch in 1.500 Metern Tiefe mit Hilfe von Unterwasserrobotern zu schließen, erweisen sich als schwierig und langwierig. Fragwürdige Methoden wie das Abbrennen oder das Zersetzen des Ölteppichs durch Chemikalien bleiben eher wirkungslos und werden im weiteren Verlauf der Katastrophe Anlass zu weiterer Kritik geben. Am 29. April stuft die US-Regierung die Ölpest im Golf als Katastrophe von „nationaler Bedeutung“ ein und kündigt an, mit allen verfügbaren Mitteln in den Kampf gegen die Ölpest einzutreten. Am 30. April erreicht der Ölteppich die Küste des US-Bundesstaats Louisiana. Die von BP ausgelegten Barrieren können das auslaufende Öl nicht aufhalten. Zeitgleich verhängt Washington ein sechsmonatiges Moratorium für Tiefseebohrungen vor der US-Küste bis zur vollständigen Klärung der Ursachen für den Unfall und einer allgemeinen Überprüfung der Sicherheitsstandards auf den Plattformen. Ein Verband von Firmen der US-Ölindustrie klagt wenig später gegen das Regierungsverbot von Tiefseebohrungen vor einem Gericht in Louisiana und bekommt recht. Nach Louisiana rufen nun auch die Bundesstaaten Alabama, Florida und Mississippi den Notstand aus. Am 2. Mai besucht US-Präsident Obama zum ersten Mal das Katastrophengebiet, spricht von einer „möglicherweise nie dagewesenen Umweltkatastrophe“ und bekräftigt seine bisherigen Aussagen, nach denen der Ölkonzern BP alleinverantwortlich für die Katastrophe und Schäden sei. BP stimmt zu und betont, es werden „alle legitimen Forderungen aufgrund von Schäden und Verlusten bezahlt, die objektiv überprüft werden können und mit der Ölpest zusammenhängen.“

Am 4. Mai meldet BP, es werde der Versuch unternommen mit einer 98 Tonnen schweren Kuppel das Bohrloch zu verschließen, um mit deren Hilfe das austretende Öl aufzufangen und anschließend auf Tankschiffe zu pumpen. Die Operation stößt auf erhebliche technische Schwierigkeiten und scheitert schließlich. Hier soll die Auflistung der Ereignisse beendet werden, da die meisten dieser Fakten mehr oder weniger bekannt sind und lediglich als Einstieg in diesen Artikel dienen sollten. BP hat noch eine Reihe von Versuchen zur Schließung des Bohrlochs unternommen und mit dem letzten Versuch vom 14. Juli einen neuen provisorischen Auffangtrichter dicht über dem Bohrloch zu platzieren, einen kleinen Teilerfolg erreicht. Anlass zur Freude ist das jedoch nicht. Das Provisorium ist lediglich Mittel zum Zweck. Einen endgültigen Erfolg könnten nur die geplanten Entlastungsbohrungen bringen.

Aber wie konnte es zu solch einem desaströsen Unfall kommen? War es menschliches oder technisches Versagen?

„Deepwater Horizon“ kurz nach der Explosion

Foto: ideum-www.flickr.com



Vögel - Chronische Opfer von Ölpesten

Foto: marinephotobank-www.flickr.com

Der Unfall

Gebohrt wurde in 1.500 Meter Wassertiefe und 5.500 Meter tief in den Boden. Durch plötzlichen starken Druckanstieg im Bohrloch kam es zu einem unplanmäßigen, unkontrollierten Austreten von Bohrspülung, Erdöl und Erdgas aus dem Bohrloch, einem so genannten *Blowout*. Beide Sicherheitsmechanismen, die *Blowout-Preventer (BOP)* versagten auf ganzer Linie, was jedoch keinen der Verantwortlichen wirklich überrascht haben dürfte.

Bereits im Jahr 2001 führte die Firma Transocean eine Analyse der BOP auf der „Deepwater Horizon“ durch. Ergebnis waren 260 Fehlerfälle, die zu einem möglichen Versagen der BOP führen könnten. Weshalb auf dieses alarmierende Ergebnis nicht reagiert wurde, bleibt Spekulation. Das unter enormen Druck ausströmende Gas entzündete sich schließlich an der Oberfläche und verursachte so Explosion und Brand auf der Bohrinsel.

Auf die Frage, ob es sich bei dem Unglück um menschliches oder technisches Versagen handelte, muss man wohl antworten: beides!

Indessen hat BP enorme Verluste an Kapital und an der Börse einstecken müssen. 17 Milliarden US-Dollar kostete die Ölpest den Konzern bereits. Großflächige Boykottaufrufe der BP-Tankstellen haben also ihre Wirkung nicht verfehlt - jedenfalls im Ausland. In Deutschland hingegen reagiert die Mehrheit der Menschen doch eher verhalten bis teilnahmslos auf die Boykottaufrufe. Dies mag der Tatsache geschuldet sein, dass es hier so gut wie keine BP-Tankstellen mehr gibt. 2001 hatte der britische Ölgigant nämlich die ARAL-Tankstellenkette von Eon übernommen und wurde so Marktführer auf dem deutschen Benzinmarkt. Einzig aus Kostengründen hatte man beschlossen allen BP-Tankstellen das blaue ARAL-Kleid überzustülpen. Es gab schlicht mehr ARAL- als BP-Tankstellen.

Wer also bei ARAL tankt, der tankt, na, bei wem? BP indes sieht sich neuerdings gezwungen, firmeneigene Erdöl- und Erdgasfelder an die Konkurrenz zu verramschen, um frisches Kapital in die angeschlagene Firmenkasse zu spülen. Auch hat BP seit Beginn der Katastrophe mit einem gewaltigen Image-Problem zu kämpfen. Nicht genug damit, dass das Desaster um „Deepwater Horizon“ gute Aussichten hat, zur schlimmsten Umweltkatastrophe der letzten Jahre zu werden (die schlimmste in der Geschichte der USA ist sie schon). BP und allen voran Vorstandschef Tony Hayward zeigten sich gerade in der Anfangszeit der Katastrophe recht unbekümmert und machten allgemein gute Miene zum bösen Spiel.

Auf die Schuldfrage hin antwortete man unisono, diese ließe sich jetzt noch nicht genau klären, da BP lediglich Leasingnehmer der Plattform war und die Firma Transocean eigentlicher Betreiber von Deepwater Horizon.

BP reagiert planlos

Gefälschte Fotos, geschönte Prognosen oder Zahlen über das bereits aus dem Bohrloch ausgeströmte Öl und ein zeitweilig geradezu inkompetent anmutendes Krisenmanagement zeichnen das Bild eines seiner Verantwortung nicht gerecht werdenden Unternehmens.

Wer einem mittlerweile doch ein

wenig leid tun kann, ist der eben schon erwähnte Tony Hayward. Diesem nämlich vergeht gerade in letzter Zeit sein verschmitztes Lausbubenlächeln, wenn er zum tausendsten Mal vor eine x-beliebige Kamera treten, sich den immer gleichen Fragen stellen und für alles Schlechte dieser Welt eine gehörige Tracht Prügel einstecken muss: Ewige Standpauken von US-Präsident Obama und bitterböse Worte vom britischen Premierminister Cameron. Besonders der US-Präsident wird nicht müde zu betonen, dass er BP für alle angerichteten Schäden zur Verantwortung ziehen und nicht eher ruhen werde, bis alle Schuld getilgt sei. Verständlich also, dass BP jüngst den Rücktritt seines gebeutelten Vorstandschefs zum 1. Oktober erklärte.

Nachfolger wird der bereits für die Aufarbeitung der Ölpest zuständige Robert Dudley. Der gebürtige Amerikaner soll nun alles richten. Er soll den Ruf des Konzerns wieder herstellen, das verpatzte Krisenmanagement in ein kompetentes wandeln und vor allem das Unternehmen aus den roten Zahlen herausreißen. Na, wenn's weiter nichts ist.

Auch keine leichten Jobs haben die vielen tausend freiwilligen und bezahlten Helfer. Mit Schippe und Eimer versuchen sie das Öl von der Küste abzuwehren, um zumindest die größten ökologischen Schäden in der Region zu verhindern.

Zeitgleich versuchen Tierschützer so gut es geht die vielen bereits mit Öl verklebten Vögel zu säubern. Viele der Tiere verenden trotzdem qualvoll. Besonders bedroht ist das Naturschutzgebiet des Mississippi-Delta.

Im Delta leben auf 30.000 Quadratkilometern unzählige Tier- und Pflanzenarten. Christian Bussau, Meeresbiologe von Greenpeace, prognostiziert ein ökologisches Desaster, sollte der Ölteppich tatsächlich bis ins Delta eindringen. Im Delta seien „so komplizierte Ökosysteme. Da stehen Wälder im Wasser, mit Schlangen, mit Krokodilen. Diese Tiere werden sich dann in dieser Rohölpampe verkleben und jämmerlich zu Grunde gehen."

Am meisten Sorgen mache er sich um die Mangrovenwälder, Sumpflandschaften und Feuchtwiesen. Im Falle einer Verpestung durch das Öl sei dort mit Räumgeräten und Menschen nichts zu machen. Die Mangroven würden zwangsläufig sterben und die Tiere, deren Lebensraum die Mangroven bilden, mit ihnen.

Die langfristigen ökologischen Schäden der Katastrophe sind kaum absehbar. Tote Fische und mit Öl verklebte Vögel sind hierbei nur bekannte, weil sichtbare Opfer.

Wie empfindlich die ökologischen Systeme an Land und im Wasser reagieren werden, bleibt abzuwarten. Sicher ist nur, dass es Jahre oder Jahrzehnte dauern wird, bis sich die Natur von dieser Katastrophe wieder erholt hat. Aber nicht nur Tier- und Pflanzenwelt sind derzeit akut bedroht. Die Bewohner der Küstenregionen am Golf waren mit die ersten, welche die Folgen des Unglücks zu spüren bekamen.

Die gesunkene Ölplattform nach dem vergeblichen Löschversuch

Foto: Sky Truth-www.flickr.com

Schließlich sind die wirtschaftlichen Schwerpunkte in der US-Golfregion Tourismus und Fischerei. Seitdem die Bundesbehörden ein allgemeines unbefristetes Fangverbot verhängt haben, sind tausende Menschen mit einem Schlag arbeits- und somit erwerbslos geworden.

Wenn die Fischer nicht mehr fischen, haben Fischhändler keine Ware und Restaurants werden nicht mehr beliefert. Für alles und jeden ist das Meer direkt oder indirekt die wichtigste Lebensgrundlage. Aber nicht nur der Fisch, auch die Touristen bleiben aus. Wer verbringt schon gern seinen wohlverdienten Urlaub in einer Krisenregion?

Momentan stehen unzählige Existenzen auf dem Spiel, was die Krise im Golf weiter anheizt.

Wo gehobelt wird…

Katastrophen, wie auf der „Deepwater Horizon" haben seit Beginn der Ölförderung und dem Öltransport Tradition. Wo gehobelt wird, läuft Öl aus. Havarien von Tankern und Unfälle auf Plattformen sind dabei die häufigsten Unglücksfälle. In den letzten 100 Jahren gab es knapp 80 große Ölunglücke, und man kann mit einiger Sicherheit davon ausgehen, dass diese traurige Chronik solange fortgeführt werden muss, bis die Ölreserven der Erde erschöpft sind. Dass diese nicht unerschöpflich sind, zeigt sich auch deutlich in der Tatsache, dass Mineralölriesen wie BP immer mehr in die Tiefsee drängen, wo im Gegensatz zu den stetig knapper werdenden Feldern an Land immer noch immense Vorkommen vermutet werden.

Bemerkenswert ist auch die Tatsache, dass man unter dem wachsamen Auge der öffentlichen Fassungslosigkeit und Entrüstung bemüht ist, BP zum einsamen Prügelknaben einer dreckigen und gefährlichen Industrie zu stigmatisieren.

Nach der Katastrophe im Golf von Mexiko gab es nämlich bereits drei weitere größere Ölunfälle, von denen man in den großen Medien nicht wirklich etwas zu sehen bekam.

Im Mai kam es in der Straße von Singapur zu einer Tankerkollision mit einem Massengutfrachter, bei der 2.500 Tonnen Rohöl ins Meer gelangten.

Im selben Monat trat aus dem Leck einer Erdöl-Pipeline im Nigerdelta (Westafrika) sieben Tage lang Öl aus. Offiziellen Schätzungen zur Folge waren dies 27.000 bis 95.500 Tonnen Rohöl. Im Juli kam es in der nordchinesischen Hafenstadt Dalian zu einer Pipelineexplosion, bei der 1.500 Tonnen Rohöl austraten. Diese verursachten einen 430 Quadratkilometer großen Ölteppich. Im Vergleich zur Katastrophe im Golf sind diese Vorfälle natürlich eher winzige, zeigen aber doch, wie unkalkulierbar die Risiken der Ölförderung und des Transports im Grunde sind.

Von fossilen Energieträgern, hin zu erneuerbaren

Ist also das Geschäft um Tiefseebohrungen nach Öl und Gas nicht tatsächlich ein zu riskantes, beinahe verbrecherisches und daher zu verbieten? Oder anders gefragt: Ist diese größte Ölpest seit der am Persischen Golf 1991 nicht Anlass genug, um einen gesellschaftsübergreifenden Dialog zum Thema Energiewende anzustoßen?

US-Präsident Barack Obama fordert derzeit einen Kurswechsel in der Energiepolitik der USA als direkte Reaktion auf die Ölpest im Golf von Mexiko. "Unsere Abhängigkeit von ausländischem Öl gefährdet unsere Sicherheit und Ökonomie. Der Klimawandel stellt eine Bedrohung unserer Lebensweise dar. Und die Ölpest im Golf unterstreicht noch einmal, wie notwendig es ist, alternative Energiequellen zu finden", so der US-Präsident. Ob und inwieweit diese erste Anregung weiter gedacht und verfolgt werden wird, ist noch unklar. Und in Deutschland?

Braucht Deutschland auch erst mal eine richtig zünftige Ölpest in Nord- oder Ostsee, um mal darüber nachzudenken, eventuell, möglicher Weise, vielleicht eine Energiewende hin zu erneuerbaren Energien (Wind, Sonne, Wasser, Biogas) ins Auge zu fassen? Man könnte ja zur Abwechslung mal mit positivem Beispiel vorangehen.

Wir bilanzieren: Seit Beginn der Katastrophe sind nach Schätzungen der US-Regierung bis zu 700.000 Tonnen Rohöl in den Golf von Mexiko geströmt. Mindestens 270 Kilometer Küste und 13 Hektar im Mississippi-Delta sind bereits verschmutzt. Viele Tiere sind schon in Folge der Ölpest qualvoll verendet. Bewohner der Region stehen vor dem wirtschaftlichen Ruin und bangen um ihre Existenz.

Martin Sprenger

www.greenpeace.de
www.tagesschau.de/ausland

Anzeige

Das neue EU-Bio-Siegel

„Ein Logo, mit dem sich jeder identifizieren kann?“

Mit diesem Ausspruch gab die EU-Kommisarin für Landwirtschaft, Fischer Boel, die Einführung des neuen europaweiten Bio-Siegels für Lebensmittel bekannt.

Europa wächst immer mehr zusammen. Von der Kohle- und Stahlgemeinschaft über eine gemeinsame Wirtschafts-, Währungs-, Verteidigungspolitik bis hin zu einem übergeordneten handlungsfähigen politischen System entwickelte sich zuletzt durch den Lissabon-Vertrag ein starker politischer, sozialer und wirtschaftlicher Zusammenhalt.

Ist es bei dieser Fülle an Anpassung, Gemeinschaftsgefühl, Zusammenarbeit und Fortschritt nicht erstaunlich, dass man sich erst jetzt ernsthaft mit der so existenziellen Frage nach mehr Transparenz im Supermarkt beschäftigt? Warum weiß der Konsument nicht, was er eigentlich kauft? Seit Jahren wird eine öffentliche Diskussion um Genfood geführt. Organisationen wie Foodwatch kritisieren die mangelnde Transparenz und die zum Teil gewollte Verbraucherverwirrung.

Zum 1. Juli wurde nun das neue EU-Bio-Siegel in allen EU-Mitgliedsstaaten eingeführt. Es zeigt ein stilisiertes Blatt aus den zwölf Europasternen in blau auf grün. Dieses „Bio-Blatt“ sichert, dass mindestens 95 Prozent der Inhaltsstoffe landschaftlicher Herkunft nach den gesetzlichen Richtlinien für ökologischen Landbau hergestellt wurden. Zudem kommt das Produkt direkt vom Verarbeiter oder Produzenten.

Neues EU-Bio-Siegel - stilisiertes Blatt auf grünem Hintergrund

Grafik: ec.europa.eu - agriculture - organic

Als weitere Angabe steht unter dem Siegel eine Codenummer. Die Buchstabenkombination vor dem ersten Bindestrich zeigt, in welchem Land das Produkt kontrolliert wurde (für Deutschland: DE). Nach dem Bindestrich folgt eine festgelegte Bezeichnung (in Deutschland: ÖKO). Die drei Zahlen am Ende zeigen, welche Ökokontrollstelle prüfte. Auch die Herkunft wird angegeben, jedoch sehr ungenau. Es finden sich die Bezeichnungen „EU-Landwirtschaft“, „Nicht-EU-Landwirtschaft“ und EU-/Nicht-EU-Landwirtschaft“; in Einzelfällen auch das tatsächliche Erzeugerland.

Innerhalb eines Übergangszeitraums von zwei Jahren ist das Gütesiegel auf allen biologisch angebauten Nahrungsmitteln abzubilden. Dieser großzügig angelegte Zeitraum soll den Produzenten und Verpackern die Möglichkeit geben, alte Verpackungen aufzubrauchen und sich Stück für Stück auf die neuen Standards einzustellen.

Renate Künast führte 2001 als rot-grüne Verbraucherschutzministerin das staatliche sechseckige Bio-Siegel in Deutschland ein, welches mittlerweile Anerkennung in der Bevölkerung genießt. Dieses soll auch weiterhin, genauso wie die Siegel der ökologischen Anbauverbände, auf den Produkten zu finden sein.

Schwierig hierbei ist sicherlich, dass die verschiedenen Siegel auch unterschiedliche Vorgaben bedeuten. Während Demeter-Produkte und auch das entsprechende Viehfutter beispielsweise stets aus der näheren Umgebung kommen, kann ein Lebensmittel mit dem neuen EU-Siegel aus ganz Europa stammen. Das bedeutet, dass Äpfel aus Spanien mit EU-Siegel durch die verstärkte Bewässerung und den Transport einen viel höheren Wasser- und Energieverbrauch haben als deutsche Äpfel. Dadurch sind die spanischen Äpfel weitaus weniger ökologisch. Selbst brandenburgische Äpfel aus Werder, obwohl diese vielleicht sogar gar kein Siegel haben, können umweltverträglicher sein als die spanischen.

Für den Verbraucher heißt es also weiterhin, genau auf seine Einkaufspolitik und Gesundheit zu achten. Es wäre ein Trugschluss, sich darauf zu verlassen, dass jedes Produkt mit dem EU-Bio-Siegel gesund, biologisch und umweltverträglich ist. Es ist zu bezweifeln, dass sich jeder mit diesem Logo identifizieren kann.

Felix Eick

Bio auf allen Wegen

Der neue Bio-Einkaufsführer für Berlin-Brandenburg 2010/2011

Passend zur sommerlichen Frische- und Ausflugssaison bringt die Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau Berlin-Brandenburg (FÖL) den aktualisierten Bio-Einkaufsführer für Berlin-Brandenburg heraus.

Der kostenlose Wegweiser enthält in 13 Rubriken mit rund 350 Adressen die ganze Vielfalt an Bio-, Einkaufs- und Erlebnisangeboten. Die Auswahl reicht von direkt vermarktenden Bio-Höfen über Abokisten-Anbieter, Naturkostläden, Bio-Supermärkten, Bäckereien und Restaurants bis zu Bio-Verarbeitern. Das praktische Taschenformat und nützliche Infos zu Öffnungszeiten und individuellen Angeboten machen diesen Einkaufsführer zum idealen Begleiter für unterwegs, um ganz spontan die nächste Bio-Adresse anzusteuern.

Titelblatt des Bio-Einkaufsführers 2010/2011

Foto: FÖL

Michael Wimmer, Geschäftsführer der FÖL, lädt mit dem Bio-Einkaufsführer die Berliner und Brandenburger ein, sich direkt vor Ort ein eigenes Bild von der Erzeugung und Verarbeitung von Bio-Lebensmitteln zu machen: „Die regionale Bio-Branche ist äußerst vielfältig und innovativ. Bestes Beispiel hierfür sind die zwei neueröffneten Molkereien in Münchehofe und Biesenthal, deren gläserne Produktionsstätten kleine und große Besucher begeistern. Der Einkaufsführer gibt daher auch viele Tipps, wie und wo man Bio ganz aktiv und hautnah erleben kann.“

Die mit 750.000 Exemplaren bundesweit größte Auflage eines regionalen Bio-Einkaufsführers kann die gemeinnützige FÖL nur dank der Unterstützung von Sponsoren und der Zusammenarbeit mit starken Distributionspartnern realisieren. In den kommenden Wochen liegt der neue Einkaufsführer für Berlin-Brandenburg verschiedenen regionalen Zeitungen und Zeitschriften bei. Außerdem wird er an alle Erstklässler sowie alle Studienanfänger in Berlin und Brandenburg verteilt. Zusätzlich finden die Verbraucher das nützliche Heft in regionalen Fahrradläden sowie Freizeit- und Kultureinrichtungen.

Den Download des Bio-Einkaufsführers 2010/2011 sowie eine Übersicht aller Distributionspartner und Sponsoren gibt es auf dem regionalen Bio-Portal **www.bio-berlin-brandenburg.de** mit einem Klick auf **www.bio-berlin-brandenburg.de/aktuelle-projekte/bio-einkaufsfuehrer**. Alle Adressen mit weitergehenden Informationen und Suchfunktion sind unter **www.bio-berlin-brandenburg.de/bioadressen** aufzurufen.

Der Einkaufsführer kann auch kostenlos in der **Geschäftsstelle der FÖL, Marienstraße 19-20, 10117 Berlin-Mitte**, abgeholt werden.

jm

www.bio-berlin-brandenburg.de

Infodienst Gentechnik

Nachrichten zu gentechnisch veränderten Organismen

Gentechnikgesetz-Klage: Kritiker überzeugen

Die mündliche Verhandlung um das Gentechnikgesetz Ende Juni in Karlsruhe lief gut für die gentechnikkritische Bewegung: Draußen demonstrierten betroffene Landwirte, Gärtner, Imker sowie Agrarstudierende für ihr Recht auf den Schutz vor Gentechnik. Im Saal waren nicht nur die angehörten Gentechnik-Kritiker extrem gut vorbereitet, um die Argumente der Gegenseite

zu entkräften. Auch die Richter hatten sich offenbar gut informiert und stellten kritische Fragen zum Risiko von Gentechnik-Pflanzen und zur beklagten fehlenden Rechtssicherheit für Gentechnik-Landwirte.

Das Land Sachsen-Anhalt hatte 2005 einen Normenkontrollantrag gestellt und will damit Vorteile für Gentechnik-Anwender bewirken. Sowohl die Haftung der Gentechnik-Landwirte als auch das Standortregister, in dem Flächen registriert werden, auf denen Gentechnik-Pflanzen wachsen, stehen zur Debatte.

Strafanzeige gegen Landesregierung

Am 24. Juni wurde Strafanzeige gegen die niedersächsische Landesregierung erstellt. Der Grund: Die Landesregierung hat nicht unverzüglich gehandelt, um Verstöße gegen das Gentechnikrecht zu verhindern. Das Umweltministerium hat Berichte von Saatgutverunreinigungen über Wochen nicht bearbeitet und so dazu beigetragen, dass Ernteausfälle von über 1,3 Millionen Euro zu beklagen waren.

Beirat fordert Ende der Saatgut-Reinheit

Der wissenschaftliche Beirat des Landwirtschaftsministeriums fordert in einer Stellungnahme zur Koexistenz gentechnischer und gentechnikfreier Landwirtschaft unter anderem, aus Kostengründen einen Grenzwert für Saatgut-Verunreinigungen von 0,3 Prozent einzuführen, obwohl er selbst darauf hinweist, dass dies eine Koexistenz erheblich erschweren wird und derart hohe Verunreinigungen bisher kaum vorgekommen sind.

Luxemburg verbietet Gen-Kartoffel

In Luxemburg soll die gentechnisch veränderte BASF-Kartoffel nicht auf den Markt kommen. Dies kündigte Gesundheitsminister Mars Di Bartolomeo an. Nach Österreich ist Luxemburg das zweite EU-Land, das den Anbau der Gen-Knolle verbietet.

Gentechnik-Industrie redet sich raus

Gentechnik-Unternehmen melden sich im aktuellen Saatgut-Skandal zu Wort: In einer Presseerklärung weisen Pioneer, Monsanto, KWS Saat sowie zwölf weitere gentechnikfreundliche Unternehmen und Verbände die Forderungen nach Saatgutreinheit zurück und werfen den Umweltverbänden Verbrauchertäuschung vor.

Großhändler nehmen Gen-Öle aus dem Sortiment

Beim Kampf gegen Gentechnik in Lebensmitteln konnte Greenpeace in München einen weiteren Erfolg verzeichnen: Die Unternehmensgruppe GV-Partner hat das gentechnisch veränderte Pflanzenöl der Marke Sedina aus ihrem Sortiment genommen und will in Zukunft generell auf Lebensmittel mit gentechnisch veränderten Zutaten verzichten.

US-Gen-Produkt in München verkauft

Das Umweltinstitut München hat illegale Gentechnik-Produkte in einem bekannten Münchener Feinkostgeschäft gefunden. In Proben wurden sieben verschiedene Gen-Mais-Sorten in einem Produkt Namens „Pancake Mix“ gefunden. Ähnlich wie bei den von Greenpeace entdeckten Schokoladen-Riegeln war auch die Verpackung des Pancake Mix aus den USA importiert und nicht gekennzeichnet.

Gen-Pflanzen nicht ausreichend geprüft

Die Prüfung von gentechnisch veränderten Pflanzen in der EU ist nach wie vor völlig ungenügend. Zu diesem Schluss kommt der Verein Testbiotech, der Anfang Juli in Brüssel einen Bericht vorstellte, der die neuen Richtlinien der Europäischen Lebensmittelsicherheitsbehörde (EFSA) analysiert. Die EFSA ist zuständig für die Risikobewertung von gentechnisch veränderten Pflanzen, die in der EU zugelassen werden sollen. Ein grundsätzliches Problem sieht Testbiotech in der Annahme der EFSA, dass Gentechnik-Pflanzen substanziell gleichwertig mit herkömmlichen Pflanzen seien. Der Risikobewertung der EFSA fehle es daher an konkreten Untersuchungen von Wechselwirkungen zwischen dem Genom der Pflanze, dem eingebauten Genkonstrukt und der Umwelt. Auch klare Kriterien, die eine Verweigerung der Zulassung von Gentechnik-Pflanzen begründen, fehlen bisher. Das Konzept der EFSA ermögliche es, Zulassungen von gentechnisch veränderten Organismen in der EU zu beschleunigen. Diese Möglichkeit geht Hand in Hand mit den Vorstellungen der EU-Kommission, die auf der einen Seite Mitgliedsstaaten die Möglichkeit einräumen will, eigenständig den Anbau von Gentechnik-Pflanzen in ihrem Land zu verbieten. Andererseits sollen gentechnisch veränderte Organismen EU-weit einfacher zugelassen werden können.

Vorzüge von Monsantos Sojabohnen angezweifelt

Das weltweit größte Saatgutunternehmen Monsanto könnte wegen falscher Versprechungen Ärger bekommen. In der Kritik steht Monsantos gentechnisch veränderte Sojabohne „Roundup Ready 2“, die seit 2009 ausgesät wird. Diese soll laut Aussagen Monsantos 7 bis 11 Prozent mehr Ertrag bringen als ihre Vorgänger-Pflanze, die sinkende Erträge erzielte und bei Unkräutern Resistenzen hervorrief.

Der Generalstaatsanwalt von West Virginia, Darrel McGraw, bezweifelt jedoch die Vorteile der neuen Pflanze. Unabhängige Studien hätten gezeigt, dass die Versprechungen in der vergangenen Anbauperiode nicht erfüllt wurden. Demnach müssen Landwirte höhere Preise für das Saatgut zahlen, die Erträge in West Virginia sind in den letzten zwei Jahren jedoch konstant geblieben. Monsanto würde mit den falschen Werbeaussagen gegen das Verbraucherschutzgesetz verstoßen. Das Unternehmen hat nun die Möglichkeit, sich in Gesprächen mit Staatsbeamten zu verteidigen, bevor der Staatsanwalt das Verfahren einleitet. 90 Prozent der in den USA angebauten Soja-Pflanzen sind gentechnisch verändert. Roundup Ready-Soja wurde gentechnisch so verändert, dass die Landwirte Unkrautvernichtungsmittel auf das Feld sprühen können, ohne dass die Soja-Pflanze darunter leidet.

Simone Knorr
Informationsdienst Gentechnik

Ausführliche und aktuelle Texte: www.keine-gentechnik.de

RABEN - ABO

Ich bestelle den RABEN RALF

- ab der nächsten Ausgabe
- ab Monat .....

Den Betrag von 10 € (oder mehr) überweise ich halbjährlich auf das Konto der GRÜNEN LIGA Berlin e.V., Nr. 306 05 02 bei der Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, Verwendungszweck: “Abonnement RABE RALF“

Bei Beiträgen über 10 € unbedingt auf dem Überweisungsschein den Zeitraum angeben, für den die Zahlung erfolgt. Diese Vereinbarung verlängert sich automatisch, wenn sie nicht gekündigt wird.

Ich habe das Recht, diese Vereinbarung jederzeit aufzukündigen.

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Nr.

.....
PLZ, Ort

.....
Datum

.....
Unterschrift

Sie erleichtern uns die Arbeit mit einer **Lastschrifteinzugsermächtigung:**
Hiermit bitte ich Sie widerruflich, von meinem Konto:

Kto.-Nr.:.....

Bank:.....

BLZ:.....

ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt halbjährlich den Betrag von je 10 € als „Abonnement RABE RALF“ für die Versendung der Zeitschrift per Lastschrift einzuziehen. Mir ist bekannt, dass das Kreditinstitut eine Teileinlösung von Lastschriften nicht vornehmen kann. Mir ist ferner bekannt, dass eine Änderung oder Löschung dieser Einzugsermächtigung bis 1 Monat vor Ausführungstermin berücksichtigt wird:

.....
Datum Unterschrift

Verschenken!

Der RABE geht nicht an mich, sondern an:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Nr.

.....
PLZ, Ort

GÜNE LIGA Berlin e.V.
Redaktion DER RABE RALF
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin
Fax: 030/44 33 91 33

GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen

Natur plus Geschichte plus Luxus

Unterwegs im Grunewald

Noch vor einhundertfünfzig Jahren war dies ein Gebiet, das von Kiefern, märkischem Sand und Sümpfen geprägt war. Und gerade hier sollte nach 1889 eine der bis heute teuersten Wohngegenden der Stadt entstehen.

Es war einer der genialen Schachzüge Otto von Bismarcks, dessen Wunsch nach Ausbau des staubigen Reit- und Spazierweges nach Halensee zu einem Champs-Elysee-ähnlichen Boulevard keinen einzigen Investor zu begeistern vermochte: er setzte durch, dass fast 250 Hektar Grunewald nahe Halensee an ein Bankenkonsortium verkauft werden konnte, das im Gegenzug den Ausbau des späteren Kurfürstendamms finanzierte.

Spektakulär gestaltete sich dann die Eröffnung der neuen Prachtmeile im Jahre 1886, als eine dampfbetriebene Straßenbahn erstmals vom Bahnhof Zoo bis Halensee schnaufte.

Ähnlich aufsehenerregend müssen die überaus zügigen Rodungsmaßnahmen im Grunewald gewesen sein, denn „tout Berlin“ sang damals: „Im Grunewald, im Grunewald ist Holzauktion…“ Gleichzeitig erfolgte die Trockenlegung sumpfigen Geländes, in der Folge entstanden künstliche Seen neben dem Halensee, der als einziges natürliches Gewässer bereits existierte. Heute scheint diese Wasser-Wald-Landschaft natürlichen Ursprungs zu sein. An Diana-, Königs-, Hertha- und Hundekehlesee entstanden so überaus wertvolle Ufergrundstücke.

Wald und Wasseridylle

Foto: bellavite-www.flickr.com

Neuzeit im alten Viertel

Foto: schockwellenreiter-www.flickr.com

Luxus mit Wald- und Wasseranschluss

Bereits 1889 konnte die Villenkolonie Grunewald gegründet werden. Über die sogenannte „Kurfürstendamm-Gesellschaft“ wurden die ersten Bauparzellen angeboten, kaum unter 1.200 Quadratmetern, die jedoch nur zu 30 Prozent bebaut werden durften.

So entstanden um die Jahrhundertwende zahlreiche schlossartige Villen der „Schönen und Reichen“, manchmal auch der Neureichen, was eine überladene Architektur bis heute verrät. Die außerordentliche Größe der einzelnen Grundstücke brachte ebenso bemerkenswerte Gartenanlagen hervor, von denen heute nur noch wenig erhalten ist. Wer allerdings von der Douglas- oder Fontanestraße kommt, kann den parkähnlichen Garten der neoklassizistischen Villa Harteneck betreten, der öffentlich zugänglich ist. Vom Berliner Gartenbauamt sorgsam restauriert, ist die Anlage einer der wenigen in ursprünglicher Größe erhaltenen Gartenkunstwerke der Villenkolonie aus der Zeit kurz vor dem Ersten Weltkrieg.

Bald hatte sich diese elitäre Wohngegend zum Treff des gebildeten Großbürgertums entwickelt. Assimilierte jüdische Familien wie die Mendelssohns, Ullsteins, Fischers oder die des Kaufhausbesitzers Wertheim führten hier gastfreundliche Häuser, in denen häufig in Berlin gastierende Künstler von Weltruf noch ein Privatkonzert gaben. Selbst der Kaiser gab sich in und wieder hier die Ehre.

In der Weimarer Zeit ermordeten Rechte den damaligen Außenminister Walther Rathenau 1922 in der Nähe seiner Villa an der Koenigsallee.

Die Spenden wohlhabender jüdischer Eltern finanzierten eine für die damalige Zeit höchst moderne Ausstattung des Grunewald-Gymnasiums (heute Walther-Rathenau-Schule).

Nach 1933 und besonders ab 1941 endete diese Epoche. Raub, Plünderung und Beschlagnahme jüdischen Eigentums waren an der Tagesordnung und zerstörten eine kulturell reiche Berliner Schicht. Die Deportationen erfolgten auch vom nahen Bahnhof Grunewald; hier befindet sich heute das Mahnmal „Gleis 17“.

Niedergang und Wiederaufstieg

Die Zeit nach 1945 führte im Viertel zu vielen, nicht immer glücklichen Veränderungen, die den Berlin-spezifischen politischen Verhältnissen geschuldet waren. Manche Prachtvillen verfielen, Grundstücke wurden kleinteilig parzelliert, Reihenhäuser errichtet, so dass insgesamt eine ahistorische Bauverdichtung entstand. Mancher, der in den 50er oder 60er Jahren hier architektonische Spuren hinterließ, huldigte dem damals modernen „Bungalow-Stil“, der heute oft nur noch ärmlich wirkt.

Inzwischen hat hier ein Umdenken eingesetzt, auch dank der Bemühungen von Bezirksamt und Denkmalschutz. Nun findet der Besucher schon vereinzelt anspruchvollere Architektur; Villen und Gärten werden oft aufwendig restauriert.

Im Ortsteil Grunewald residieren heute neben Privatpersonen wie erfolgreichen Unternehmern, Sportlern und Politikern vor allem Botschaften, Akademien und Kliniken.

Eigentlich ist es noch immer wie zu Bismarcks Zeiten: es sind die sogenannten „oberen Zehntausend“, diese Mischung aus Erfolgreichen oder einfach nur Begüterten, die das Privileg genießen, mitten im Grünen zu leben und in wenigen Minuten in der City sein zu können.

Wer sich einen Eindruck von der „guten alten Zeit“ verschaffen möchte, sollte sich einmal einen Spaziergang durch dieses noble Viertel zwischen Koenigsallee und Bahnhof Grunewald gönnen.

Verkehrsanbindung:
S-Bhf. Grunewald, S7
Rathenauplatz, Bus M19 und M29

Christoph Vinz

Transportgleis in den Tod

Foto: laroyo-www.flickr.com

Berlins Grüne Lungen

Teil 8: Parkanlagen in Mitte

Nach der Berliner Bezirksreform von 2001 wurden drei bislang selbständige Bezirke zusammengelegt (Mitte, Tiergarten und Wedding). Innerhalb dieser früheren Bezirke gibt es noch einzelne Ortsteile wie Gesundbrunnen in Wedding oder Moabit in Tiergarten.

Köllnischer Park

Mit einem Hektar Fläche eine der ganz kleinen öffentlichen Grünanlagen, ist der Köllnische Park dank einiger Besonderheiten dennoch eine Empfehlung wert. Als Mitte des 19.Jahrhunderts Berlins Festungsanlagen abgetragen wurden, verblieb an dieser Stelle als letzter Rest einer größeren Gartenanlage aus dem 18. Jahrhundert ein grünes Areal, das durch den Bau neuer Häuser und Straßen weiter reduziert wurde. Aber ab 1873 konnte hier ein Park angelegt werden, dessen letzte große Umgestaltung 1969-71 erfolgte.

Heute ist die kleine Anlage auch ein „Freilichtmuseum“, denn sie präsentiert Relikte der früheren Befestigung, wie einen kleinen Turm, den sogenannten „Wusterhauser Bär“. In einem Lapidarium sind Reste vom Berliner Stadtschloss und Altberliner Bürgerhäusern zu besichtigen.

Die überlebensgroße Architekturvase soll vom berühmten Barockbildhauer Glume stammen. Eine Skulptur im Park, die Herkules zeigt, wird auf 1791 datiert und der Schadow-Schule zugerechnet. Mehr am Rande des Parks steht ein Werk des Bildhauers Heinrich Drake von 1964/65. Es stellt den bekannten Maler, Grafiker und Fotografen Heinrich Zille beim Skizzieren dar, wobei ein Straßenjunge ihm über die Schulter schaut.

In einem ehemaligen Stadtreinigungsdepot von 1900 ist der beim Publikum sehr beliebte Bärenzwinger mit den Berliner Wappentieren untergebracht.

Angesagt - Ufer zwischen Park und Brücke

Foto: Eichental-www.flickr.com

Und der gewaltige Bau des Märkischen Museums (1901/07, Ludwig Hoffmann), das die Architekturformen der Mark Brandenburg zitiert, wurde organisch in den schon existenten Park integriert.

Am Köllnischen Park, 10179 Berlin
Verkehrsanbindung:
U2, Haltestellte Märkisches Museum
S5, 7, 75, 9, Haltestellte HS Jannowitzbrücke
Bus 147, 248, 347 Haltestellte Märkisches Museum

Fritz- Schloß- Park

Als größte öffentliche Grünfläche Moabits mit zwölf Hektar entstand Mitte der 50er-Jahre unmittelbar neben dem Poststadion, das derzeit zu einer Wellness-Oase umgebaut wird, ein Park mit „Höhenluft“.

Als nach 1945 auch an diesem Ort Trümmer abgeräumt werden mussten, auf dem Areal befand sich ein großer Kasernenkomplex einschließlich Exerzierplatz, wurden hier Schutt- und Trümmerreste aus der Umgebung aufgeschüttet. 1955 konnte auf der so entstandenen Erhebung ein Park angelegt werden, der seinen Namen nach dem früheren Bezirksbürgermeister von Tiergarten erhielt. Ein schlichter Gedenkstein auf dem „Gipfel“ erinnert an Fritz Schloß. Nach sechzig Jahren sind die Bäume des Parks zu respektabler Größe herangewachsen. Das hügelige Gelände hat lauschige Rundwege, Spielplätze, eine Liegewiese und neuerdings eine spezielle Strecke für Jogger. Unmittelbar neben dem Park lädt der Moabiter Kinder-Hof ein, ein gern besuchter Abenteuerspielplatz und Bauhof.

Rathenow Straße/ Seydlitzstraße, 10559 Berlin
Verkehrsanbindung:
S5,7,75,59 und Regional-Bahn, Hauptbahnhof
U9 Turmstraße
U55 Hauptbahnhof
Bus 123 Haltestelle Lehrter Straße
Bus 187 Haltestelle Rathenower Straße

Monbijoupark

Zwischen Spree und Oranienburger Straße findet der Berlinbesucher auf drei Hektar Fläche einen kleinen Park im bei vielen Touristen angesagten Ausgehviertel der Spandauer Vorstadt.

Der Monbijoupark entstand anstelle des im Krieg zerstörten Schlosses Monbijou, dessen Reste 1959 abgeräumt wurden. Danach wurde das Gelände bis 1962 zu einem Freizeitpark mit Kinderplansche umgestaltet. In den Jahren 2006/2007 konnte das gesamte Areal landschaftsgärtnerisch völlig neu gestaltet werden, wobei auch eine einladende Uferpromenade geschaffen wurde. Über diese erreicht man nach wenigen Schritten die alte, neu erbaute Monbijou-Brücke, über die man auf die Museumsinsel gelangt.

In den Park wurde ein an historischen Vorlagen orientierter Schalenbrunnen integriert, der zwischen 1995 und 2000 seinen Platz neben der Deutschen Staatsoper hatte.

Besucher freuen sich über Gaststätte, Kinderspielplatz und am Parkeingang das alte Chamisso-Denkmal.

Monbijoustraße 3, 10117 Berlin
Verkehrsanbindung:
S1, 2, Haltestelle Oranienburger Straße
S5,7,75,9, Haltestelle Hackescher Markt
Tram M1, M6, Haltestelle Oranienburger Straße

Christoph Vinz

Die Brache wach geküsst

Ein ökologisches Gartenprojekt am Moritzplatz

In einer Baulücke in Kreuzberg wachsen in Kübeln und Kisten Kräuter und Gemüse. Lokaler Bio-Anbau und soziales Miteinander schreiben sich die zwei Initiatoren auf die Fahne. Sie nennen sich Nomadisch Grün, sind umweltpolitisch interessiert und kooperieren mit den Anwohner/-innen und anderen Interessierten. Zudem verfolgt Nomadisch Grün pädagogische Ziele. Ihre diesjährige „Stadtsafari“ beteiligt Jugendliche des Kreuzberger Kiezes an der Initiierung eines mobilen Jugendraumes. Dafür erhalten sie als Pilotprojekt Fördergelder vom Bundesministerium für Bau und Stadtentwicklung. Die alte Brachfläche am Moritzplatz wird seit dem letzten Jahr vom Liegenschaftsfond gepachtet. Dennoch verstehen die Gartenaktivisten die „Prinzessinnengärten“ als temporäres Projekt, wofür paradigmatisch die transportablen Beete stehen. In der Tat reist Nomadisch Grün mit seinen Beeten zu den unterschiedlichsten Veranstaltungen. Man trifft die Berliner Gartenaktivisten auf Universitätskonferenzen, Demonstrationen der Anti-Atomkraft-Bewegung oder internationalen Treffen von Nachbarschaftsgärtnern. Ihr Engagement ist dem amerikanischen Community Gardening und der Zwischennutzungskultur zuzuordnen. Ein Gartencafé, das freundlich zum Verweilen einlädt und neben Bio-Getränken, Speisen aus den eigens kultivierten Früchten anbietet, stellt die finanzielle Basis der „Prinzessinnengärten“ dar.

Prinzessinnengärten - grüne Oase in Kreuzberg

Foto: Anna-Lin Karl

Aber wie sieht es mit der Schadstoffbelastung am Moritzplatz aus? Die Gartenaktivisten setzen sich mit dieser Problemlage seit Anbeginn auseinander. So berücksichtigten sie beim Aufbau den vom Demeter-Verbund veranschlagten Mindestabstand zur Straße, welche sie zusätzlich mit Pflanzenwerk abschirmen. In Kooperation mit der TU und HU-Berlin läuft außerdem ein Forschungsprojekt zur Schadstoffbilanz der Erträge.

Anna-Lin Karl

prinzessinnengarten.net

Unsichtbares Unheil aus dem Untergrund!

Protest gegen die CO_2-Endlagerung in Brandenburg ist notwendig

Kohlendioxid abscheiden und unterirdisch verpressen (CCS-Technologie) wird derzeit überall diskutiert. Nein, „verpressen“ ist kein Kampfbegriff, sondern bezeichnet relativ wertfrei den technischen Vorgang. Der Befürworter spricht in der Regel von „speichern“, der Kritiker (zu Recht) von „Endlagerung“. Die zwangsläufige Assoziation zum Atommüll mag man unfair finden, das Anliegen ist aber nun mal, das Gas möglichst für immer los zu sein.

CCS und Energiebedarf

Dass durch Wirkungsgradverluste von 8-12 Prozentpunkten die Menge der zu verbrennenden Kohle um bis zu ein Drittel steigen kann, ist ein inzwischen sehr bekanntes Argument. Für dieselbe Strommenge muss dann bei uns mehr Landschaft samt ihrer Dörfer, Naturschutzgebiete und Grundwasserleiter umgewühlt werden.

Christoph Vinz titulierte im RABEN RALF (April/Mai 2010) alle CCS-Kritiker als „Schlaumeier“ und „selbsternannte Experten“. Wenig später erschien die Stellungnahme Nr. 15 des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU) mit dem Titel „100 Prozent erneuerbare Stromversorgung bis 2050: klimaverträglich, sicher, bezahlbar“. Seine Botschaft: „Weder eine Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken noch der Bau neuer Kohlekraftwerke mit Kohlendioxidabscheidung und -speicherung sind notwendig“. Man kann jedes Energieszenario kontrovers diskutieren, der SRU jedenfalls wurde von der Bundesregierung als Expertengremium berufen. Auch den engagierten Äußerungen des Institutes für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) sollte man die Sachkenntnis nicht absprechen. Das Umweltbundesamt hat darauf verwiesen, dass bei Ausbau der erneuerbaren Energien immer weniger fossile Grundlast-, sondern vorrangig Mittel- und Spitzenlastkraftwerke gebraucht werden, um das Stromnetz bedarfsgerecht zu regeln. Es äußert Zweifel, ob CCS dafür geeignet ist.* Vereinfacht gesagt: wer an einen Dampfkessel vorn die Luftzerlegung und hinten die CO_2-Verflüssigung anfügt, erhält eine Mischung aus Kraftwerk und Chemiefabrik. Da wird Hoch- und Runterfahren nicht eben einfacher.

CCS als Feigenblatt - drei Beispiele

Neue Tagebaue soll es nur für klimafreundliche Kohlenutzung (= CCS) geben, betonte die brandenburgische Regierung in den Jahren 2007/08 unablässig. Juristisch verbindlich ist das bis heute nirgends. Fakt ist, dass von drei derzeit laufenden Braunkohlenplanverfahren in der Lausitz zwei ganz sicher nicht für CCS-, sondern für die herkömmliche „Klimakiller“- Verstromung vorgesehen sind. Der Tagebau Welzow-Süd II wird einfach (juristisch absurd) nicht als neues Tagebauvorhaben deklariert. Die ebenfalls beantragte Erweiterung des Tagebaus Nochten liegt schon in Sachsen. Vattenfall aber denkt nicht in Landesgrenzen und betreibt eine Kohleverbindungsbahn, mit der die Kohle auch über die nahe Landesgrenze nach Schwarze Pumpe gefahren werden soll. Insgesamt 2.700 Menschen will Vattenfall also noch für die Versorgung extrem klimaschädlicher Braunkohlenkraftwerke umsiedeln. Falls das dem Leser nicht so bekannt war, dann funktioniert CCS als Feigenblatt hervorragend.

Nur beim Kraftwerk Jänschwalde wird die CCS-Technologie derzeit konkret und ernsthaft diskutiert. Doch auch hier nicht ohne Feigenblatt-Wirkung: wie lange die alten Blöcke (zweithöchster spezifischer CO_2-Ausstoß Deutschlands!) weiterlaufen, wird mit der CCS-Debatte gezielt ausgeblendet. Vattenfall will die ursprünglich um 2020 geplante Außerbetriebnahme der alten Kraftwerksblöcke massiv verzögern und je mehr die Menschen beim Wort Jänschwalde an CCS denken, umso besser kann man davon ablenken.

Seit dem Jahreswechsel 2009/10 ging es für Vattenfall mit den Protesten der CCS-Gegner in Beeskow und Neutrebbin etwas nach hinten los. Nun verbreitet sich eine neue Variante des Feigenblattes: Immer öfter wird auf die Möglichkeit verwiesen, dass die Stahl- oder Zementindustrie CCS benötigen könnten. Das ist in langfristigen Klimaszenarien sicher diskussionswürdig. Doch in der Praxis sind Kohlekraftwerke die einzigen, die CCS-Projekte in Brandenburg vorantreiben. Solange der Antragsteller Vattenfall heißt und die Demonstrationsanlage in Jänschwalde stehen soll, ist die CCS-Debatte eine Braunkohledebatte. Alles andere wäre politischer Betrug.

CCS und Wasser

Die norddeutsche Wasserwirtschaft verweist in einem Positionspapier vom April auf das wohl wahrscheinlichste Risiko der CO_2-Verpressung: der Aufstieg stark salzhaltigen Wassers in die darüberliegenden Trinkwasserreserven. Grundwasserschützer in Brandenburg waren auch ohne CCS schon sensibilisiert für dieses Thema, weil Probebohrungen aller Art den märkischen Untergrund durchlöchern. Nun sollen aber noch viele Millionen Kubikmeter Gas ins Salzwasser gepresst werden. Die Parallele zum Atommülllager Asse besteht nicht nur in den fast wortgleichen (nur eben Jahrzehnte auseinander liegenden) „Alles-ist-sicher-Sprüchen“ finanziell abhängiger Wissenschaftler und Beamter, sondern vor allem in einem Phänomen: Wasser im Untergrund kann sich auch bewegen!

Während die Risiken der CO_2-Verpressung zunehmend bekannt werden, bleibt weitgehend unbeachtet, dass auch der Wasserverbrauch der Kraftwerke massiv steigen würde. Eine Umrüstung von Teilen des Kraftwerkes Jänschwalde zur Abscheidung von nur zwei bis drei Millionen Jahrestonnen CO_2 (Demonstrationsanlage) würde bereits 2,3 Millionen Kubikmeter Rohwasser pro Jahr mehr verbrauchen. Die Unterlagen, die Vattenfall Anfang des Jahres vorlegte, begründen das mit dem „Ausgleich erhöhter Verdunstung (...) wegen der größeren Bruttoleistung zur Deckung des höheren Energieeigenbedarfes“. ** Für jede abgeschiedene Tonne CO_2 benötigt CCS also fast einen Kubikmeter Wasser zusätzlich! Diese Menge entspricht dem durchschnittlichen Wasserverbrauch von etwa 56 000 Personen in Deutschland (127 Liter pro Person und Tag). Der größte Teil geht über die Kühltürme in die Atmosphäre und ist für Grund- und Oberflächenwasser der Region verloren. Angesichts der zurückgehenden Durchflüsse in der Spree wäre das Gegenteil dringend nötig: eine Verringerung der Kühlturmverluste in den Lausitzer Kraftwerken. Der Berliner stelle sich nun das gesamte Kraftwerk Jänschwalde (rund 25 Millionen Jahrestonnen CO_2) auf CCS-Basis vor und vergesse dabei nicht, dass auch sein Trinkwasser aus Uferfiltrat der Spree stammt.

CCS und Demokratie

Mit der Bekanntgabe der CO_2-Endlagerstandorte wartete Vattenfall zunächst einmal ab, bis die Eintragungsfrist zum Volksbegehren gegen neue Braunkohletagebaue in Brandenburg am 9.Februar 2009 endete. Im März 2009 erfuhren die Bewohner der Regionen um Beeskow und Neutrebbin dann, dass der Abfall aus der zu fördernden Kohle unter ihren Füßen verpresst werden soll. Während einer demokratischen Abstimmungsmöglichkeit über die Energiepolitik des Landes war ihnen also das Wissen über ihre Betroffenheit gezielt vorenthalten worden. Das trug dazu bei, dass die erforderliche Unterschriftenzahl nicht erreicht wurde. Ein Vorgang, der jeden Demokraten nachdenklich stimmen sollte.

CCS und Ideologie

Befürworter dieser Technologie geben gern vor, ideologiefrei zu handeln. Tatsächlich ist CCS selbst Ideologie in Reinform: die des weiter-so und des „Geo-Engineering“, also der Glaube, man könne Eingriffe in die Stoffkreisläufe unseres Planeten durch noch mehr Eingriffe beherrschbar machen. Auch der Glaube an die Unabänderlichkeit prognostizierter Energieverbräuche ist selbstverständlich eine Ideologie, weil die Grundannahmen jedes Energieszenarios (Wirtschaftswachstum, Konsum usw.) auf einem gesellschaftlichen Wertegefüge beruhen. Ich habe in fünfzehn Jahren keinen einzigen Menschen getroffen, der Energiepolitik wertfrei diskutiert hätte. Wer das behauptet, betrügt oft genug auch sich selbst.

Wissenschaftliche Theorie und politische Praxis

Der Projektleiter der Verpressungsversuche in Ketzin sagte 2007 in Cottbus in einer öffentlichen Diskussionsrunde, dass vor 2020 keine verlässlichen Ergebnisse zur Speichersicherheit erwartet werden. Doch 2015 soll eine Demonstrationsanlage beginnen, mehrere Millionen Tonnen CO_2 unter Beeskow oder Neutrebbin zu verpressen. Und gleichzeitig sollen die Planverfahren zu drei neuen Braunkohletagebauen entschieden sein, weil Kohle jetzt angeblich so klimafreundlich ist. Gegen solchen Betrug ist Widerstand in Brandenburg dringend nötig, Unterstützung aus Berlin allemal auch.

Dipl.-Ing. (FH) René Schuster
GRÜNE LIGA
Umweltgruppe Cottbus

* Umweltbundesamt: Klimaschutz und Versorgungssicherheit. Climate Change 13/2009
** Scoping-Unterlage für das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren

www.lausitzer-braunkohle.de
www.ccs-protest.de

Anzeige

Bürgerbewegung für den Klimaschutz

Cochabamba: Die alternativen Umwelt- und Klimaverhandlungen in Bolivien

Wenn Sie jetzt noch nicht das Volksbegehren „Unser Wasser“ hier vor Ort, in Berlin, unterschrieben haben, dann gehören Sie wahrscheinlich nicht zu den Menschen, die auf Anhieb nachvollziehen werden, was sich gerade in Bolivien, Cochabamba ereignet. Eine Bürgerbewegung wächst weiter an, Aktivisten aus aller Welt vernetzen sich und wichtige Initiativen werden gegründet, die das Ungleichgewicht in dieser Welt korrigieren könnten.

Eine neue Staatsidentität entwickelt sich

Am 25. Januar 2009 gab sich Bolivien eine neue Verfassung. Darin werden natürliche Ressourcen des Landes als Eigentum der gesamten Bevölkerung definiert und der angestrebte Demokratisierungsprozess wird weitergeführt. Dezentralisierung und Autonomie werden unterstützt. Die sozialen, politischen und zivilen Rechte der Bevölkerung wurden um die „Rechte der dritten Generation“ ausgeweitet, wie das Recht auf kollektive Identität und Kultur und der Zugang zur Grundversorgung wie Trinkwasser, Elektrizität, Gas; Zugang zu Post und Telekommunikation.

Um diese Grunddienstleistungen für jeden Bürger zu gewährleisten, müssten sie in öffentlicher Hand liegen. Anfang Mai drängte Evo Morales, Präsident des plurinationalen Staates Bolivien, die Privatwirtschaft weiter zurück. Er ließ Energieversorgungsunternehmen von Polizei und Militär besetzen und ordnete einen Preisnachlass auf Strom von 20 Prozent für 80 Prozent der Verbraucher an. Seit seinem Amtsantritt 2005 ist der Mindestarbeitslohn stufenweise um insgesamt 45 Prozent erhöht worden.

Ganz reibungslos vollzog sich dieser Prozess aber nicht. In letzter Zeit wächst allerdings die Zustimmung zu dezentraler und föderaler Ausrichtung der Politik des Landes. Einiges hat sich in der letzten Dekade in Lateinamerika verändert.

Ziemlich genau 10 Jahre zuvor wurde in Cochabamba noch das Kriegsrecht ausgerufen, weil die Proteste eskalierten, die in Folge der Wasserprivatisierung über die Stadt rollten. Mitte April 2000 wurde die Privatisierung aufgrund der anhaltenden Straßenschlachten zurückgenommen. Seit dem gilt Cochabamba als ein Symbol des Widerstands gegen die Privatisierung der Grundversorgung. Szenen aus diesem Konflikt und dessen globaler Zusammenhang sind hervorragend dokumentiert in dem Film „Der große Ausverkauf“ von Florian Opitz.

April 2010 in Cochabamba - Demo für Klimaschutz

Foto: The City Project-www.flickr.com

Über Klimawandel und Rechte der „Mutter Erde“

Von 19. bis 22. April fanden sich 35.000 Menschen aus über 140 Ländern in Cochabamba zusammen und erarbeiteten eine umfassende Deklaration. Vertreter aus 47 Ländern beteiligten sich an diesem Vorhaben. Allen voran Bolivien, Venezuela und Kuba, die sich im Dezember 2009 weigerten, die Resolution der Klimakonferenz von Kopenhagen zu unterzeichnen.

In 18 Arbeitsgruppen wurde daran gearbeitet, alle verschiedenartigen Meinungen mit einzubeziehen und die Weltsicht der indigenen Völker aus nah und fern in einem offiziellen Text niederzuschreiben. Das Ergebnis ist das in allgemein verständlicher Sprache verfasste „Abkommen der Völker“, in dem nichts Geringeres festgelegt ist, als die Rechte der Pachamama - der „Mutter Erde“.

Als gleichgewichtig zu den bereits von der UN anerkannten Menschenrechten seien diese Rechte der „Mutter Erde“ zu betrachten. Um das Verhältnis von Mensch und Natur wieder in ein Gleichgewicht zu bringen, bedürfe es einer angemessenen Gleichstellung der Rechte beider.

Das gelebte Ungleichgewicht, das von den entwickelten Industrienationen vorgegeben wird und sich den restlichen Staaten der Welt aufdrängt, scheint sich allerdings nicht so einfach durch dieses Ergebnis berichtigen zu lassen. Denn die Industrienationen und Weltkonzerne setzen weiterhin darauf, mit neuen instrumentellen Methoden und Technologien den multiplen sozialökologischen Problemen und Krisen entgegenzuwirken, die in dem Begriff des Klimawandels kumulieren.

Die indigenen Völker erkennen in diesem Vorgehen allerdings eine fortschreitende Privatisierung der Natur, die mit dem derzeit vorherrschenden Kapitalismus einhergeht. In dem „Abkommen der Völker“ werden explizit Agrotreibstoffe, Emissionshandel, Gentechik, Nanotechnologie, Geo-Engineering, Monokulturen und dergleichen als falsche Lösungen angeprangert. Bei den Klimaverhandlungen von Kopenhagen 2009 und wohl auch als nächstes im Dezember in Cancún (Mexiko) werde nicht die wahre Wurzel des Problems angegangen.

Die alles andere als nachhaltig strukturierten Konsum- und Produktionszyklen der entwickelten Länder und das derzeitige, alles in Geldwert ausdrückende, monetäre System, das diese begünstigt, wurden als eine der Hauptursachen des Klimawandels ausgemacht. In dem Abkommen von Cochabamba heißt es: „Der Kapitalismus braucht eine leistungsfähige Militärindustrie für seinen Akkumulationsprozess und die Kontrolle von Territorien und Naturressourcen, um den Widerstand der Völker zu unterdrücken. Es handelt sich um ein imperialistisches System der Kolonisierung des Planeten. Die Menschheit befindet sich vor einer großen Entscheidungsfrage: die Wege des Kapitalismus, der Plünderung und des Todes fortzusetzen oder den Weg der Harmonie mit der Natur und der Achtung vor dem Leben einzuschlagen.“

Vorschläge für richtige Lösungswege finden sich auch in diesem Abkommen: So werden die Einrichtung eines Weltklimafonds, in den die entwickelten Staaten einzuzahlen haben, sowie die Schaffung eines internationalen Klima- und Umweltgerichtshofes gefordert.

Nach wie vor stehen sich zwei Tendenzen gegenüber: die eine naturverbunden - die andere materialistisch. Für ein Zusammenfinden der beiden Fronten der Klimaverhandlungen muss die Vormachtstellung der industriell und militärisch entwickelten Länder aufgegeben und ein Dialog gefunden werden. Ob es zu diesem kommt, bleibt allerdings fraglich. Um Aufnahme des „Abkommens der Völker“ in die Basistexte für die nächste UN-Klimakonferenz wird weiterhin verhandelt.

Nicolaus J. Yuan

pwccc.wordpress.com/support
www.yesmagazine.org/blogs/a-peoples-climate-summit
www.cityprojectca.org
www.etcgroup.org

VOLKSBEGEHREN UNSER WASSER

Neun Fragen und Antworten

1. Wem gehören die Wasserbetriebe?

Die größte Teilprivatisierung innerhalb der EU fand 1999 in Berlin statt: 49,9 Prozent der Berliner Wasserbetriebe wurden für 1,68 Milliarden Euro über eine Holding AG verkauft. Heutige Profiteure dieser Teilprivatisierung sind RWE Aqua und Veolia Wasser.

2. Warum sind wir gegen die Privatisierung?

Seit 2004 stiegen die Wasserpreise stetig und enorm - bislang insgesamt um etwa 35 Prozent! Die Berliner zahlen im internationalen Städtevergleich die höchsten Wasserpreise, Personal wurde abgebaut, Investitionen abgesenkt, und kürzlich wurden 3 Wasserwerke geschlossen mit der Folge, dass Berlin circa 30 Quadratkilometer ökologisch wichtiges Trinkwasserschutzgebiet verliert.

3. Was passiert mit den Gewinnen?

Die Gewinne landen zum größten Teil in den Taschen der privaten Konzerne, und einen kleineren Teil sackt der Senat, angeblich zur Schuldentilgung, ein. Allein im letzten Jahr mussten wir für die Teilprivatisierung 270 Millionen Euro „Gewinne“ bezahlen: Deren Gewinne sind unsere Verluste. Darum fordern wir: Wasser ist ein öffentliches Gut. Es dürfen unserer Überzeugung nach nur die real anfallenden Kosten in die Wassertarife eingestellt werden. Gewinne, Renditen, Profite haben bei der Wasserversorgung nichts verloren!

4. Was erfolgt nach einem erfolgreichen Volksbegehren?

Nach einem erfolgreichen Volksbegehren hat der Senat eine Frist von vier Monaten, um den Volksentscheid herbeizuführen. Ein Volksentscheid gleicht einer Wahl zum Abgeordnetenhaus. Jeder Bürger erhält zusätzlich zu den Wahlunterlagen eine Argumentation, in der Wassertisch, Abgeordnetenhaus und Senat ihre Positionen darlegen.

5. Wozu brauchen wir die Veröffentlichung?

Das Prinzip ist einfach: gegen das, was nicht öffentlich ist, können wir uns nicht zur Wehr setzen. Wir wollen mit unserem Gesetz erreichen, dass die Geheimverträge offen gelegt werden, um so eine unabhängige und öffentliche Prüfung zu erreichen. Und wir sind zuversichtlich, dass zentrale Passagen aus dem Vertrag, die wir durch Insider zugespielt bekommen haben, eindeutig rechtswidrig sind und wir dagegen vorgehen können.

6. Was sagen unsere Abgeordneten zu den Geheimverträgen?

Abgeordnete dürfen die Verträge nur im „Datenraum“ („Darkroom“) beim Finanzsenator einsehen. Sie dürfen sich keine Notizen machen, keine Experten einbeziehen, keine Kopien anfertigen, keine Telefonate führen. Doch das Schlimmste ist: Sie müssen zuvor eine Verschwiegenheitsvereinbarung unterschreiben! Das bedeutet, sie dürfen über das, was sie gelesen haben, nicht reden. Verstoßen sie dagegen, drohen ihnen Schadensersatzklagen. Die Abgeordnete Heidi Kosche (Bündnis90/Die Grünen), muss sogar vor dem Verfassungsgericht klagen, um die Akten einzusehen.

7. Ist mit der Novellierung des Informationsfreiheitsgesetzes nicht die Veröffentlichung wie gefordert garantiert?

Mit dem Informationsfreiheitsgesetz können die privaten Eigner gegen eine Veröffentlichung klagen, damit können Jahre vergehen. Auch ist dadurch nicht gesichert, dass alle Verträge veröffentlicht werden. Nach dem Gesetz kann durch Nachverhandlungen die Veröffentlichung „verschoben“ werden. Der geheime Konsortialvertrag ist nach dem Kenntnisstand der Initiatoren des Volksbegehrens mindestens fünf Mal vom Senat nachverhandelt worden und nie zuungunsten der Konzerne, sondern immer nur zu Lasten der Berlinerinnen und Berliner geändert worden.

8. Warum habt ihr nicht gleich ein Volksbegehren zur Rekommunalisierung gemacht?

Dann würde genau das geschehen, was in Potsdam passiert ist. Dort wurde teuer rekommunalisiert. Über die Verträge mit dem Konzern Suez wurde genauso Stillschweigen vereinbart wie über die Höhe der Rückkaufsumme. Doch wie wir aus eingeweihten Kreisen wissen, wurden die garantierten Gewinne in die Rückkaufsumme einkalkuliert - mit der Folge, dass die Wasserpreise in Potsdam noch höher sind als in Berlin. Wir wollen die kostengünstige Rekommunalisierung. Darum ist die Offenlegung als erster Schritt so wichtig.

9. Wozu werden Spenden gebraucht?

Wir benötigen viel Geld für Werbematerial, nach einem erfolgreichen Sammeln benötigen wir noch einmal viel Material, um in der Stadt für ein JA zum Volksentscheid zu werben. Genau so wichtig sind Zeitspenden: Informieren Sie Ihre Freunde, Nachbarn, Kollegen - jede Stimme zählt!

Berliner Wassertisch

www.berliner-wassertisch.net

Grafik: Berliner Wassertisch

Inszenierte Verwirrung

Ist das Wasser-Volksbegehren überflüssig?

Ende Juni ist der Startschuss für das Wasser-Volksbegehren gefallen: Bis zum 27. Oktober sammelt der „Berliner Wassertisch“ gemeinsam mit der GRÜNEN LIGA Berlin und vielen anderen mindestens 172.000 Unterschriften für ein Gesetz, mit dem die Geheimverträge, die infolge der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe abgeschlossen worden sind, vollständig offen gelegt werden sollen. Durch Insider wissen wir, dass **mit diesen unbefristeten (!) Geheimverträgen geltendes Recht unterlaufen wird**, unverschämt hohe Gewinngarantien, die notfalls sogar aus dem Berliner Haushalt bezahlt werden müssen, vereinbart und im so genannten Kleingedruckten andere Dinge zu Lasten von uns Verbrauchern geregelt worden sind.

Unterschriftensammlung am LPG Biomarkt (Prenzlauer Berg)

Höchste Zeit, mit diesem Volksbegehren die Voraussetzungen zu schaffen, damit das ans Tageslicht gerät und dieses Vertragswerk öffentlich und unabhängig kontrolliert werden kann.

Der Senat mit seinem gesamten verfilzten Netzwerk, das bis in die Medien hineinreicht, lässt nichts unversucht, um die Bevölkerung in die Irre zu führen: So wurde beispielsweise das so genannte **„Berliner Informationsfreiheitsgesetz (IFG)“** verändert. Und Spitzenfunktionäre der SPD wie von der Linkspartei behaupten, mit dem „Informationsfreiheitsgesetz“ hätte sich das Wasser-Volksbegehren erledigt, denn die Geheimverträge würden jetzt offen gelegt werden. Doch stimmt das wirklich? Ein Blick in das Gesetz liefert die Antwort: NEIN! **Denn im §7a Abs. 3 IFG steht, dass Bestimmungen des Vertrages, die einer Veröffentlichung entgegenstehen, „nachverhandelt“ werden sollen**. Alles klar? Veröffentlicht wird also nicht der Geheimvertrag, sondern eine Vertragsfassung, die verändert und juristisch wasserdicht gemacht worden ist.

Für weitere Verwirrung sorgte die **Berichterstattung über ein Urteil des Berliner Verfassungsgerichts:** Die Abgeordnete Heidi Kosche (Bündnis 90/Die Grünen) hatte vom Senat Zugang zu allen Unterlagen der Teilprivatisierung verlangt. Der Senat hatte das pauschal abgelehnt. Und über diesen Streit hat jetzt der Verfassungsgerichtshof entschieden. Das Ergebnis: Der **Senat darf nicht pauschal ablehnen**, sondern

muss bei jeder Akte sorgfältig abwägen, ob Akteneinsicht gewährt werden darf oder ob **Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse** wichtiger sind und einer Akteneinsicht entgegenstehen. Außerdem ist zu befürchten, dass selbst wenn den Abgeordneten eine umfassende „Akteneinsicht" gewährt wird, sie zuvor eine **Verschwiegenheitsvereinbarung** unterschreiben müssen und nicht mit ihren Wählern darüber reden dürfen, was sie gelesen haben. Über diese Details wurde in zahlreichen Medien NICHT berichtet!

Die Folgen: Viele Bürger rufen bei der GRÜNEN LIGA Berlin an und glauben infolge der Darstellung in den Medien, dass jetzt alles offen gelegt wird und sich das Volksbegehren erledigt hat. Dass ist nicht der Fall. Die wirklich wichtigen Unterlagen werden einzig und allein Abgeordneten gezeigt und zwar im **Datenraum des Finanzsenats:** Dort dürfen die Abgeordneten keine Kopien und nicht einmal Notizen machen, sie dürfen nicht telefonieren, keine Experten hinzuziehen und sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Sieht so eine Offenlegung aus, die uns Verbrauchern etwas nutzt?

Zu dieser inszenierten Verwirrung kommt dann noch die dümmliche **„Image- und Aufklärungskampagne"** der Berliner Wasserbetriebe, die in Berlin ja eine Monopolstellung haben und daher Werbung überflüssig macht: Statt der „lupenreinen" Quietsche-Enten-Kampagne und Slogans wie „Wir waschen Waschmaschinenwaschwasser" sollte der Wirtschaftssenator und Aufsichtsratsvorsitzende der Wasserbetriebe, Harald Wolf (Linkspartei), die Kritik des Landesrechnungshofes aufgreifen und diese Dumm-Kampagne beenden.

Bleibt abschließend nur der Appell an die Leser/-innen des RABEN RALF: Lasst Euch nicht verunsichern, sammelt Unterschriften für das Wasser-Volksbegehren bei Freunden, Nachbarn, Kollegen. Die Unterschriftsbögen und -listen liegen bei der GRÜNEN LIGA Berlin (Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin) oder können bequem im Internet heruntergeladen, ausgedruckt und weitergegeben werden. Wenn viele ihre eigenen **Netzwerke „aktivieren"**, dann können wir gewiss 172.000 gültige Unterschriften bis zum 27. Oktober gewinnen!

Thomas Rudek
Sprecher des Volksbegehrens für die GRÜNE LIGA und den Berliner Wassertisch.

ThRudek@gmx.de
Tel. 030/ 261 33 89 (AB)
www.berliner-wassertisch.net
www-grueneliga-berlin.de

Sand in die Augen der Öffentlichkeit

Informationsfreiheitsgesetz führt NICHT zu einer vollständigen Offenlegung der geheimen Wasser-Verträge

In der öffentlichen Berichterstattung wird der Eindruck vermittelt, mit der Neufassung des Berliner Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) könne „das Volksbegehren „Wassertisch" als faktisch erledigt" angesehen werden, so Sven Kohlmeier und Michael Müller (SPD-Fraktion) Mitte Juni. Es werden Behauptungen in den Raum gestellt, die nur einen Zweck erfüllen, nämlich den SPD-Parteimitgliedern und der Berliner Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen.

Wer den Gesetzestext des Volksbegehrens der Bürgerinitiative „Berliner Wassertisch" gelesen hat, kennt das Ziel: Es geht um die vollständige Offenlegung aller Verträge, Beschlüsse und Nebenabreden, die im Zusammenhang mit der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe stehen und zwischen dem Land Berlin und den privaten Anteilseignern geschlossen worden sind.

Es ist kein juristischer Sachverstand erforderlich, um zu erkennen, dass die Neuregelung des Informationsfreiheitsgesetzes nicht auf die Offenlegung abgeschlossener Verträge abzielt. Sondern darauf, bestehende Verträge neu zu verhandeln, mit dem Ziel, diese in eine für die Öffentlichkeit geeignete Form zu bringen. Unter der Annahme, dass sich die Vertragsparteien einvernehmlich verständigen, wird lediglich der neue Vertrag der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, nicht jedoch der alte Vertrag. Der bleibt weiterhin unter Verschluss und kann somit NICHT einer öffentlichen und unabhängigen Überprüfung zugeführt werden. Doch genau DAS ist das Ziel des Wasser-Volksbegehrens: Die abgeschlossenen Geheimverträge sollen auf den Prüfstand, sollen offen gelegt werden, damit sie so einer öffentlichen und unabhängigen Kontrolle zugeführt werden können. Zusammenfassend ist daher festzuhalten, dass die Novellierung des IFG nicht zu einer Offenlegung der Geheimverträge führen wird, sondern zu einer Neuverhandlung. Das entspricht nicht der Zielsetzung des Volksbegehrens.

Start fürs Wasser-Volksbegehren - Leopoldplatz (Wedding)

Fotos: Andreas Jost

Die Verteidiger der Novellierung des IFG könnten anführen, dass mit der Neufassung ein wichtiges Druckmittel gewonnen ist, um die privaten Investoren zu Neuverhandlungen zu zwingen. Denn, wenn diese sich Neuverhandlungen verweigern würden, dann wäre die Offenlegung der bestehenden Verträge die Folge. Diese Argumentation unterschlägt, dass davon auszugehen ist, dass die privaten Vertragspartner vor der Offenlegung Widerspruch einlegen werden und damit einen Rechtsstreit provozieren, der erst nach Jahrzehnten enden wird!

Auf zwei weitere Schwachstellen des IFG sei an dieser Stelle verwiesen. In der öffentlichen Darstellung wird positiv hervorgehoben, dass zukünftig abgeschlossene Verträge, die in bestimmten Bereichen der Daseinsvorsorge eine Beteiligung Privater enthalten, „grundsätzlich dem Informationsrecht" unterliegen. Dieses grundsätzliche Offenlegungspflicht wird jedoch zugleich einschränkend an den Schutz der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Privaten gekoppelt: So erfolgt die Offenlegung nicht, wenn „durch deren Offenbarung dem Vertragspartner ein wesentlicher wirtschaftlicher Schaden entstehen würde", Paragraph7a, Absatz 2 des IFG. Immerhin ist der private Vertragspartner nachweispflichtig: Er muss nachweisen, dass ihm wirklich ein wesentlicher schwerer Schaden entstehen würde. Entscheidend ist, dass dieser Beweis nicht öffentlich erbracht werden muss, sondern nur gegenüber der Behörde, mit der der Vertrag abgeschlossen wird. Und genau in diesem pikanten Detail offenbart sich die Fehlkonstruktion des IFG: Wenn über die Frage, ob das öffentliche Interesse oder das private Schutzinteresse der privaten Vertragspartner schwerer wiegt, nicht eine unabhängige Stelle entscheidet, sondern die „aktenführende Stelle", also die Behörde, die den Vertrag mit dem privaten Vertragspartner unter Dach und Fach gebracht hat, dann ist vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Berliner Filz nicht viel Fantasie erforderlich, um sich vorzustellen, zu wessen Gunsten dieser Abwägungsprozess in besonders „sensiblen" Fällen entschieden wird.

Auch der Bundesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Peter Schaar, hatte kürzlich öffentlich beanstandet, dass die Behörden besonders erfindungsreich sind, wenn es darum geht, Informationsgesuche der Bürger abzuschmettern, mit dem lapidaren Hinweis, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse würden dem öffentlichen Informationsinteresse entgegenstehen. Vor dem Hintergrund dieser gravierenden Mängel kann die Novellierung des Berliner Informationsfreiheitsgesetzes nicht überzeugen. Im Gegenteil: Der behauptete Anspruch, einen wichtigen Beitrag für eine erhöhte Transparenz zu liefern, bleibt weit hinter dem zurück, was - wenn es den politischen Willen gegeben hätte - juristisch möglich gewesen wäre.

Gerade vor dem Hintergrund dieses Verzichts auf Gestaltungsoptionen muss die IFG-Novellierung als fauler Kompromiss bezeichnet werden, und deshalb bleibt der Gesetzesentwurf des Volksbegehrens unverzichtbar. Am Volksbegehren „Schluss mit Geheimverträgen - Wir Berliner wollen unser Wasser zurück" führt daher kein Weg vorbei.

Thomas Rudek
Sprecher des Volksbegehrens für die GRÜNE LIGA und den Berliner Wassertisch.

www.berliner-wassertisch.net
www-grueneliga-berlin.de

Spendenkonto
Für die Unterstützung des Berliner Wassertischs können SPENDEN auf das Konto der GRÜNEN LIGA Berlin eingezahlt werden.
Kontoinhaber:
GRÜNE LIGA Berlin
Konto-Nr.: 3060508
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ: 100 205 00
Kennwort: „Berliner Wassertisch" bzw. „Volksbegehren UNSER WASSER"

Ecotopia 2010 - Internationales ökologisches Camp

1. bis 21. August in Wiesenburg: vielfarbig selbstorganisiert interkulturelles Miteinander für nachhaltiges Leben

Ecotopia findet seit 20 Jahren immer in wechselnden europäischen Ländern statt. Dabei treffen sich Menschen aus den verschiedensten Ländern und Kulturen mit Interesse an Fragen zu Umwelt und sozialer Gerechtigkeit. Man lernt sich kennen beim miteinander Arbeiten, Lernen, Reden, Spielen und Feiern. Erklärtes Ziel ist es, die Vernetzung von Umweltaktivisten aus ganz Europa voranzutreiben.

Alles, was mit dem Thema ‚Ökologie' im weitesten Sinne verbunden ist, wird innerhalb von Workshops, Schulungen, Vorträgen, Filmvorführungen, Kunst-, Theater- und Musikaktionen bearbeitet. Drei Wochen lang werden die Grundsätze eines umweltfreundlichen Lebensstils praktiziert (Abfallvermeidung und -recycling, vegetarische/vegane Ernährung, Nutzung alternativer Energien, Basisdemokratie). Für das Camp gibt es keine festgelegte Tagesordnung. Das tatsächliche Programm entwickelt sich vor Ort durch die Interessen und Initiativen der Anwesenden weiter.

Grafik: www.ecotopia2010.org

Es gibt voraussichtlich Workshops zum Bau von Solarduschen und zur Internetnutzung, Trommel-, Gesangs- und Theaterworkshops sowie ein bis zwei Filmnächte mit ökologisch orientierten Filmen aus ganz Europa. Vorträge und Gesprächsrunden werden zu den Themen Klimawandel, Verkehr, Lebensmittel sowie ökologisches Bauen und Wirtschaften angeboten. Außerdem findet ein Austausch von Erfahrungen mit Kampagnen, alternativen Medien; über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und die Erkundung der ökologischen Besonderheiten der Region statt.

Ecotopia ist basisdemokratisch und selbstorganisiert. Durch eine eigene Währung, den „Eco", dessen Umrechnung sich nach dem monatlichen Einkommen richtet, wird einkommensschwächeren Menschen und Familien die Teilnahme erleichtert.

Auf dem fünf Hektar großen Camp-Gelände werden im August insgesamt etwa 1.000 Menschen erwartet. Das ganze Camp wird über eine zentrale vegetarische Küche versorgt.

Willkommen sind alle, die Lust haben, sich am Campleben zu beteiligen und die Interesse an den beschriebenen Themen haben. Bitte lasst alles, was nicht umweltverträglich ist, zuhause und bringt biologisch abbaubare Seifen und Shampoos mit.

Außerdem bemühen wir uns darum, so wenig Müll wie möglich zu erzeugen. Gut ist es, ein eigenes Zelt, ein Fahrrad und wenn möglich, Musikinstrumente mitzubringen. Infomaterial zu Umwelt- und Naturschutzprojekten und Aktionen, in denen Campteilnehmer/-innen aktiv sind, sollte auch im Gepäck sein. *Dorothee Bornath*

mail@bornath.de
Tel.: 033849/ 90523
www.ecotopia2010.org

Neuer Naturerlebnispfad im Barmin

Berlin-Brandenburger Naturpark Barnim - Wandern, Entdecken und Mitmachen

Wer am S-Bahnhof Mühlenbeck-Mönchmühle aus der S8 steigt, befindet sich am Startpunkt eines Wander- und Erlebnisweges der besonderen Art. Er führt rund um das Naturschutzgebiet Schönerlinder Teiche im Naturpark Barnim. „Löwenzahnpfad" steht auf dem Wegweiser. Wer ihm folgt, wird mehr als ein paar Pusteblumen entdecken. Der vier Kilometer lange Rundweg, der seinen Namen durch eine Kooperation mit der ZDF-Kindersendung „Löwenzahn" erhielt, bietet zahlreiche, neu errichtete Natur-Erlebnisstationen. Werktags werden es daher oft Kindergruppen sein, die dort anzutreffen sind.

Löwenzahnpfad im Naturpark Barnim

Foto: Naturpark Barnim

Am 18. September wird der Pfad zum besonderen Treffpunkt für Erwachsene. Anlässlich des „Berliner Freiwilligentages" lädt die Naturwacht im Naturpark Barnim interessierte Freiwillige ein, sie bei der Pflege und weiteren Gestaltung des Weges zu unterstützen. Schon zum zweiten Mal organisieren Lebenshilfe und Naturwacht, dass sich Menschen mit geistiger Behinderung im Naturpark Barnim aktiv engagieren können. Die sinnvolle Betätigung an der frischen Luft, das Zupacken und Helfen - ob mit oder ohne Behinderung - machte bei vergangenen Arbeitseinsätzen allen Beteiligten sehr viel Freude.

Die Naturwacht Brandenburg und EUROPARC Deutschland bieten mit dem Programm „Freiwillige in Parks" weitere Einsatzmöglichkeiten in Brandenburgs Nationalen Naturlandschaften. *Kerstin Emonds*
Projektkoordinatorin
„Freiwillige in Parks"

www.freiwillige-in-parks.de

18. September
Berliner Freiwilligentag im Naturpark Barnim
Treffpunkt:
10 Uhr am S-Bahnhof Mühlenbeck-Mönchmühle (S8)
Bitte an festes Schuhwerk denken.
Anmeldung erbeten:
Tel. 03338/ 398910 oder 0175/ 7213084
Dirk.Krone@naturwacht.de.

13. Ökofete in Brückentin

10. bis 12. September: Umweltbewegte treffen sich in der Naturschutzakademie

Das erste derartige Treffen von engagierten Menschen, die sich für den Erhalt einer intakten Umwelt einsetzen, fand 1996 statt. Das Motto ist bis heute erhalten: Gleichgesinnte treffen, Ideen austauschen, sich gegenseitig informieren und vielleicht vernetzen, Neues über Natur und Landschaften der Umgebung erfahren, bei Musik am Lagerfeuer Spaß haben und weitere Aktivitäten im Grünen.

Vieles hat sich seitdem geändert, die Ökofete an und für sich ist geblieben. Nun wollen wir uns dort treffen, wo wir bereits vor 12 Jahren einmal waren, in der Naturschutzakademie Brückentin. Der Ort ist etwa 70 Kilometer nördlich von Berlin in der Mecklenburgischen Seenplatte gelegen. Wie immer organisieren einige Beteiligte diese Non-Profit-Veranstaltung. Die Teilnehmenden sind zum Mitwirken aufgefordert. Wir kochen vegetarisch aus kontrolliert biologisch angebauten Zutaten, die wir möglichst aus der Umgebung beziehen. Dass dies eine klimafreundliche Variante ist, hat sich ja in der Zwischenzeit herumgesprochen.

Ebenso wollen wir möglichst per Rad und Regionalbahn anreisen und abgasfrei eine Fahrradexkursion durch die Umgebung machen. Der Brückentinsee in der Nähe lädt zum Paddeln ein. Übernachtet wird im Haus oder in eigenen Zelten.

Kosten soll der Spaß ganze 23 Euro plus etwa 10 Euro Essensumlage pro Person. Wer lieber unter freiem Himmel sein Zelt aufschlagen möchte, kommt noch günstiger weg.

Ganz besonders Vergnügungssüchtige können bei einer anschließenden Radtour zum „Autumn Leaves Festival" ins Ökodorf Siebenlinden in die Altmark weiterfahren. *Ingo Seubert*

Anmeldung:
Manfred Schubert
Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz
manfred.schubert@snafu.de
Tel.: 030/ 5030220

Airbus wäscht sich grün

Europäischer Flugzeughersteller wird Botschafter des internationalen Jahres der Biodiversität

Das von den Vereinten Nationen ausgerufene internationale Jahr der biologischen Vielfalt war gerade drei Monate jung, als der Flugzeugbauer Airbus bekannt gab, die weltweite Kampagne zum Schutz von Tier- und Pflanzenarten als sogenannter Botschafter zu unterstützen. Ein Airbus A 380 aus der Flotte des größten europäischen Flugzeugherstellers EADS schmückt sich ab sofort mit dem Logo des internationalen Jahres der biologischen Vielfalt und soll so auf das Problem des weltweiten Verlusts der Artenvielfalt aufmerksam machen.

Auf seinem Weg um den Globus stößt der Jumbo-Jet jedoch jede Menge klimaschädliche Gase aus, beeinträchtigt die Luftqualität und verursacht großen Lärm. Für Start und Landung der Riesenflieger müssen einige Flughäfen sogar ihre Kapazitäten erweitern. In Frankfurt am Main beispielsweise wurden an den Flughafen angrenzende Waldstücke gerodet, um eine neue Wartungswerft, die auf die Maße des A 380 zugeschnitten ist, bauen zu können.

In besonderem Widerspruch zu den Zielen der UN-Kampagne steht das Vorgehen des Flugzeugbauers in Hamburg. Dort genehmigte die Stadt den Bau einer Airbus-Werft in das durch die EU-Vogelschutzrichtlinie geschützte Süßwasserwatt Mühlenberger Loch. 170 Hektar Rückzugsraum für Löffel- und Krickenten sowie Zander, Aale und Stinte gingen verloren. Sieht so der Schutz der Artenvielfalt aus?

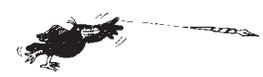
Zwar betont Airbus, der Zunahme des Luftverkehrs mit einer Reduktion der Schadstoffemissionen entschlossen begegnen zu wollen. Dennoch ist das Flugzeug noch immer das umweltschädlichste Fortbewegungsmittel: Die Mengen an ausgestoßenen Schadstoffen liegen um ein Vielfaches höher als bei Bahn oder Pkw. Da während des Fliegens neben dem Klimakiller Kohlendioxid auch noch Stickoxide, Wasserdampf und weitere Stoffe frei werden und auf Flughöhe eine weitaus schädlichere Wirkung entfalten als am Boden, rechnet man damit, dass der Flugverkehr einen Anteil von drei bis acht Prozent am gesamten Treibhauseffekt hat.

Laut Airbus ist der A 380 eines der effizientesten Flugzeuge, die je konzipiert worden sind. Der Treibstoffverbrauch soll bei durchschnittlich drei Litern pro Passagier und 100 Kilometer liegen, was einem Ausstoß von 75 Gramm CO_2 entspricht. Doch der mögliche Effizienzgewinn kann durch den sogenannten Reboundeffekt leicht wieder zunichte gemacht werden: Wächst der Flugverkehr schneller an, als Emissionen reduziert werden können, nimmt der absolute Ausstoß an klimaschädlichen Gasen trotzdem zu. Die dadurch hervorgerufenen Veränderungen der Atmosphäre und der Klimawandel gehören zu den Ursachen für das Artensterben.

Doch damit nicht genug: In Zukunft will der Flugzeugbauer auch auf Biotreibstoffe setzen. Dadurch soll der Flugverkehr wachsen können, ohne dass die CO_2-Emissionen ansteigen. Doch Airbus und Co. sind nicht die ersten, die auf Biomasse setzen, und spätestens seit die Nachfrage für Biokraftstoffe in den letzten Jahren weltweit gestiegen ist, sind zahlreiche Schattenseiten der Produktion sichtbar geworden. Dazu gehören die Zerstörung von Regenwald, um schnellwachsende Energiepflanzen anzubauen und die Verknappung von Anbauflächen für Nahrungsmittel. Steigende Preise für Grundnahrungsmittel aufgrund der Nachfrage nach Biokraftstoffen haben für viele Menschen in anderen Regionen der Welt verheerende Folgen.

Noch bis Ende 2010 wird der A 380 das Logo des internationalen Jahres der biologischen Vielfalt tragen und auf seinem Weg von Sydney nach Los Angeles und von Frankfurt nach Singapur über einzigartige Regenwälder, Korallenriffe und Steppenlandschaften fliegen, in denen laut dem Umweltprogramm der UN pro Tag zwischen 3 und 30 Arten lautlos von der Erde verschwinden.

Annkathrin Tempel



Wild, wilder, Wildnis?

Bis 2020 sollen zwei Prozent des Bundesgebietes in Wildnis umgewandelt werden

Plötzlich ist „Wildnis“ wieder im Gespräch, aber was damit gemeint ist, weiß niemand so ganz genau. Vor drei Jahren gab es einen Beschluss der Bundesregierung, dass bis 2020 zwei Prozent des Bundesgebietes in Wildnis umgewandelt werden sollten. Seitdem hat man wenig darüber gehört und geschehen ist auch nicht viel. Aber jetzt hat Brandenburg das Zwei-Prozent-Ziel aufgegriffen und will 60.000 Hektar der Landesfläche verwildern lassen. Im Mai fand in Potsdam eine Wildniskonferenz statt, auf der Umweltministerin Anita Tack diese Pläne verkündete. Die Teilnehmer verabschiedeten eine Resolution, in der Wildnis definiert wird als „große, weitgehend unzerschnittene Gebiete... frei von menschlicher Einflussnahme.“

Mit dem ursprünglichen Wildnisbegriff hat das wenig zu tun. Er bezeichnet Gebiete, die über lange Zeiträume ihren ursprünglichen Charakter bewahrt haben, weil sie unentdeckt oder schwer zugänglich waren oder den Menschen wenig Nutzen versprachen. Man spricht auch von „primärer Wildnis“. In Europa gibt es nur noch Reste davon in Hochgebirgsregionen.

Viele Fragen

Umweltverbände unterstützen die Pläne, große Flächen für die Natur freizuhalten. Aber kann man Wildnis künstlich herstellen? Wenn überhaupt, wäre das eine Aufgabe für Generationen. Und nimmt die Artenvielfalt wirklich zu, wenn man die Gebiete ganz sich selbst überlässt? Wenn zum Beispiel eine offene Heide- oder Wiesenlandschaft nicht mehr beweidet wird, entsteht daraus an den meisten Standorten irgendwann Wald und der wird wahrscheinlich ärmer an Arten sein als vor Beginn der „Verwilderung“. Die Sielmann-Stiftung hat in der Döberitzer Heide erfolgreich Wasserbüffel, Rotwild und Wildpferde angesiedelt, um eine solche Entwicklung zu verhindern. Aber sie spricht auch nur von „wildnisähnlichen“ Zuständen.

Gibt es bei uns überhaupt noch Gebiete, die von menschlichen Einflüssen völlig freigehalten werden können? Die Überdüngung der gesamten Kulturlandschaft lässt sich nicht rückgängig machen, und sie geht weiter durch Abgase aus Verkehr und Industrie.

Widerstände überall

Zwar ist Brandenburg in seinen Randbereichen dünn besiedelt. Viele Menschen, vor allem die Jüngeren, sind abgewandert. 2007 hatte das Berlin-Institut in einem Gutachten Wegzugsprämien für die verbliebenen Bewohner vorgeschlagen, um Platz für Naturreservate zu schaffen. Die Idee ist heute zu Recht vergessen. Jetzt denkt man wieder an ehemalige Truppenübungsplätze und Tagebaufolgelandschaften. Aber da ist die Konkurrenz groß. Platz für Solar- und Windkraftanlagen wird gesucht und zunehmend auch für Biomasse-Plantagen, wie Vattenfall sie plant.

Draußen bleiben...?

Werden Totalreservate von den Menschen akzeptiert? Der Streit um die Kernzone des Nationalparks Unteres Odertal zeigt, wie emotional belastet solche Pläne sind. Gedacht ist jetzt zum Beispiel an das ehemalige Bombodrom, die Kyritz-Ruppiner Heide. Aber wollen die Menschen, die jahrelang gegen die militärische Nutzung gekämpft haben, sich nun aussperren lassen? Ist es möglich, durch Wanderwege, Aussichtspunkte und Führungen begrenzt Tourismus zuzulassen? Mit „Wildnis“ assoziiert man eigentlich „Abenteuer“. Davon ist man hier weit entfernt. Der Begriff ist verfehlt, nicht aber die Sache. Es ist richtig und notwendig, große Schutzgebiete zu schaffen und zu vernetzen, damit sich Natur frei und ungestört entwickeln kann. Wie das geht, zeigt die Auenlandschaft im Unteren Odertal, wo sich - auch ohne Totalreservat - viele selten gewordene Tier- und Pflanzenarten angesiedelt haben. Aber ein Zurück zu den Verhältnissen, wie sie vor Industrialisierung und moderner Landwirtschaft bestanden, wird es nicht geben, Wildnis bleibt eine Illusion.

Marianne Weno

Die Autorin greift monatlich aktuelle Entwicklungen im Umwelt- und Naturschutz auf und kommentiert sie auf www.stiftung-naturschutz.de

Anzeige

Schon den Geldhahn abgedreht?

Soll wirklich die Atomlobby von Ihrem Strombezug profitieren? Wo der Strom herkommt ist wichtig – wo das Geld hingeht noch wichtiger: Wir sind aus einer Bürgerbewegung entstanden und beziehen Ihren ökologischen Strom ausschließlich von Produzenten, die keine Beteiligung von AKW-Betreibern oder deren Tochterunternehmen haben. **Wechseln Sie! Umso schneller, desto besser.**

EWS ElektrizitätsWerke Schönau

- Einziger Anbieter mit der Gesamtnote „Sehr gut“ (Vergleich Ökostromanbieter: Bund der Energieverbraucher e.V., III/2004)
- Sauberer Strom zum fairen Preis – bundesweit!
- Förderprogramm mit über 750 Anlagen in Bürgerhand

guter Strom. guter Preis Elektrizitätswerke Schönau 07673/888 50 www.ews-schoenau.de

Das Gute kommt nicht von oben

Die Energiewende können nur die Bürger/-innen schaffen -jetzt auch mit Handbuch

Eigentlich wissen wir es alle: Das Erdölzeitalter geht zu Ende, und zwar in absehbarer Zeit. Der „Peak Oil“, also das weltweite Fördermaximum, ist vermutlich schon überschritten, und bald werden die Reserven merklich knapper. Und auch die anderen fossilen Brennstoffe - vor allem Erdgas und Kohle - folgen dem Erdöl mit etwas Zeitverzögerung nach. Andererseits wissen wir auch, dass wir den Verbrauch von fossilen Brennstoffen möglichst rasch und radikal reduzieren müssen, wenn wir einen nicht mehr kontrollierbaren Klimawandel mit fatalen Folgen für den Großteil der Menschheit vermeiden wollen. Natürlich gibt es die „erneuerbaren Energien“, auf die wir setzen müssen, und natürlich müssen wir die Energie effizienter einsetzen als bisher. Aber das hat seine deutlichen Grenzen: Wir werden in Zukunft schlicht mit deutlich weniger Energie auskommen müssen.

Das Ende des fossilen Zeitalters wird unseren Alltag, die Art, wie wir leben, wie wir arbeiten, produzieren und konsumieren, völlig verändern. Was wir heute als selbstverständlich hinnehmen, wird es nicht mehr geben. Am Erdöl hängt so vieles, was unseren Alltag ausmacht: der Transport der Güter, die wir zum Leben brauchen, die Herstellung so vieler Dinge, die uns umgeben - von Kunststoffprodukten bis hin zu Medikamenten -, die heute so energieaufwändige Produktion unserer Lebensmittel ... das alles wird auf einmal nicht mehr selbstverständlich sein.

Die politisch Verantwortlichen stecken zum Großteil den Kopf in den Sand. Mit allen Mitteln versuchen sie, die Tatsache zu verschleiern oder herunterzuspielen, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann und wird. Und es werden Illusionen gestreut: Viele möchten uns glauben machen, dass nur die Glühbirnen ausgewechselt werden müssen und ein anderer „Saft“ in die Leitung oder in den Tank kommt. Damit lügt man sich in die eigene Tasche und verspielt die Chance, realistische Lösungen in Angriff zu nehmen.

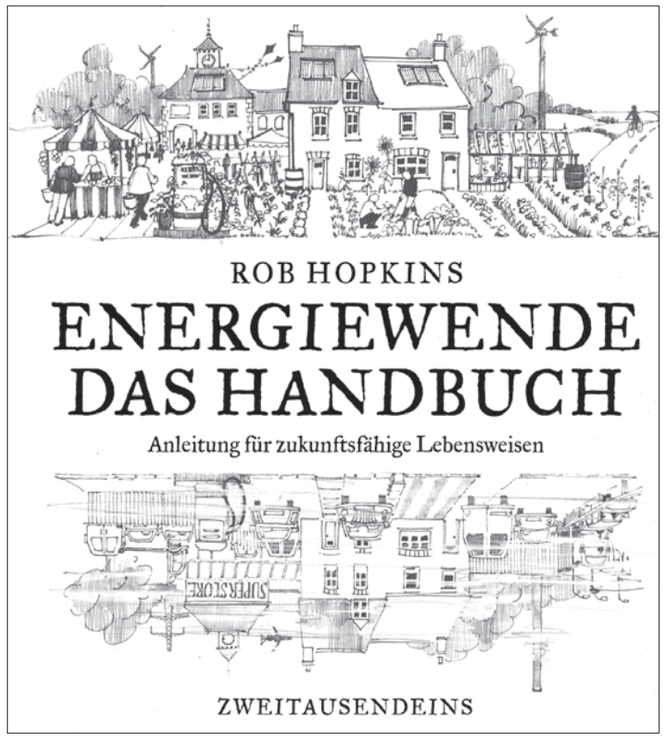
Städte nehmen ihre Zukunft selbst in die Hand

Deshalb sollten wir unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen, uns auf die neue Situation vorbereiten und rechtzeitig dafür sorgen, dass wir auch nach dem Ende des fossilen Zeitalters noch gut und glücklich leben können.

Es gibt eine weltweite Bewegung, die sich dafür einsetzt, dass die Bürger/-innen einer Stadt ihr Schicksal selbst gestalten und ihr Gemeinwesen für die Zukunft rüsten und widerstandsfähig machen. Sie entdecken dabei erstaunliche Fähigkeiten und Ressourcen, von denen sie selbst noch keine Ahnung hatten. Diese sogenannte Transition-Town-Bewegung nahm in England ihren Anfang und breitet sich auch in Deutschland allmählich aus. Berlin-Friedrichshain und Bielefeld haben bei uns den Anfang gemacht. Die Menschen selbst entwickeln Fantasie und ergreifen Initiativen, schaffen eigenverantwortlich die Grundlagen für ein gutes Leben und Zusammenleben nach dem Ölzeitalter.

Das betrifft zum Beispiel die Ernährung. Wir werden uns auf eine Versorgung im Nahbereich, aus der unmittelbaren Region verlassen müssen, und die Strukturen dafür müssen jetzt schon aufgebaut werden. Hier geht es zum Beispiel um Verbraucher-Erzeuger-Genossenschaften, aber auch um das Anlegen von Gemeinschaftsgärten und vieles mehr.

Das betrifft weiter die Versorgung mit Wärme, mit Elektrizität, den Transport und die Mobilität ohne fossile Treibstoffe. Das betrifft eine möglichst breite Selbstversorgung mit Gebrauchsgütern nach dem Ende unserer Wegwerfgesellschaft, das betrifft den Umgang mit unseren „Abfällen“, den Aufbau möglichst geschlossener Stoffkreisläufe, in denen der Abfall der einen der wertvolle Rohstoff für die anderen ist.



Ein Handbuch für Kopf, Herz und Hand

Das Handbuch von Rob Hopkins ist mehr als eine bloße Lektüre. Es ist eines der Instrumente der Energiewendebewegung von unten. „Kopf“, „Herz“ und „Hand“ - so sind die drei großen Teile des Buches überschrieben.

Der erste Teil (Kopf) ist der Situationsbeschreibung gewidmet. Im Gegensatz zum heute herrschenden (pseudo-)ökologischen Mainstream, der technische Lösungen herbeifantasiert, um unsere Situation schönzureden, wird hier sehr nüchtern das Szenario einer nahen Zukunft ohne fossile Energiequellen entworfen. Erst dieser ehrliche Blick auf die Realität macht es möglich, die Handlungsperspektiven klar ins Auge zu fassen, anstatt sich weiter Illusionen hinzugeben. „Resilienz“ lautet hier das entscheidenden Stichwort. Man kann es etwa mit „elastische Widerstandsfähigkeit“ übersetzen. Dabei geht es um die Frage, wie sich eine Kommune rüsten kann für die postfossile Zeit, wie sie ein gutes Leben sicherstellen kann. Gut begründet wird in diesem Teil des Buches auch, warum genau diese Handlungsebene von unten so entscheidend ist.

Im zweiten Teil (Herz) werden die positiven Visionen entwickelt. Dieser Teil ist geeignet, die herrschende Lähmung überwinden zu helfen. Er knüpft an bereits durchgemachte Erfahrungen an und zeigt für die wichtigsten Lebensfelder wie Wohnen, Ernährung, Gesundheit und Verkehr auf, wie wir leben - und nicht nur überleben - können. Dieser Teil ist höchst motivierend. Der inhaltlichen Seite entspricht auch die Gestaltung dieses Teils: Fiktive Zeitungsberichte aus der Zukunft oder ein Rückblick aus dem Jahr 2030 auf die Energiewende sind hilfreich, um aus der Befangenheit der Gegenwart herauszuführen.

Nicht schematisch anwenden

Der dritte Teil (Hand) widmet sich der Frage, wie man konkret in seiner eigenen Kommune eine Energiewendebewegung initiieren und zum Erfolg führen kann. An dieser Stelle habe ich allerdings Zweifel. Beginnend mit der Initialzündung einer Initiativgruppe, wird in zwölf Schritten aufgezeigt, wie vorgegangen werden kann, um immer breitere Bevölkerungskreise und Handlungsebenen wie zum Beispiel die Kommunalpolitik einzubeziehen. Für die Bewusstseinsbildung und die Durchführung von Veranstaltungen werden konkrete Methoden propagiert. Aus den bisherigen Erfahrungen mit einzelnen Kommunen ist ein Schema entstanden, das zwar hilfreiche Ansatzpunkte bietet, das meiner Meinung nach jedoch sehr flexibel angewandt werden muss. Das fängt schon mit der Größenordnung der einzelnen Kommunen an. Aber auch andere Faktoren können je nach Situation sehr unterschiedlich sein, zum Beispiel, welche Initiativen oder Ansätze solidarischer Ökonomie bereits existieren. Ich hätte mir gewünscht, dass ein solches Handbuch ausdrücklich darauf hinweist, dass die vorgeschlagene Vorgehensweise kein starres Schema ist. Der Wert der aufgeführten „Schritte“ besteht immerhin darin, auf einige wichtige Elemente hinzuweisen, die wohl ganz allgemein gelten: die zentralen Themen, die zu bearbeiten sind; der von Anfang an partizipatorische Ansatz; die Notwendigkeit, der Phase der Bewusstseinsbildung bald konkrete praktische Projekte wie zum Beispiel Gemeinschaftsgärten folgen zu lassen.

Natürlich enthält das Handbuch in einem Anhang die wichtigsten Internetadressen, um sich weiter zu informieren. Auf bereits bestehende Initiativen in Deutschland wird ebenso hingewiesen wie etwa auf Kursangebote. Ein Buch also, das nicht nur Leser und Leserinnen, sondern engagiert Handelnde sucht, ein Kompass für eine ganz entscheidende Bewegung und eine praktisch-handfeste Antwort auf die technikgläubigen Illusionisten, die zurzeit mit Elektroautos spielen.

Bruno Kern

Der Rezensent ist Mitbegründer der „Initiative Ökosozialismus“ (www.oekosozialismus.net).

Rob Hopkins: Energiewende – Das Handbuch. Anleitung für zukunftsfähige Lebensweisen
Verlag Zweitausendeins
Frankfurt/M. 2010
240 Seiten, 19,80 Euro
ISBN 978-3-86150-882-3

Weitere Informationen zu Energiewende und „Transition Towns“:
www.energiewende.wordpress.com
www.transitiontowns.org/Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg

Atemlose Abenteuer

Neu auf DVD: Andreas Kieling auf „Expeditionen zu den Letzten ihrer Art", Teil 1

Andreas Kieling traut sich nah an einen Braunbären heran

Andreas Kieling, der Akteur dieser zweiteiligen Filmreise, ist ein echter Abenteurer. Atemlos, oft im Laufen, Klettern, Rudern spricht Kieling mit der Kamera, also mit den Zuschauern und erklärt Notwendiges zum Verständnis seiner Aktionen. Dabei ist Furchtlosigkeit die hervorstechende Eigenschaft des eher schmächtigen jungenhaften Mannes. So provoziert Kieling im Regenwald Australiens die Begegnung mit einem Urvieh, dem Salzwasserkrokodil, einem Überlebenden der Dinosaurierausrottung oder er läuft fast nackt umher, wo gefährliche Spinnenarten hausen, fünf der giftigsten Sorte.

Auch vor einem Tauchgang mit einem ausgewachsenen Krokodilmännchen scheut sich Kieling nicht und er begibt sich unter Wasser zu dem Riesenreptil, "in der Hoffnung, dass es satt ist". Andererseits erklärt Kieling, das Krokodile immer eine gewisse Zeit brauchen, um ein neues Beuteschema auszumachen. Er als Mensch, meint Kieling, wäre für das Krokodil etwas völlig Neues. Bis es überlegt, wie Kieling vielleicht schmeckt, gelte es, die Zeit für die Filmerei zu nutzen. Diese humorvolle, lockere Art, mit der Kieling auch die Gefahren seiner Erkundungen beschreibt, macht den Film unterhaltsam.

Das Dabeisein mit der bewegten Handkamera betont das Unsichere und Gefährliche von Kielings Aktionen und macht eine gewisse Spannung aus.

Krasse Klimawechsel erfolgen per Filmschnitt. So folgt im Film auf Australien Kirgisien, wo Kieling nach dem größten Schaf der Welt fahndet, dem Marco-Polo-Argali. Gefrorene Zahnpasta und Haarewaschen im Eisloch sind Alltag. Aber Kielings Kommentar erwähnt auch Angst, die er zum Beispiel vor der reißenden Strömung hat, als er zu Pferd einen Fluss im Tienschangebirge überqueren muss. In einer Jurte wird ausgeruht und gekocht, Kielings Kommentar: "Das erste gehaltvolle Essen seit drei Wochen."

Der Aufstieg ist anstrengend, dünne Luft und das Gewicht der Kameraausrüstung machen Kieling zu schaffen, aber, so meint er, „es muss ja einen Grund geben, weshalb die Argalis noch nie gefilmt worden sind." Als er sie dann endlich vor die Kamera bekommt, würdigt der Film das mit pathetischer Musik in der Art von Hollywood-Komponist Hans Zimmer im "Gladiator". Dass Andreas Kieling tatsächlich allein ist bei den Argalis, obwohl er gefilmt wird, liegt daran, dass er sich hier mit einer fixierten Kamera selbst aufnimmt.

Auch eine Art Resignation gehört zu Kielings Expeditionen. Als der Abstand zwischen den gut trainierten Agalis und ihm immer größer wird, gibt er auf und münzt den Misserfolg geschickt in eine Respektbezeugung vor der Natur um: „Hier gehört der Mensch nicht hin." erklärt er, nach Höhenluft ringend.

Gelassen schauen die Argalis noch einmal in Kielings unscharf aufnehmende Kamera und drehen ihm dann ihre Hinterseite zu.

Danach geht es nach Rumänien, wo Andreas Kieling in den abgelegenen Bergregionen Transsilvaniens den in Europa fast ausgerotteten Braunbären sucht - und zunächst nur zutrauliche Wildschweine und nervöse Wölfe trifft. Nachrichten über häufige Abschüsse der Bären haben Andreas Kieling in die Gegend gelockt. Mit der Auslegung eines toten Rehbockes gelingt es schließlich, eine Braunbärenmutter mit zwei Jungen vor die Kamera zu bekommen.

Die Spur der Bären führt Andreas Kieling wieder in jene Stadt, aus der er in die Wildnis aufbrach. Unfreiwillig wurden die Bären zu urbanen Müllsammlern - immer, wenn sie zu wenig wilde Beute finden.

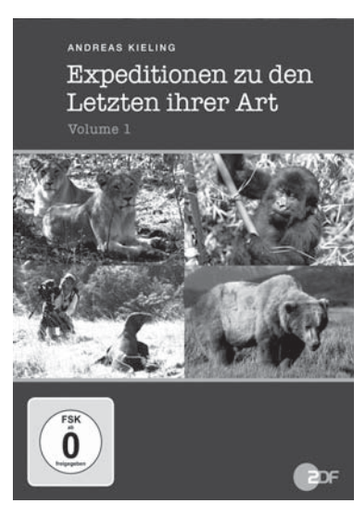
Letzte Station des ersten Teils ist Westindien. Zwischen Wüste und Meer befindet sich das letzte Rückzugsgebiet des Asiatischen Löwen. Dorthin begibt sich, optimistisch wie immer, Andreas Kieling mit Kamera und Stativ, um den Löwen zu filmen. Dazu gibt es Wissenswertes über das Tier, von dem nur noch 300 Exemplare in jenem kleinen indischen Wald leben. Hier gibt es genug Wild, das die Löwen jagen können, leider auch die großen Wasserbüffel, die ein wichtiges Nutztier für die indischen Bauern sind. Trotz starker Bewachung gelingt es den Löwen immer wieder, einen Wasserbüffel, viel größer als sie selbst, zu reißen.

Der Film „Expeditionen zu den Letzten ihrer Art" ist ein engagierter Beitrag zum globalen Naturschutz, indem er auf bedrohte Tierarten aufmerksam macht - und Bekanntschaft mit ihnen schließt. Andreas Kieling geht mit solidem Wissen auf seine Reisen und vermittelt alles sehr natürlich. Anders als beim Schauspieler Hannes Jaenicke wirkt hier nicht die Selbstinszenierung des harten Kerls, sondern der sympathisch unspektakuläre Charme eines Jungen von nebenan.

Angelika Nguyen

Andreas Kieling in Kirgistan mit dem Schädel eines Widders

Fotos: Presseabteilung von Universum Film



20 Jahre OZON

Umweltberichterstattung in den Medien – Teil 2 und Schluss

Ab Juni 1992 dürfen wir als ORB-Fachredaktion auch für die Reihe „GLOBUS: Natur und Umwelt“ im ersten Programm der ARD Sendungen produzieren, gemeinsam mit Kollegen von Bayerischem Rundfunk, WDR, MDR und NDR. Intendant Rosenbauer hatte den entsprechenden Vorschlag in der ARD eingebracht. Die von vielen Protesten in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg begleiteten Autobahnbaupläne des „Verkehrsprojekt 17 - Deutsche Einheit“ werden Inhalt unserer ersten Sendung. Otto Rindt, der erfahrene kritische Landschaftsplaner aus Cottbus, begleitet das Drehteam.

GLOBUS, zusätzliches ARD-Fenster ab 1992

Es folgt im Herbst 1992 eine lange GLOBUS-Sendung zum ostdeutschen Nationalparkprogramm mit Beiträgen aus der Schorfheide und der Sächsischen Schweiz, von Rügen und vom Brocken. Zuschauer aus den alten Bundesländern beschreiben in Briefen ihr Erstaunen über diese tollen Pläne. Von Anfang an besteht bei GLOBUS eine Medienpartnerschaft mit dem BUND, der in eigener Redaktion zu jeder Sendung ein Begleitheft mit weiterführenden und vertiefenden Informationen und Tipps zu den Sendungen erarbeitet – ein Plus für die Verbreitung unserer ostdeutschen Themen. Für knapp acht Jahre bleibt GLOBUS Natur- und Umweltfragen verpflichtet. Immer wieder berichten wir auch vom Engagement ostdeutscher Naturschützer für Nationalparke und Welterbegebiete zwischen Aserbaidschan und der Mongolei; vom Abzug der russischen Truppen, von den zu Tage kommenden militärischen Altlasten aus der Nazizeit. Wir stellen in GLOBUS auch das Wirken der ostdeutschen Naturschutzpioniere Erna und Kurt Kretschmann vor. In der Chef-Kritik danach heißt es: „So ein Kommunistenporträt gibt es bitte nicht noch mal in GLOBUS“. Wie hatte es doch nach dem Film 1983 geheißen? „Konterrevolutionär, Außenseiter der Gesellschaft.“

Ab April 2000 wird GLOBUS ein moderiertes Magazin für Natur und Technik: „Maßstäbe setzen zwischen Ökologie und High-Tech ist die Zielsetzung des neuen GLOBUS nach dem durch ARD-Chefredakteur Hartmann von der Tann verordneten Relaunch“, schrieb damals „Die Welt“. „Kein ganz leichtes Unterfangen, ist GLOBUS doch eigentlich eine fast 20 Jahre alte Marke der ARD, die bis 1993 von sieben(!) Moderatoren mit jeweils völlig unterschiedlichem Ansatz präsentiert wurde. Danach wurde gar nicht mehr moderiert, die unterschiedlichen redaktionellen Schwerpunkte indes blieben.“

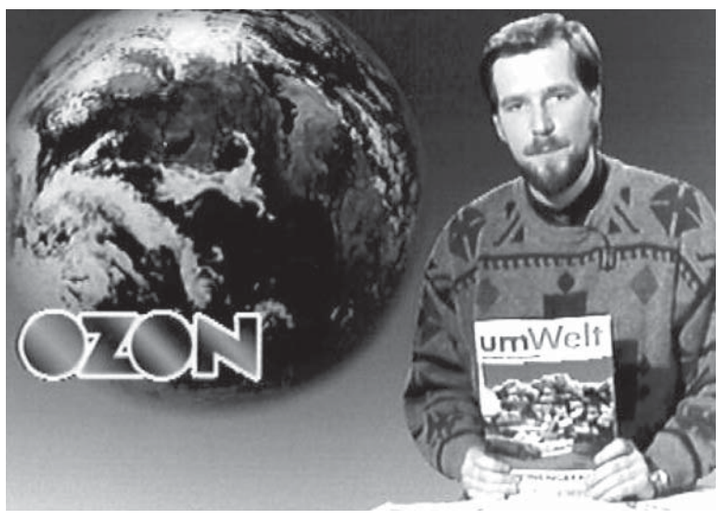
Moderator wird nun Ranga Yogeshwar, ein in Indien und Luxemburg aufgewachsener Physiker, der bis dahin schon erfolgreich Sendungen wie „Kopfball“ und „Quarks & Co.“ moderiert hat. „Mit ihm vollzog der WDR in den 90er Jahren einen Wechsel vom umwelt- und gesellschaftskritischen Journalismus, wie ihn unter anderem Jean Pütz seit den 1970er-Jahren vertrat, hin zur wissenschaftlichen Unterhaltung“, hieß es in der „Kölnischen Rundschau“.

Umweltsendungen kommen und gehen

Neben GLOBUS Natur und Umwelt, ZDF.Umwelt und unserer ORB-Sendung OZON entstehen nach dem Rio-Gipfel von 1992 weitere Umweltmagazine im Fernsehen. Bereits Ende Januar 1992 startet der Privatsender Sat 1 „Fünf vor zwölf“ mit Petra Kelly als Moderatorin und die Deutsche Welle das Magazin „Noah“. 1993 beginnt „Unkraut“ im Bayerischen Rundfunk. Bis 1997 kommen dazu das WDR-Umweltmagazin „Dschungel“ mit Jean Pütz auf West3 und „Biotop“ beim MDR. Doch 2003 sind viele dieser Reihen wieder verschwunden. Auch „Dschungel“ und die „Hobbythek“ werden gestrichen. Obwohl sich GLOBUS seit 2000 als Magazin für Forschung und Umwelt weg vom „Alarmismus“ und hin zu einem „Mutmacher“ profiliert und von „alten Feindbildern“ löst, oft „herzerfrischend positiv“ ist und obwohl die von der ARD für „Das Erste“ geforderte Quote bis zuletzt stimmt, wird 2004 auch diese Sendung abgesetzt .

In den 90er Jahren sorgen Umweltsendungen noch für politischen Druck auf Gesetzgeber und Industrie, getragen von einer breiten Öko-Protestbewegung (Greenpeace) und einer erstarkenden politischen Lobby (Die Grünen). Waldsterben, Klimawandel, alternative Energie, ökologisch nachhaltige Forst- und Agrarwirtschaft werden mit ihnen und durch sie in die Gesellschaft getragen und auf die politische Agenda gesetzt. Die von den 70er und 80er Jahren geprägten Journalisten wie Alfred Thorwart vom WDR verstehen sich als politische Journalisten. Mit einem geschmeidigen, quotenstarken „Infotainment“ tun sie sich schwer. Den Trend zum „Ökotainment“ machen diese Magazine angeblich nicht mit, stellt eine wissenschaftliche Untersuchung des Instituts für Publizistik an der FU Berlin 1997 fest. Doch ich spüre oft genug, dass kritischer Umweltjournalismus nicht gewollt ist.

In den Redaktionsberatungen für GLOBUS bei uns in Babelsberg thematisiert dies Ranga Yogeshwar früh auf seine Weise. Er lehnt Beiträge über Umweltbürgerinitiativen grundsätzlich ab, will einen rein „wissenschaftlichen Zugang“ finden, mit einer „anderen“ journalistischen Haltung moderieren, sich „nicht zum Sprachrohr machen lassen“. Journalismus ohne Zeigefinger ist natürlich am besten. Aber diese Haltung schließt auch Themen aus. Wir argumentieren aus unserer Wendeerfahrung auch mit der Medienaufgabe „Demokratie“, von der gerade westdeutsche Kollegen so gern reden. Die Debatte entzündet sich zum ersten Mal, als wir im September 2000 für GLOBUS einen Beitrag über Umweltgruppen im Erzgebirge senden wollen. Seit Jahren protestieren die Umweltschützer gegen über 250 kleine Wasserkraftturbinen, die seit der Wende an den Gebirgsbächen installiert wurden, vielfach von Besitzern aus den alten Bundesländern, die „ferngesteuert“ gut daran verdienen. Jedoch mit der Folge, dass ganze Abschnitte trocken fallen und Fische nicht mehr wandern können. Yogeshwar lehnt den Beitrag ab, verweigert sich, wir senden ihn vier Wochen später in OZON.



OZON-Moderator Hellmuth Henneberg 1992

Foto: ORB/RBB

„Die Tatsache, dass wir das Etikett Umwelt verschwinden lassen, heißt nicht, dass wir diese Inhalte und Themen nicht mehr anbieten“, erklärt 2004 WDR-Kulturchef Helfried Spitra. Die neuen Magazine würden diese Themen nach wie vor betreuen, der Sender werde dies allerdings mit der Strategie des „Trojanischen Pferdes“ tun, so Spitra. „Um niemand abzuschrecken“, würden Umweltthemen gleichsam camoufliert. Zwar gebe die ARD die feste Umwelt-Adresse GLOBUS auf, Umweltthemen würden aber zur „Querschnittsaufgabe“.

OZON segelt gegen den Wind

Auch im ORB geht schon 1993 zum ersten Mal die Idee um, Umweltthemen könnten von anderen Sendungen mit abgedeckt werden, vor allem in den Nachrichtenausgaben. Doch in der Praxis zeigt sich immer wieder, dass diese kurzen Beiträge oberflächlich bleiben, dass Themen zusammenhangslos zu Meldungen schrumpfen, dass für tiefe Recherchen unserer freien Fachautoren kein Geld da ist, dass Umweltkompetenz verloren geht. Doch nicht nur diese Erkenntnis rettet OZON immer wieder vor Streichungsideen, sondern vor allem Preisverleihungen, die uns seit 1992 überraschen und uns helfen.

Die Themen in den OZON-Sendungen der 90er Jahre drücken auch unser Bestreben aus, Prozesse zu begleiten. So entstehen in unserem Archiv Kompetenzreihen auch von hohem dokumentarischen Wert. So besuchen wir immer wieder Orte und Menschen, die sich gegen den Zwangsanschluss an große Kläranlagen stemmen und stellen Zusammenhänge zum Landeswasserhaushalt und zur Klimaentwicklung her. Auch Bodenspekulation, Flächenverbau, Alleenschutz, militärische Altlasten, Energiefragen, der Frevel an wertvollen Waldflächen durch renditesüchtigen Holzeinschlag, die Naturschutzgesetzgebung, Naturparke sowie Oder-Nationalpark, Havel- und Elbeausbau sind Fragen, die sich wiederkehrend durch die Jahre ziehen. Meine Kollegin Heiderose Häsler behält von Anfang an auch die großen Rekultivierungsfragen der Lausitzer Tagebaue im Blick. Sie dreht mit dem bekannten Natur- und Tierfilmer Siegfried Bergmann, der einst das DEFA-Biologiefilmstudio leitete, den preisgekrönten Film „Verbotene Wildnis – die verlorenen Wunder der Tagebaulandschaften“. Es sind die großen Themen Brandenburgs, die unbedingt einen historischen Blickwinkel brauchen.

Ganz nebenbei definieren wir auch Brandenburger Fragen als Umwelt-

Themen, die sonst kaum behandelt werden. Heimatgefühle statt nur Naturschutzadministration, Naturbildung bei Kindern, Geschichtsbewusstsein gegen den Verfall der schönen landschaftstypischen Häuser und Scheunen Brandenburgs aus Feldsteinen, Ziegeln und Lehm. Eine Videokassetten-Reihe voller Ratschläge zum Restaurieren entsteht über fast zehn Jahre, für die die OZON- Redaktion 2004 den Deutschen Denkmalschutzpreis erhält. Helfen, hintergründig informieren, „Reizgas“ sein – das bleiben unsere Ziele.

Umweltkrieg als neues Thema

Mit den NATO-Angriffen auf die serbischen Raffinerien Pancevo und Novi Sad im Mai und Juni 1999 bekommen Umweltfragen eine neue politische Dimension. Während in Deutschland schon kleine Chemieunfälle zum Alptraum erklärt werden und Joschka Fischer sie in seiner Zeit als hessischer Umweltminister noch als „nicht hinnehmbar“ brandmarkte, setzt die NATO in Serbien zum ersten Mal bewusst Schadstoffe frei. Die auf den Meter genaue Zerstörung der Chlortanks der PVC-Chemie und der Düngemittellager mit Raketen geschieht vorsätzlich. Das ist ein klarer Bruch der Chemiewaffenkonvention. Selbst das Nervengift Phosgen wird nach den Angriffen in der Luft gemessen. Joschka Fischer als deutscher Außenminister, aber auch viele Umweltverbände schweigen dazu. Mutige Wissenschaftler wie Ursula Stephan, Professorin und Toxikologin aus Leipzig und Vorsitzende der deutschen Störfallkommission, und Knut Krusewitz, Professor an der TU Berlin, helfen uns bei drei aufeinanderfolgenden OZON-Sendungen und einem langen Film* für Arte zu diesem „indirekten Chemiekrieg“.

Die Umweltfolgen moderner Kriege sind nicht zum ersten Mal Thema in OZON. Entstanden sind auch Filme über die Erfindung, die Herstellung und die bis heute folgenreichen Spuren der deutschen Nervengaskampfstoffe Tabun und Sarin aus dem Dritten Reich und OZON-Beiträge über die Spätfolgen des deutschen Entlaubungsgiftes Agent Orange in Vietnam und der im Irak- und im Jugoslawienkrieg eingesetzten Uranmunition.

Wissenschaft und Umwelt

Mit der Fusion von SFB und ORB im Jahr 2003 steht auch die Frage, wie mit den beiden Wissenschaftssendereihen „Einstein“ vom SFB und „Wissenschaftsmagazin“ vom ORB sowie mit OZON verfahren werden soll. Man entscheidet sich für einen völligen Neuanfang. Doch mit dem Bekanntwerden der Pläne in der Öffentlichkeit beginnt eine Kette von Protesten für den Erhalt von OZON. Im November 2003 veröffentlicht die Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN LIGA Berlin einen Appell an den neuen RBB: „Erhalten Sie die Sendereihe OZON“!

Fast alle anderen deutschen Umweltorganisationen folgen, ebenso natürlich auch die Brandenburger. Ein ungewöhnliches, nahezu historisches Miteinander. Auch Künstlerverbände, die evangelische Kirche, der Berliner Mieterbund, Wissenschaftler, Institute, das brandenburgische Agrar- und Umweltministerium, Naturschützer und viele Einzelpersonen schließen sich an. Schließlich entscheidet man sich im RBB, OZON zu erhalten – als neues Magazin für Wissenschaft und Umwelt. Am 30. November 2004 verabschiedet sich die alte Umweltsendereihe. Vorgestellt werden noch einmal „widerspenstige Frauen“, die sich einsetzen gegen Fluss-Ausbau, Baum-Umsägen und Abwasser-Anschluss-Zwang. OZON hat viele von ihnen in den letzten Jahren begleitet und erinnert an seinem 15. Geburtstag daran, dass sie eine Menge erreicht haben: Vereinfachte Genehmigungen für Kleinkläranlagen, Dialoge über Alleen in Brandenburg. Und in Kalifornien blieb ein 1000-jähriger Mammutbaum stehen, weil Julia Butterfly Hill ihn zwei Jahre besetzte, mit Leib und Seele.

Am 12. Januar 2005 geht OZON auf dem neuen Sendeplatz am Mittwoch um 21.45 Uhr wieder an den Start. Hellmuth Hennberg ist weiterhin Moderator. Die Sendung eröffnet mit dem Beitrag „Die Welt des Albert Einstein“ das internationale Einstein-Jahr 2005. In weiteren Beiträgen geht es nach der Seebebenkatastrophe in Südasien um Frühwarnsysteme aus dem Geoforschungszentrum Potsdam, mit denen Tsunami-Flutwellen rechtzeitig geortet werden können und um die Veränderungen durch zunehmende Lichtverschmutzung in den Städten. Der Zugewinn an anderen Wissenschaftsthemen bereichert fortan das Profil der Sendereihe, lässt vernetztes Betrachten in Schwerpunkten zu, geht aber auch zu Lasten kritischer Beiträge.

Schmalspur-Konjunktur von Klimathemen

Nach der Veröffentlichung des ersten Teils des IPCC-Weltklimaberichts im Februar 2007 verändert sich die Medienwelt. Was Jahre zuvor noch undenkbar war, wird plötzlich zur Lawine. Von der kleinsten Provinzzeitung bis zum skandalträchtigsten Boulevardblatt beschäftigen sich Journalisten auf einmal in seriösen Artikeln mit Umweltfragen, meist analog zu den Agenturmeldungen. Die drohende Klimakatastrophe wird zum Tagesthema, der Kinofilm von Al Gore zur Flagge der Zukunftsmahner. Im Fahrwasser der Klimaforscher dringen endlich auch andere Fragen wie Energieerzeugung, Sparen, Landschaftsverbrauch durch neue Monokulturen oder die schwindenden Öl- und Gasvorräte in die öffentliche Debatte – und auch in den Kontext der globalen Ökonomiekrise. Ein erfreulicher Zustand, für den Umweltverbände 25 Jahre lang gestritten haben. Vor der Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 erreicht das mediale Klimafieber seinen Höhepunkt. Kein Tag ohne große Artikel, Talkshows, Konferenzen, unendliche Podiumsdiskussionen oder Pressekonferenzen von Umweltverbänden, Wissenschaftlern und Industrie.

Doch genau an der Klimadebatte zeigt sich auch das mediale Dilemma. Zum einen werden beim Blick auf das CO_2 viele andere Klimafaktoren ausgeblendet: Landschaftszustand, Vegetation, Kühlung durch Verdunstung, Wasserdampf.** Der Mainstreamjournalismus hat ein neues Katastrophenthema gefunden und diskutiert mit dem Klima zwar wichtige Zukunfts- und Lebenshaltungsfragen wie Energie und Sparen, blendet aber andere Bereiche und Zusammenhänge aus. So bleiben etwa die Proteste der Umweltverbände gegen die Regenwaldzerstörung durch Palmölplantagen für deutsche Blockheizkraftwerke weitgehend ungehört. Auch die anhaltenden Ausbaupläne für die Elbe, die alle Prognosen der Klimaforscher in den Wind schlagen, werden selten in den Medien diskutiert.

Diese einseitige Wahrnehmung spiegelt auch das vor der Brandenburger Landtagswahl 2009 veröffentlichte „Schwarzbuch Umweltpolitik in Brandenburg“ wider, das gemeinsam von den Naturschutzverbänden herausgegeben wird. Die SPD-CDU-Koalition, so der NABU in seinen Begleittexten, habe sich auf den Lorbeeren der Nachwendezeit ausgeruht und Brandenburg zu einem Bundesland gemacht, das zwar mit besonderen Problemen etwa durch den Klimawandel oder den Braunkohlebergbau fertig werden müsse, aber in vielen Bereichen von der Lösung dieser Probleme im Bundesvergleich am weitesten entfernt sei. Die in dem Schwarzbuch von unabhängigen Experten analysierten und beschriebenen Beispiele spiegeln in den Augen der Umweltorganisationen zugleich die Defizite in der öffentlichen Debatte durch Presse, Funk und Fernsehen wider. Denn nicht nur Bereiche wie der Naturschutz hätten immer weniger Chancen in den Medien. Genannt werden auch: „Eine abenteuerliche Energie- und Klimaschutzpolitik, eine verfehlte Abwasser- und Abfallpolitik und ein verantwortungsloser Umgang mit der Ressource Wasser; eine Forstpolitik, die sich nicht an den Prinzipien der Nachhaltigkeit und der biologischen Vielfalt orientiert, eine auf Intensivierung und Moorzerstörung gerichtete, einseitige Agrarpolitik, eine am Bedarf vorbei geplante Infrastruktur- und Tourismuspolitik und ein Gebiets- und Artenschutz, der gezielt von Partikularinteressen konterkariert wird.“ Beklagt wird der zunehmende Mangel an kompetenten Ansprechpartnern in den Medien, vor allem an Fachredaktionen wie OZON.

Nach ersten positiven Zeichen aus dem Umweltministerium unter der neuen Ministerin Anita Tack bleibt den engagierten Umweltschützern in Brandenburg nun vor allem die Hoffnung, dass das Klimathema auf lange Sicht doch zum Türöffner für alle anderen wichtigen ökologischen Fragen wird.

Hartmut Sommerschuh

* Sascha Adamek: Bomben auf Chemiewerke. Eine Dokumentation des verdeckten chemischen Angriffskrieges der Zielplaner.
Film, ORB/SWF 28.9.1999, 40 min.
RBB-Archiv

** Wilhelm Ripl, Hermann Scheer: Memorandum zum Klimawandel. Notwendige gesellschaftliche Reformen.
www.coforum.de/?7710

Teil 1 ist in der Ausgabe Juni/Juli 2010 erschienen. Quellenangaben zu diesem Artikel: LIGA Libell 133 (2010), S. 5ff
www.grueneliga.de/bburg

Anzeige

CONTRASTE
Die Monatszeitung für Selbstorganisation

MOBILE VOLXKÜCHEN Bericht über die Gründung einer mobilen Küche in Athen · Kitchen Brigade · Zur Geschichte der Vokü's · Ökologisch, fair, vegan: Le Sabot's Klimarezept · Nicht-kommerzielle Landwirtschaft: NKL ist nicht nur eine Lotterie · Volksküche und Gemeinschaftsgarten: Die Schwedische Vokü Automat · Entscheidungen in der Volxküche · Kopenhagen: Kochen gegen Klimawandel · Anarchist Teapot Kollektiv ZENTREN Kakerlakenkultur GENTRIFIZIERUNG Hamburg: Recht auf Stadt-Bewegung – »Unter Geiern« (Teil 2) BETRIEBE Ein Kurierkollektiv in Berlin geht an den Start FAIRER HANDEL Wie fair ist »Fair« gehandelter Kaffee? ITALIEN Netzwerke der solidarischen Ökonomie: Fa' la cosa giusta GENOSSENSCHAFTEN Kreativ mit Charakter – das Konzept der Kulturgenossenschaft »Neue Eigentlichkeit eG« u.v.m.

Archiv-CD mit »BUNTE SEITEN«
siehe: www.contraste.org/archiv-cd.htm

Ein Schnupperabo
3 Monate frei Haus
gibt es für 5 Euro
(Es endet automatisch und muss nicht gekündigt werden. Nur gegen Vorkasse: Schein/Briefmarken/Bankeinzug!)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V. Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

Probelesen: www.contraste.org

Wildpflanzen

Gesundheit kostenlos

Da wächst eine uralte Heil-, Nahrungs- und Zauberpflanze, in vieler Hinsicht gut für den Menschen; aber auch als Bodenverbesserer und Tierfutter von Bedeutung. Ihre Wirkung für Frauen in den Wechseljahren, lange Zeit vergessen, erlebt heute in medizinischer Hinsicht eine Renaissance. Belegt ist ihr positiver Einfluss auf das weibliche hormonelle Gleichgewicht dank der Phytohormone, der Isoflavonoide. Dieses Pflänzchen, ein Glücksbringer: Da wuseln die Kinder über Wiesen und suchen ihr grünes, vierblättriges Glück: „Ah, da steht es ja, beinahe wärst du drauf getreten.“ Es ist der

Rot-Klee

(Trifolium pratense),

ein Schmetterlingsblütler der Leguminosenfamilie, auch Wiesen-, Hummel-, Honig-, Futter-, Fleischklee, Herrgotts-, Zuckerbrot oder Honigblume genannt.

Botanische Merkmale: Aus einer ausdauernden, kräftigen Pfahlwurzel mit vielen Nebenwurzeln sprießt eine Blattrosette mit kriechenden oder aufrechten, häufig leicht rötlichen Stängeln. Diese sind gerillt bis kantig, kahl oder anliegend behaart, verzweigen sich nur wenig und erreichen 20 bis 60 cm Höhe. Die Blätter sind in der Regel dreizählig, die unteren langgestielt, die oberen fast sitzend. Die am Stängel stehen wechselständig. Jedes Teilblättchen ist eiförmig, am Rand bewimpert, von grüner Farbe mit quer verlaufenden, fast weißen Zonen auf der Oberseite. Den Achseln der oberen und seitlichen Blätter entspringen von Mai bis September bis zu 4 kurzgestielte, manchmal sitzende kugelige Blütenköpfe. Es sind 30 bis 60 einzelne Schmetterlingsblütchen mit purpurroter Krone. Ab September reifen die Hülsenfrüchte.

Vorkommen: auf Wiesen, Feldern, Lichtungen und Brachen, an Acker- und Waldrändern, Gebüschen und Wegen sowie kultiviert als Futterpflanze.

Ernte und Erntezeit: die Blätter und Triebspitzen ab April, die Blüten ab Mai, die Samen im Herbst.

Hauptinhaltsstoffe: die Vitamine C, E und Carotin, Flavonoide, Glykoside, ätherische Öle, Isoflavone(sie haben eine ähnliche Struktur wie die weiblichen Östrogene), Proteine, Gerbstoffe, Mineralstoffe und Cumarine.

Geschmack: die Blätter wie Erbsen mit Feldsalat, die Blüten honigsüß.

Verwendung in der Küche: Triebe, Blätter und Blüten ergeben eine milde Beilage an frischen Salaten, Kräuter-, Gemüsesuppen, Spinat und gebratene, frittierte Gemüsegerichte; oder an Quark, Käse oder Butter. Rotklee passt sehr zu Feldsalat, Basilikum, Sauerampfer, Mozarella, Meerrettich; überhaupt zu scharfen Speisen. Die Blüten dienen zum Aromatisieren von Wein und Likör oder einfach als Dekoration. Eingeknetet in Teig, herzhaft gewürzt, können sie aber auch als Frikadellen gebraten oder in Mehl gestampft zu Knäckebrot gebacken werden. Rotklee, frisch bzw. getrocknet, ergibt pur oder mit Kräutern gemischt tolle Tees. Gourmets lieben die getrockneten, gemahlenen Blätter als Suppenwürze (1 EL pro Teller). Das ganze Kraut kann mariniert, getrocknet oder eingesäuert wie Sauerkraut aufgehoben werden. Auch schmecken die gekeimten Samen vorzüglich.

Gesundheitlicher Wert: Die hochwirksamen Pflanzenhormone mindern die Leiden der Wechseljahre und beugen - regelmäßig gegessen - Brust-, Gebärmutter- und Prostatakrebs, Osteoporose, Erkrankungen der Gefäße - überhaupt allen sogenannten Alterserscheinungen vor. In der Volksmedizin gilt Rotklee auch als blutreinigend und -verdünnend, krampf- und schleimlösend, Auswurf fördernd und harntreibend. Er wird bei Verdauungsstörungen, Leberbeschwerden, Appetitlosigkeit, Hautproblemen, Gicht, Rheuma sowie bei Herz-, Kreislaufstörungen, Entzündungen im Mund, im Rachen und der Milchdrüsen empfohlen.Rotklee sollte Bestandteil von Frühjahrskuren sein und wird innerlich und äußerlich angewendet.

Elisabeth Westphal

Die Autorin ist Ernährungsberaterin und Marktleiterin auf dem Ökomarkt der GRÜNEN LIGA (Donnerstag 12 -19 Uhr, Kollwitzplatz, Prenzlauer Berg), Tel. 44339148

Couscous

mit Wildkräuter-Currymöhren

Für 3-4 Personen

150 g bis 200 g Instant-Couscous
ca.50 g ungeschälte, gemahlene Mandeln
Salz
1 El Butter
2 Zehen Knoblauch, fein gehackt
1 Messerspitze abgeriebene, (unbehandelte!) Zitronenschale
ca. 600 g Möhren
1 TL Blütenhonig (aus der Region)
150 g Sahne
1 TL Curry
Wasser

Wildkräuter (Gundermann, Giersch, Brennessel, Löwenzahn oder Schafgarbe; ersatzweise schmecken auch Petersilie, Koriander oder Kerbel gut)

Zubereitung:

1. Couscous nach Packungsanleitung zubereiten. Mandeln in einer Pfanne ohne Fett anrösten. Butter, Zitronenschale, Mandeln, Knoblauch und Salz zum Couscous geben und die Zutaten gut mischen. Zum Warmhalten den Mandelcouscous ins heiße Wasserbad stellen.
2. Möhren in Scheiben schneiden. Butter in einem Topf schmelzen, Honig in der Butter unter Rühren langsam auflösen. Möhren in dem Honig-Butter-Gemisch andünsten. Etwa 50 ml Wasser dazugeben und zugedeckt kurze Zeit garen. Sahne und Curry zugeben, mit Salz abschmecken. Möhrengemüse mit gehackten Wildkräutern bestreut servieren.

Dazu passt ein gut gekühlter, trockener Weißwein.

Guten Appetit! *Gerburg Hill*

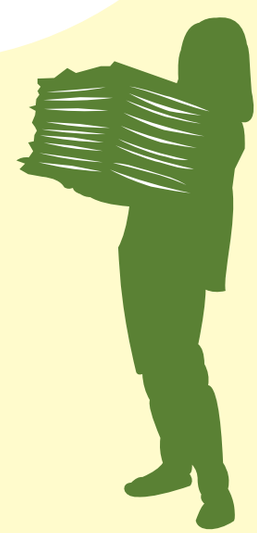
Foto: Evelin Bulling

Recyclingpapier – ein Zeichen setzen

Noch immer wird zuviel konventionelles Papier in Deutschland verwendet. Ob in der Schule oder auf der Toilette. Viele von euch kennen bestimmt gar nicht so genau den Unterschied zwischen Recyclingpapier und konventionellem Papier. Recyclingpapier wird zu 100 Prozent aus wiederverwertetem Altpapier hergestellt. Es werden somit keine Bäume abgeholzt. Die Druckfarben des Altpapierbreis werden mithilfe von verschiedenen Chemikalien rausgewaschen. Die herausgelösten Farbpartikel werden anschließend abgesaugt. Meistens wird das Recyclingpapier noch mit Sauerstoff angereichert, so dass verschiedene Weißegrade entstehen.
Konventionelles Papier wird aus Holz-Fasern gewonnen. Dadurch werden die Holzstoffe mit Hilfe von Chemikalien von den restlichen Holzfasern getrennt. Bei diesem Verfahren werden fast alle Holzbestandteile (98 Prozent) verwendet. Somit wird auch sehr viel Wald abgeholzt, weil das konventionelle Papier nicht wiederverwendet wird und dadurch immer wieder Bäume gefällt werden.

Das große Problem ist, dass die Nachfrage nach Recyclingpapier leider nur sehr gering ist. Der Handel wird nur dann wieder vermehrt Recyclingpapier anbieten, wenn eine Nachfrage vorhanden ist. Die „Initiative 2000 plus“ ist eine Gemeinschaftsaktion zur Förderung von Recyclingpapier. Diese möchte deshalb möglichst viele Schulklassen bewegen, Recyclingpapiere zu kaufen. Um diese Nachfrage zu dokumentieren, hat die Initiative eine Unterschriftenaktion entwickelt. Jede Schulklasse kann so zum Ausdruck bringen, dass sie Recyclingpapier kauft und nutzt, sobald ein lokales Angebot vorliegt.
Ihr könnt bei der Gemeinschaftsaktion „Wir setzen Zeichen - Schulen pro Recyclingpapier“ mitmachen. Hierzu sollen möglichst alle Schüler/-innen einer Schulklasse und die Klassenlehrer/-innen die Selbstverpflichtungserklärung unterschreiben. Es reicht aber auch, wenn sich die Klasse als Verband einträgt. Informationen findet ihr auf der Internetseite www.treffpunkt-recyclingpapier.de/schule

Ladet euch eine der Unterschriftenlisten von der Internetseite herunter und beteiligt euch an der Aktion!
In 335 Städten haben bereits 765 Schulen und 2.935 Schulklassen ein Zeichen gesetzt. Sie teilten mit, nur noch Schulmaterialien aus Recyclingpapier zu kaufen beziehungsweise kaufen zu wollen, sobald diese vor Ort angeboten werden.



GELD ODER LEBEN

Was uns wirklich reich macht

Der etwas reißerische Titel, den Veronika Bennholdt-Thomsen für ihren Essay gewählt hat, täuscht. Denn dies ist weder ein weichgespülter Ratgeber für Gestresste noch eine Empfehlung auf dem Weg hin zur Selbstverwirklichung.

Nein, der Professorin an der Universität für Bodenkultur in Wien und Leiterin des außeruniversitären Instituts für Theorie und Praxis der Subsistenz e.V. in Bielefeld geht es um ein großes Thema der Zukunft: *Was ist, wenn die Verwandlung des Geldes in Dinge, die wir zum Leben brauchen, nicht mehr klappt, weil sich das Geld in Luft aufgelöst hat?* Zugegeben, ein auf den ersten Blick überspitzt erscheinendes Szenarium. Andererseits, angesichts der gegenwärtigen Systemkrise - Konjunkturpakete hin, Rettungsschirme her - eine nicht völlig aus der Luft gegriffene Frage.

Bennholdt-Thomsens Herangehen an das Thema funktioniert aber auch ohne Krise. Die Autorin macht uns in acht Kapiteln, über knapp hundert Seiten, mit der Subsistenztheorie vertraut, die eine Daseinsweise erklärt, die auf die Erwirtschaftung des Lebensnotwendigen gerichtet ist (und die dennoch nichts mit der Steinzeit zu tun haben muss).

Warum ist das Subsistenzprinzip bei großen Teilen der modernen Gesellschaft diskreditiert und wird mit

ärmlichen Verhältnissen gleichgesetzt? Bennholdt-Thomsen leitet ihre Antworten aus der Kapitalismustheorie ab und trägt fünf Aspekte zusammen, die der heutigen Sicht die Wahrnehmung der Subsistenz versperren, darunter die Missachtung der Natur, die kolonialistische Ausbeutung und die Angst vor der Knappheit.

Sie entlarvt Wachstumszwang und Gelddiktat, die LEBEN nur als Nebeneffekt anfallen lassen, und stellt an deren Stelle die Entkommerzialisierung der Köpfe und Herzen - schwere Kost für den Leser, denn sie impliziert, dass wir mehr oder weniger (fast?) alle auf unseren Eigennutz bedachte Mittäter sind. Immerhin tröstlich, dass - wenn wir das Problem sind - wir auch die Lösung sein können: „Der Appell an das Individuum und an die Zivilgesellschaft (…), wie er heutzutage aus einem breiten Spektrum von Bewegungen laut wird, sich für eine ökologisch und sozial gerechte Welt einzusetzen, entspringt diesem Blick von unten“.

Damit kommt die Autorin zur Beantwortung der Fragen, die sich beim Lesen unwillkürlich stellen: Wie jetzt, leben ohne Geld? und: Warum nicht im Supermarkt einkaufen? Die konkreten Antworten - Tauschbörsen, Umsonstläden, Regionalwährungen - mögen auf den ersten Blick unzureichend sein und angesichts globaler Zusammenhänge utopisch erscheinen. Für Bennholdt-Thomsen sind sie jedoch der Beginn zur Schaffung entkommerzialisierter Freiräume, die nicht nur neue Teilhabechancen für sozial Benachteiligte eröffnen, sondern die auch die Rückbesinnung auf Tugenden wie die Überwindung der Geldgier, die Wertschätzung des Handwerks und die Stärkung lokaler und regionaler Wirtschaftskonzepte einleiten. Letztendlich propagiert sie damit eine Kultur des Gebens, in welcher der *homo donans den homo oeconomicus* und die Subsistenz das Wachstum ersetzt.

GELD ODER LEBEN erschien in der neuen Reihe „quergedacht“ des oekom verlag. In den kleinen Bändchen liefern renommierte Autoren mit ihren gewagten Ideen Ansätze für alternative Denk- und Lebensweisen zum Thema. Somit gibt auch Veronika Bennholdt-Thomsen mit ihrer Arbeit Denkanstöße, die erste Schritte zur Veränderung ermöglichen. Lektüretipp für den geneigten Leser: durchbeißen, sacken lassen, nachdenken!

Jörg Parsiegla

Veronika Bennholdt-Thomsen
GELD ODER LEBEN
Was uns wirklich reich macht
oekom verlag München
Reihe quergedacht, 2010
1. Auflage, 93 Seiten, 8,95 Euro
ISBN 978-3-86581-200-1

Peak Soil

politische ökologie Nr. 119 - Die unterschätzte Krise der Böden

Ausgebeutet, übernutzt, zubetoniert“ - Anke Oxenfarth trifft im Editorial den Nerv des Schwerpunktthemas Boden im Aprilheft der Zeitschrift „politische ökologie“. In zwölf Beiträgen zu *drei Kapitelüberschriften* thematisieren namhafte Autor/-innen den Gegenstand, der anerkanntermaßen zwar unser aller Lebensgrundlage darstellt, den wir aber immer noch wie den letzten Dreck behandeln. Weitere fünf Artikel - unter der Rubrik *Spektrum Nachhaltigkeit* - weiten den Blick über das Schwerpunktthema hinaus auf aktuelle Themen der Nachhaltigkeitsdebatte.

Feldforschung: Die Beiträge zu dieser Überschrift behandeln unter anderem Historisches zum „vergessenen Umweltmedium“ Boden und beleuchten, sowohl national als auch im europäischen Rahmen, die politischen Instrumente des Bodenschutzes. Dabei geht es um Bodenethik und Altlasten, und es fallen Begriffe wie Dust Bowl, Landgrabbing und, etwas sperrig, BRRL für (europäische) Bodenrahmenrichtlinie.

Ödland: Die Artikel hierzu spiegeln die vielfältigen Probleme wider, die den Böden heute weltweit zugemutet

werden beziehungsweise die sie erleiden müssen. Es geht um die Frage, wie Schadstoffe in den Boden gelangen einschließlich der Kontaminationspfade, um den immer noch zunehmenden Landschaftsverbrauch (hier treffend als „Flächenfraß“ beschrieben) und um die Methoden der industrialisierten Landwirtschaft versus Bodenfruchtbarkeit. Am Beispiel des Aralsees wird darüber hinaus die fortschreitende (menschengemachte) Wüstenbildung auf der Erde beschrieben.

Renaturierung: Die Einleitung des Kapitels bildet ein Interview mit dem Geologen David R. Montgomery (University of Washington, Seattle) zur Zukunft der Ernährungssicherheit. Es folgen Beiträge über Initiativen zur Bewusstseinserweiterung für Belange des Bodens und über alternative Besitzverhältnisse an Grund und Boden - als Schritt zur nachhaltigen und sozialen Bodennutzung und gegen spekulative Besitzaspekte.

Spektrun Nachhaltigkeit: Die Rubrik liefert eine Nachlese zum Klimagipfel von Kopenhagen (Teil 4), stellt den AKW-Gefärdungsatlas der Deutschen Umweltstiftung vor und plädiert für „Neue Spielregeln zugunsten der Natur“ - Stichwort NAT: der Vorschlag einer zusätzlichen, internationalen Währung, die den Naturverbrauch misst. Ein philosophischer Beitrag und ein gesellschaftspolitisches Thema schließen diesen Teil ab: Hans-Peter Dürr plädiert für „Empathie statt Ellenbogen“ und Peter Finke beschreibt die Kultur- und Bildungskrise in Deutschland.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, wie unterschiedlich die Autoren der Rubrik die Rolle des Individuums bei der Umorientierung auf sozial-ökologische und nachhaltige Werte beziehungsweise Entwicklungen sehen: von äußerster Skepsis und dem Setzen auf ökonomische Hebel bis hin zur Favorisierung des Einzelnen.

Wie immer runden unterhaltsame *Einstiege* und die zwischengeschaltete Rubrik *Impulse* mit Medienschau und Kontaktadressen die Zeitschrift wohltuend ab. Als Fazit bleibt: „Die politische ökologie bricht erneut eine Lanze für den Untergrund“ (Anke Oxenfarth).

Jörg Parsiegla

politische ökologie, Nr. 119
Peak Soil
Die unterschätzte Krise der Böden
oekom verlag München, April 2010
73 Seiten., 14,90 Euro
ISBN 978-3-86581-225-4

Risiken und Nebenwirkungen

Brisantes zur Genbank Gatersleben

Aus Anlass der Berufungsverhandlung zu einer Schadensersatzklage gegen sechs sogenannte Feldbefreier/-innen ist eine Hintergrundbroschüre mit brisanten Details erschienen: „Risiken und Nebenwirkungen: Die Genbank Gatersleben und die Freisetzung von gentechnisch verändertem Weizen“.

Im April 2008 hatten sechs Personen den umstrittenen Freisetzungsversuch von gentechnisch verändertem Weizen neben der Genbank Gatersleben (Sachsen-Anhalt) gestoppt. Trotz Einwendungen von 30.000 Bürger/-innen, mehr als 100 Lebensmittel- und Verarbeitungsunternehmen, Umwelt-, Ärzte-, Bauern-, Saatgutzüchtungs- und Erhaltungsorganisationen hatte das Bundesamt für Verbraucherschutz- und Lebensmittelsicherheit (BVL) den Weizenfreisetzungsversuch im Jahr 2006 genehmigt. Das Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) durfte den gentechnisch veränderten Weizen sogar in unmittelbarer Nähe zu den Vermehrungsflächen alter Getreidesorten der Genbank Gatersleben freisetzen und damit den Bestand der Genbank gefährden. In Gatersleben befindet sich eine der umfangreichsten Genbanken für Kulturpflanzen aus aller Welt, speziell für Weizen- und Gerstensorten.

Die Rechtsanwältin Katrin Brockmann, die zwei der sechs Beklagten vertritt, hat auf 60 Seiten Brisantes aus den Verwaltungs- und Prozessakten zusammengetragen. Umfangreiche Quellen belegen, wie es zu der zweifelhaften Genehmigung der Freisetzung kam, warum die Genehmigung der Freisetzung vor Gericht nicht überprüft werden konnte und auf welche Weise der Versuch großzügig vom sachsen-anhaltischen Kultusministerium finanziert wurde. Sachsen-Anhalt ist auch das Land, das vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Gentechnikgesetz geklagt hat, damit Biobauern und herkömmliche Betriebe die Risiken der Gentechnik tragen sollen und nicht die Gentechnik-Freisetzer selbst.

In der Broschüre kann man nachlesen, wie die Kontrolle des Freisetzungsversuchs erfolgt (oder nicht erfolgt) und welche Personal- und Entscheidungsstrukturen im IPK Gatersleben zur Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen in unmittelbarer Nähe von Genbanken führen. Der Kauf der Gatersleben-Broschüre unterstützt die sechs Beklagten bei der Finanzierung ihrer Rechtsanwälte und der Öffentlichkeitsarbeit im Zivil- und Strafprozess.

AbL/mb

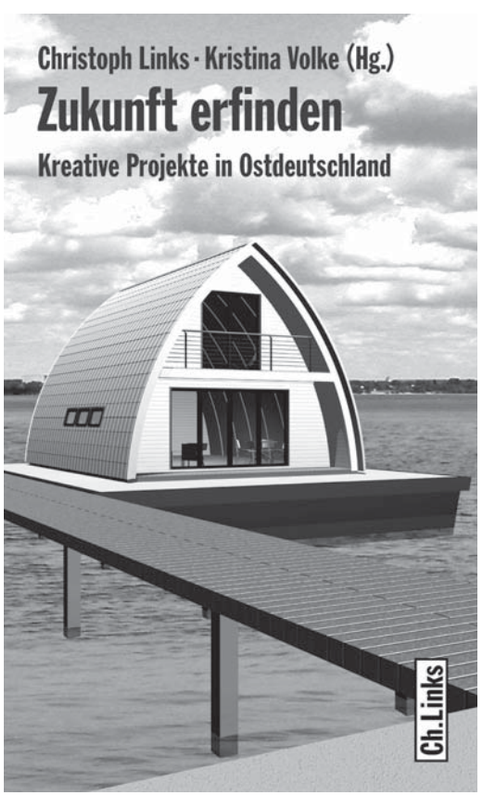
Risiken und Nebenwirkungen
Die Genbank Gatersleben und die Freisetzung von gentechnisch verändertem Weizen
AbL Bauernblatt Verlag
Hamm 2010
60 Seiten, 4 Euro

Bezug:
Fax: 02381/ 49 22 21
verlag@bauernstimme.de
www.bauernstimme.de/broschueren
Download: www.kurzlink.de/gatersleben.pdf

Zukunft Ostdeutschland

Ein Buch stellt 30 kreative Projekte vor

Ostdeutschland haftet das Klischee an, trotz (oder auch wegen) aller finanziellen Anstrengungen nicht wirklich auf eigenen Füßen stehen zu können und, damit verbunden, eine Region zu sein, die eher geprägt ist durch Rechtsradikalismus, Larmoyanz der Bevölkerung und Verklärung der Vergangenheit. Dieses Bild, das Ostdeutschland sicher auch vermittelt, wird selten aufgebrochen. Das Buch von Christoph Links und Kristina Volke ist ein ernsthafter Versuch, gegen das offizielle Klischee der ostdeutschen Traurigkeit anzuschreiben.



Die Idee für den Band geht auf einen öffentlichen Aufruf des Verlegers Christoph Links und weiterer Mitstreiter zurück, Projekte zu benennen, die vor Ort der Krise etwas entgegensetzen. So ist eine Plattform mit einer entsprechenden Internetseite entstanden, die Initiativen und Projekte in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen vorstellt. Im Buch werden 30 dieser Projekte vorgestellt. Alle Beispiele beweisen, dass es in Ostdeutschland viele spannende Initiativen und Menschen gibt, die so gar nicht in das herkömmliche Bild des armen, sich selbst bemitleidenden Ossis passen.

Bemerkenswert: Etwa ein Drittel der vorgestellten Projekte ist im weitesten Sinne im Ökologiebereich angesiedelt. Das reicht von der sozialökologischen Stiftung der sächsischen Gemeinde Zschadraß, die mit Hilfe der Stiftungserlöse soziale Leistungen finanziert, über das Solarunternehmen Q-Cells und Tagebautouren in der Niederlausitz bis zu einem ökologischen Gartenbauprojekt in Sachsen-Anhalt.

Nahezu alle Beiträge werden einfühlsam von verschiedenen Autoren vorgestellt und verdeutlichen, dass es in Ostdeutschland sehr viel kreatives Potenzial jenseits der etablierten Strukturen gibt. Das Buch und die Internetseite sind eine Fundgrube für Menschen, die nach neuen Wegen suchen.

Michael Zschiesche

Christoph Links, Kristina Volke (Hrsg.): Zukunft erfinden
Kreative Projekte in Ostdeutschland
Christoph Links Verlag, Berlin, 2009, 240 Seiten, 19,90 Euro
www.zukunft-ostdeutschland.de

Umweltbibliothek

Die Umweltbibliothek der GRÜNEN LIGA Berlin verfügt über mehr als 2000 Bücher, darunter Öko-Literatur aus der 1998 aufgelösten oppositionellen Ost-Berliner Umweltbibliothek. Auch die meisten der im RABEN RALF vorgestellten Bücher sind dort kostenlos ausleihbar. Dazu kommen rund 70 Zeitschriftentitel, eine Videothek und weitere Informationen zu allen Öko-Themen - von Naturschutz über “Anders Leben” bis Widerstand.

Umweltbibliothek
Prenzlauer Allee 8
10405 Berlin-Prenzlauer Berg
Tel. (030) 443391-0, Fax -33

UB Umweltbibliothek der GRÜNEN LIGA

Di 10.8.

Der Park am Weißen See
11 Uhr
Botanische Führung des Umweltbüros Pankow mit Dipl.-Ing. Thomas Blasig, Treffpunkt: Parkeingang auf Höhe der Berliner Allee 125, 13088 Berlin, Verkehrsverbindung: Tram M4, M13, 12, 27 und Bus 255, 259, www.umweltbuero-pankow.de

Do 12.8.

Die Parkanlage des St. Joseph-Krankenhauses
11 Uhr
Botanische Führung des Umweltbüros Pankow mit Dipl.-Ing. Thomas Blasig, Treffpunkt: St. Joseph-Krankenhaus, vor dem Haupteingang Gartenstraße 1, 13088 Berlin, Verkehrsverbindung: Tram M4, M13, 12, 27 und Bus 255, 259, www.umweltbuero-pankow.de

Fr 13.8.

Sommernacht im Britzer Garten
19.15 Uhr
Cathrin Pempelfort lädt ein, nachtaktive Tiere wie Fuchs und Fledermaus zu beobachten. Ort: Freilandlabor Britz, Sangerhauser Weg 1, 12349 Berlin, www.freilandlabor-britz.de

So 15.8.

Sehen statt glotzen: Abendführung - Beweidungsprojekt Rieselfelder Hobrechtsfelde
18.30 Uhr
Exkursion mit Carina Vogel (ARGE Beweidung). Treffpunkt: Parkplatz „Steine ohne Grenzen“ am Hochwald, Hobrechtsfelder Chaussee in Berlin-Buch (Verkehrsverbindung: S2 S-Bhf. Buch und 30 Minuten Fußweg), Dauer: ca. 2 bis 3 Stunden, Anmeldung: Tel. 0170/ 5374047, Infos: www.nabu-berlin.de

Fr 20.8.

Zeit der Kräuterernte
15 Uhr
Die heilkräftigsten Kräuter aus dem Bauerngarten im Freilandlabor Zehlendorf. Führung mit Thea Harbauer, Treffpunkt: Freilandlabor Zehlendorf, Sachtlebenstraße 30-32, 14165 Berlin, Bus 101 Nieritzweg, Unkostenbeitrag: 3 Euro, Gummistiefel bei Regenwetter mitbringen, Dauer: 1,5 Stunden, Infos: Tel.: 030/ 8183612 und www.fll-z.de

Sa 21.8.

Radwanderung: Große ökologische Tümpeltour
9 Uhr
Mit Gerda Wendehack (Naturschutzaktiv Schöneiche e.V.), Treffpunkt: Pyramidenplatz, Haltestelle Rahnsdorfer Str. der Tram 88, Verkehrsverbindung: ab S-Bhf. Friedrichshagen Tram 88, Dauer: 4,5 Stunden, Länge: 12,5 km, Kosten: 2,50 Euro, Kinder 1,25 Euro, Infos: www.nabu-berlin.de

Mi 25.8.

Auf der Spur der „Grünen Erben“
14-17 Uhr
Familiengartenrallye im Botanischen Garten, Ort: Botanisches Museum Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 6-8, 14195 Berlin, Tel.: 030/ 83850100

Do 26.8.

Der Botanische Volkspark Pankow
10.10 Uhr
Botanische Führung des Umweltbüros Pankow mit Dipl.-Ing. Thomas Blasig, Treffpunkt: In der botanischen Anlage auf dem Hauptweg zur Gewächshausanlage, Blankenfelder Chaussee 5, 13159 Berlin, Verkehrsverbindung: Bus 107 und 124, www.umweltbuero-pankow.de

Fr 27.8.

Green New Deal: Ein Streitgespräch
19.30-21.30
Green New Deal, sozialökologischer Ausweg aus der Krise oder grünes Feigenblatt? Veranstalter: Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung, Ort: Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str.4, 10405 Berlin, Infos: www.bildungswerk-boell.de

So 29.8.

Fahrradtour mit dem ADFC für Neuberliner und Entdecker
14 Uhr
Auf einer Kieztour Berlin entdecken. Vom Rathaus Charlottenburg aus wird in gemütlichem Tempo ca. 22 km hauptsächlich auf Nebenrouten geradelt. Treffpunkt: Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin, Infos: www.adfc-berlin.de/city-west

Mi 1.9.

Feier: 20 Jahre Umweltladen Mitte
18 Uhr
Umweltladen Mitte, Seestraße 49, 13347 Berlin, Tel.: 030/ 901846081 oder 030/ 901846082, umweltamt.uwl@ba-mitte.verwaltberlin.de

Sa 4.9.-So 5.9.

Berliner Staudenmarkt im Botanischen Garten
9-18 Uhr
Über 100 Stauden- und Kräutergärtner lassen ihre Arbeit bestaunen
Entgelt: Erwachsene 6 Euro, Kinder 3 Euro, Ort: Botanisches Museum Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 6-8, 14195 Berlin, Tel.: 030/ 83850100, www.berlinerstaudenmarkt.de

Sa 4.9.-So 5.9.

Symposium - Stroh in der Stadt
Samstag 12.30 Uhr - Sonntag 18 Uhr
Technische Aspekte des Strohballenbaus, Bauen mit Stroh für Bildung und Integration, Stroh und Lehm für jung und alt. Veranstalter: Nachbarschafts- und Selbsthilfe-Zentrum in der ufafabrik, buero@nusz.de, www.nusz.de, Infos: Werner Wiartalla, Tel.: 0172/ 6596050
Ort: ufaFabrik Berlin, Viktoriastrasse 10-18, 12105 Berlin

Mi 8.9.

Konferenz: Wiederverkaufskultur auf eBay - Chance für umweltschonenderen Umgang mit Produkten?
10-17Uhr
Referent/-innen auf der Fachkonferenz: Dr. Stephan Zoll (Geschäftsführer eBay Deutschland), Wolfgang Hellhake (Umweltbeauftragter Miele), Prof. Dr. Niko Paech (Universität Oldenburg) und andere.
Ort: Harnack-Haus Ihnestraße 16-20, 14195 Berlin
Veranstalter: IZT - Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Berlin, Anmeldung: wiederverkaufskultur@izt.de, Infos: www.izt.de

Auf diesen Seiten stehen Berliner Umwelt-Termine (im weiteren Sinne). GRÜNE-LIGA-Termine sind mit dem Logo gekennzeichnet (grau: Mitarbeit).
Wir möchten besonders auch Termine kleinerer Umweltgruppen und BIs veröffentlichen und bitten um rechtzeitige Information bis zum 15. des Vormonats.
Die Redaktion

Adressen: Seite 31

Sa 11.9.

Linke ökologische Programmatik
10-16 Uhr
Konferenz der ökologischen Plattform und BAG Umwelt der Linkspartei, Thema: Verkehr und Energie mit Thies Gleiss, Axel Kruschat (BUND), Elmar Altvater (FU Berlin), Holger Rogall (Hochschule für Wirtschaft und Recht), Wolfgang Methling (ehem. Umweltminister in MV).
Ort: Karl-Liebknecht-Haus Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Rosa-Luxemburg-Saal, Infos: www.oekologische-plattform.de

Sa 18.9.

Schluss jetzt mit Atomkraft! - Großdemonstration und Umzingelung des Regierungsviertels
13 Uhr, Hauptbahnhof Berlin
Die Regierung will die Laufzeiten für Atomkraftwerke verlängern. Wir widersetzen uns dieser unverantwortlichen Atompolitik. Wir wollen die Atomkraftwerke abschalten - und zwar jetzt! Demonstrieren Sie mit für das Ende der Atomenergie! Infos: www.anti-atom-demo.de

So 19.9.

Artenvielfalt erleben - biologische Vielfalt für die ganze Familie
11-18 Uhr
Ganztägige Veranstaltung mit Musik, Information und Erleben im Ökowerk, Entgelt: Erwachsene 3 Euro, Kinder 1 Euro, Familie 7 Euro, Naturschutzzentrum Ökowerk Berlin, Teufelsseechaussee 22-24, 14193 Berlin, www.oekowerk.de

Do 23.9.

Aktionstag Zukunftsfähigkeit - Klimaschutz braucht Energie
12-19 Uhr
Die GRÜNE LIGA Berlin lädt Sie ein, Ihre zukunftsfähigen Programme, Projekte oder Ideen zum Thema Klimaschutz zu präsentieren. Bei Bedarf können Sie kostenfrei einen überdachten Marktstand nutzen.
Ort: Kollwitzplatz, Berlin-Prenzlauer Berg, Anmeldung bis zum 1. September: Tel. 030/ 44339165 woche@grueneliga.de.

Fr 24.9.-Sa 25.9.

Stromaufwärts - Energiekongress 2010
Freitag 17 Uhr- Samstag 18 Uhr
Wege zu einer sauberen Energiewirtschaft
Ort: Umweltforum Auferstehungskirche Berlin, Pufendorfstr. 11, 10249 Berlin, Infos: www.energiekongress.greenpeace-energy.de

Sa 25.9.

Umweltpolitische Radrundfahrt in Charlottenburg
14-17 Uhr
Radtour mit Dr. Hartwig Berger, Treffpunkt: Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 100, Entgelt: 3 Euro, Naturschutzzentrum Ökowerk Berlin, Teufelsseechaussee 22, 14193 Berlin, www.oekowerk.de

Mi 29.9.

Rechtzeitige Winterfestmachung im Wohnbereich spart Energie und Kosten
18.30 Uhr
Vortrag mit Ulrich Kleemann über Heizungswartung, Abdichten von Fenstern, Lüften und Schimmelpilz, Ort: Umweltladen Mitte, Seestraße 49, 13347 Berlin, Tel.: 030/ 901846081 oder 030/ 901846082, umweltamt.uwl@ba-mitte.verwaltberlin.de

Auswärts

So 15.8.

Führung ins Naturparadies
9 Uhr
Exkursion mit S. Röhrscheid (Projektbüro Grünhaus), Treffpunkt: Projektbüro Grünhaus der NABU-Stiftung, Forststr. 1, 03238 Lichterfeld, Dauer: 3 Stunden, festes Schuhwerk und wetterangepasste Kleidung notwendig, Kosten: 5 Euro, ermäßigt 3 Euro, Familien 10 Euro, Infos: Tel. 03531/ 609611 und www.naturerbe.de

Sa 28.8.

Naturparkfest - Naturpark Barnim in Hobrechtsfelde
15-18 Uhr
Ort: Hobrechtsfelder Dorfstraße, 16341 Panketal, auf dem historischen Gutshof am alten Kornspeicher, Verkehrsverbindung: ab S-Bahnhof Zepernick (S 2) mit Bus 891 (Richtung Schönwalde), Eintritt: Erwachsene 2 Euro, Kinder bis 14 Jahre frei

So 29.8.

Oasen in der Bergbauwüste
9 Uhr
Exkursion mit G. Künkel-Hoffmann. Treffpunkt: Projektbüro Grünhaus der NABU-Stiftung, Forststr. 1, 03238 Lichterfeld, Dauer: 3 Stunden, festes Schuhwerk und wetterangepasste Kleidung mitbringen. Kosten: 5 Euro, ermäßigt 3 Euro, Familien 10 Euro, Infos: Tel. 03531/ 609611 und www.naturerbe.de

Fr 3.9.-So 5.9.

Seminar: Wir können auch anders! - Leben in der Kommune
Referentin: Jacqueline Bernardi, Teilnahmebeitrag: je nach Einkommen 100, 135, oder 170 Euro. Ort: Verein für Ökologie, Gesundheit und Bildung, Wilhelmstrasse 7, 34260 Kaufungen, Tel.: 05605/ 800730, Infos und Anmeldung: tagungshausniederkaufungen@web.de, www.kommune-niederkaufungen.de/tagungshaus

Fr 10.9.

Pilzwanderung von Borgsdorf ins Briesetal
10 Uhr
Exkursion mit Werner Nauschütz
Infos: Umweltbüro Pankow, Hansastraße 182 A, 13088 Berlin, Tel.: 030/ 92091007 oder 030/ 92090480, umweltbuero@agrar-boerse-ev.de

So 12.9.

Radwanderung: Kühe, Felder, Wiesen und Wälder
9.30-15.30 Uhr
Fahrradtour mit der Naturwacht Groß Schönebeck, Treffpunkt: 9.30 Uhr, Bhf. Groß Schönebeck, Infos: Tel.: 033393/ 6381319

Sa 18.9.

Berliner Freiwilligentag im Naturpark Barnim
10-15 Uhr
Einladung zum Mitmachen und Entdecken der Schönerlinder Teiche. Treffpunkt: 10 Uhr, S-Bahnhof Mühlenbeck-Mönchmühle (S8), bitte an festes Schuhwerk denken. Anmeldung erbeten: Tel. 03338/ 398910 oder 0175/ 7213084, Infos: Dirk.Krone@naturwacht.de.

Mo 20.9.-Fr 24.9.

Seminar: Anders leben, anders arbeiten, anders entscheiden - gelebte Utopie im gesellschaftlichen Kontext
Es geht um die Frage, ob die Lebensform der Kommune geeignet ist, um auf Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluss zu nehmen. Referent/-innen: Uli Barth und Birgit Zellmer, Teilnahmebeitrag: je nach Einkommen 220, 270 oder 320 Euro.
Ort: Verein für Ökologie, Gesundheit und Bildung, Wilhelmstrasse 7, 34260 Kaufungen, Tel.: 05605/ 800730, Infos und Anmeldung: tagungshausniederkaufungen@web.de, www.kommune-niederkaufungen.de/tagungshaus

Di 21.9.

Fachkonferenz zum Erhalt der biologischen Vielfalt in Brandenburg
9-17 Uhr
Tagung anlässlich des Internationalen Jahres der Biodiversität über die Biodiversität in Brandenburg, Ort: Hochschule Eberswalde für nachhaltige Entwicklung (FH), 16225 Eberswalde, Infos: gruenefraktion-brandenburg.de/service/aktionen/marke-der-vielfalt

Ausstellungen

4.1.-31.8.

Ausstellung eines Herbariums - Samen und Früchte der Bäume der Welt,
Mo.-Do. 10-15 Uhr
Fr. 10-12 Uhr

Umweltbüro Pankow, Hansastraße 182 A, 13088 Berlin, Verkehrsverbindung: Tram M4, 27 und Bus 156, 259, Tel.: 92091007 oder 92090480, umweltbuero@agrar-boerse-ev.de, www.umweltbuero-pankow.de

21.4.-31.12.

Wie kann man mit Schulhöfen Bäume retten?
Di-So 10-18 Uhr
Wanderausstellung, um zu erfahren, wie man jeden Tag helfen kann, ganze Wälder zu bewahren. Ort: Berliner Kindermuseum MACHmit!, Senefelderstr. 5, 10435 Berlin, Entgelt: Erwachsene 4,50 Euro, Kinder 3 Euro

23.4.10-30.1.11

Humboldts Grüne Erben
Täglich 10-18 Uhr
Sonderausstellungen über den Botanischen Garten und das Botanische Museum in Dahlem 1910-2010, Ort: Botanisches Museum Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 6-8, 14195 Berlin, Tel.: 030/ 83850100, Entgelt: Erwachsene 2,50 Euro, Kinder 1,50 Euro

2.6.-26.8.

Ernährung - aber wie?
Ort: Umweltladen Mitte, Seestraße 49, 13347 Berlin, Tel.: 030/ 901846081 oder 030/ 901846082 umweltamt.uwl@ba-mitte.verwalt-berlin.de

24.7.-30.9.

Fotoausstellung: Japanische Architektur und Lehmputze
Täglich 10-18 Uhr
Ort: Lehmmuseum Gnevsdorf, 19395 Buchberg, OT Gnevsdorf, Entgelt: 3 Euro, Infos: Tel. 038737/ 20207, www.fal-ev.de

4.8.-31.8.

Fotoausstellung: Blütenzauber der Natur
Mo.-Do. 10-15 Uhr, Fr. 10-12 Uhr
Umweltbüro Pankow, Hansastraße 182 A, 13088 Berlin, umweltbuero@agrar-boerse-ev.de, www.umweltbuero-pankow.de

1.9.-30.11.

Heizsysteme im Vergleich
Mo.-Do. 10-15.30
Interessantes über Heizen mit Holz, Gas und Öl, Wärmepumpen, Solarenergie und Brennstoffzellen sowie Gesetze und Förderprogramme.
Ort: Umweltladen Mitte, Seestraße 49, 13347 Berlin, Tel.: 030/ 901846081 oder 030/ 901846082, umweltamt.uwl@ba-mitte.verwalt-berlin.de

Regelmäßig

Montags

Energieberatung
14-tägig, 13-16.00 Uhr
Mit Herrn Becker, Kosten: 5 Euro, Umweltbüro Pankow, Hansastr. 182 A; Tel. 0900-1 3637443

Pilzberatung GRÜNE LIGA
Mo-Mi, 9-15 Uhr
mit Elisabeth Westphal
GRÜNE LIGA, Prenzlauer Allee 8 Prenzlauer Berg;

RBB - OZON
14-tägig 22.05 Uhr

Wehrpflicht von A-Z - Beratung
Mo 15-18 Uhr
Kampagne gegen Wehrpflicht, Kopenhagener Str. 71, Prenzlauer Berg; Tel. 44013025

VoKü und Treffen der Transition Town Initiative Friedrichshain-Kreuzberg.
Mo 19.30 Uhr
Ort: Nachbarschaftstreff K19, Kreutzigerstr. 19, info@soned, Tel. 2945401

Vegetarischer Runder Tisch
2. Mo 18 Uhr
Seerose, Mehringdamm 47, Kreuzberg, U Mehringdamm Tel. 3218184

Dienstags

Attac Berlin Regiongruppentreffen
3. Di, 19 Uhr
Haus d. Demokratie, Greifswalder Str. 4, Prenzlauer Berg; Tel. 6946101

GRÜNE LIGA/ NABU-Aktiv GRÜNE LIGA
3. Di, 19 Uhr
NABU Berlin, Wollankstr. 4, Pankow Tel. 98608370 NABU

Verkehrs-Rechtsberatung adfc Berlin
Di 19-20 Uhr
ADFC, Brunnenstr. 28, Mitte; Tel. 4484724 nur Mitglieder GRÜNE LIGA

Grüne Radler Versammlung GRÜNE LIGA
1. Di, 19 Uhr
Crellestr. 43, Baubüro, Schönebg

Infos und Beratung zu Freiwilligenarbeit und Engagement weltweit
Di+Do 11-18 Uhr
Kreutzigerstr. 19, Friedrichshain infobüro fernetzt + SONED, Tel. 2945401

Mittwochs

Aktionsbündnis gegen den Havelausbau GRÜNE LIGA
1. Mi, 19 Uhr
Lindenstr. 34, 14467 Potsdam, Haus der Natur; Info-Tel. 44339144

VCD Nordost Aktiventreffen
3. Mi, 18.30 Uhr
VCD LV Nordost www.vcd-nordost.de

per pedes e.V. - Treffen
1. Mi, 19 Uhr
Parochialstr.1-3, Raum 203, Mitte

BISS-Treffen
2. Mi, 19 Uhr
Bürgerinitiative Stadtring Süd (BISS), Plesserstr. 4, Treptow, www.stop-A100.de

Donnerstags

Ökomarkt am Kollwitzplatz GRÜNE LIGA
12-19 Uhr
Kollwitz-/Wörther Str.; 12-19 Uhr Ernährungsberatung, Pilzberatung, Tel. 443391-48

Stadt - Land - Fluss
1. Do, 19 Uhr
Infotreffen Landgruppe & "Stadt sucht Leben"; Kotti e.V., Adalbertstr. 95a, Kreuzberg; Tel. 6123430, www.landprojekt.de

Sonntags

ZDF-Umwelt
So, 13.15-13.45 Uhr

Radtour zu verkehrspolitischen Schwerpunkten
1. So, 14 Uhr
Rotes Rathaus; Tel. 81887615 www.gruene-radler-berlin.de

Naturschutzjugend-Treff
letzter So, 15 Uhr
Naturerlebnisgarten, am S-Bhf. Bornholmer Str., Bösebrücke, Wedding; Tel. 51067134

Öko-Märkte

Dahlem, Domäne
Mi 12-18, Sa 8-13 Uhr
Königin-Luise-Str. 49
Info-Tel. 666 300 24

Friedrichshain, Samariterstr., Nähe Kirche
Fr 12-18 Uhr
Info-Tel. 39030477

Kreuzberg, Chamissoplatz
Sa 8-14 Uhr
Info-Tel. 843 00 43

Kreuzberg, Lausitzer Platz
Fr 12-18/18.30 Uhr
Info-Tel. 394 40 73

Kreuzberg, Zickenplatz
Di 12-18/18.30 Uhr
Hohenstaufenplatz/Schönleinstr.
Info-Tel. 394 40 73

Mitte, Zionskirchplatz
Do 12-18.30 Uhr
Kastanienallee/Veteranenstr.
Info-Tel. 394 40 73

Moabit, Thusneldaallee
Mi 12-18 Uhr
gegenüber dem Rathaus Tiergarten
Info-Tel. 39 03 04 77

Prenzlauer Berg, Kollwitzplatz GRÜNE LIGA
Do 12-19 Uhr
Kollwitz-/Ecke Wörther Str.
Info-Tel. 44 33 91 48

Zehlendorf, Kastanienhof
Sa 8.30-13 Uhr
Mi 12-17 Uhr (Kl. Markt)
Clayallee/Propst-Süßmilch-Weg
Info-Tel. 394 40 73

Umwelt-News auf einen Klick
TV · Radio · Webseiten · Mailinglisten
www.janun.de/umweltinfo

www.de.indymedia.org
Ökologie
Biopolitik
Atom
Unabhängiges Medienzentrum

GRÜNE LIGA Berlin e.V. GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen

Landesgeschäftsstelle:
Prenzlauer Allee 8
10405 Berlin-Prenzlauer Berg
Tel. 030 / 44 33 91-0, Fax -33
berlin@grueneliga.de

Projekte (Durchwahl, E-Mail):
Umweltbibliothek: -30
DER RABE RALF: -47
raberalf@grueneliga.de
Ökomarkt/Ernährungsberatung: -48
oekomarkt.kollwitzplatz@...
Presse/Öffentlichkeitsarbeit: -49
NATOUR Reisen: -50, Fax -53
natour@grueneliga.de
Lokale Agenda 21 Berlin: -65
berliner.agenda21@...
Beratung/Hofbegrünung: -49
hofberatung.berlin@...
Artenschutz an Gebäuden: -49
Wasser: -44, wasser@...
International: -70, gl.internat@...
Schulhofdschungel: -71
schulhofdschungel@...de

Kleinanzeigen

Private Kleinanzeigen kosten nicht die Welt, sondern 0,55 Euro pro Zeile (ca. 30 Zeichen), bitte Vorkasse (Briefmarken, bar). Für 0,50 Euro zusätzlich schicken wir ein Belegexemplar. Redaktionsadresse siehe Impressum.

Bio-Food Coop in der Dunckerstr. sucht noch Mitkäufer/innen. Monatsbeitrag 6,50 EUR + Ladendienst. Tel: 4415082

Stiftung für Annahme und Wertschätzung, Wirkstätte des Wahrnehmens & Wandels, lädt PartnerInnen zum Leben & Arbeiten ein & zur **Balance** von sozialem Mehrwert, Basiseinkommen und Diversity. Bitte kurz Ihre offene & persönliche Antwort: Was ist: Angst? Ein Wunder? Ihr größter Erfolg? Chiffre: Trau dich!

Suche 20 bis 30 m² großen **Lagerraum für Bücher**, bevorzugt Nähe Kollwitzplatz. Thomas Döring, Knaackstr. 39, 10435 Berlin, Tel:. 4420389, verkauf-von-buechern@web.de

Große Immobilie z.B. Landhaus, Bauernhof, gerne Renovierbedarf und Ausbau, im Berliner Umland mit großem Grundstück von privat zu kaufen gesucht. Mitkäufer, die Interesse an einer kreativ-sozialen „Alters"-WG, Biolandwirtschaft u.ä. haben, melden sich bitte bei Ursula Maria Pfund, 030 - 7680 6383, ulla_pfund@yahoo.de

IMPRESSUM

DER RABE RALF
Die Berliner Umweltzeitung

Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin-Prenzlauer Berg (Tram M2 Metzerstr.; U2 Senefelderpl.)
Tel.: (030) 44 33 91-47, -0, Fax -33
E-Mail: raberalf@grueneliga.de
www.raberalf.grueneliga-berlin.de

Herausgeber: GRÜNE LIGA Berlin e.V.
ISSN: 1438-8065
V.i.S.d.P.: Leif Miller
Redaktion: Jochen Mühlbauer
Matthias Bauer, Björn Klingspohn,
Martin Sprenger, Christoph Vinz
Satz/Layout: Evelin Bulling
Karikaturen: Freimut Woessner
Vertriebsleitung: Björn Klingspohn
Webseite: Martin Sprenger

Post-Bezug: siehe Abo-Coupon im Heft
Konto: Nr. 306 05 02,
Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ 100 205 00 (Spenden steuerabzugsfähig)

Erscheinen: zu Beginn gerader Monate
Redaktionsschluss: 5. des Vormonats,
Anzeigen und Termine bis 15. des Vormonats

Anzeigenvertretung: bio-event AGENTUR
Carina Röder, Tel.: 0162/8827719
carina.roeder@bio-eventagentur.de
www.bio-eventagentur.de
Grundpreis: 0,60 Euro je Spalte und mm (netto)
Kleinanzeigen: über die Redaktion, je 30 Zeichen 55 Cent, nur Vorkasse (Briefmarken, bar)

Auflage: 11.000
Druck: Union Druckerei, Berlin

Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers wieder. Die Redaktion behält sich das Bearbeiten von Beiträgen vor. Für unverlangt eingesandte Texte und Materialien keine Haftung. Beiträge bitte möglichst per E-Mail senden. Nachdruck nach Rücksprache gestattet und erwünscht, bitte Quelle angeben, Belegexemplar schicken.

Eigentumsvorbehalt: Dieses Heft bleibt bis zur Aushändigung an den Adressaten Eigentum des Herausgebers. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Hefte sind unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung an den Herausgeber zurück zu senden.

GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen

Lieblingsalleen gesucht

Bundesweiter Wettbewerb sucht die schönsten Alleen Deutschlands

Die einzigartige Atmosphäre in Alleen begeistert Generationen von Alleen-Fans zu jeder Jahreszeit. Das Bundesumweltministerium (BMU) und die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e.V. (SDW) suchen daher gemeinsam bis zum 30. September die beliebtesten Alleen Deutschlands. Alle Beiträge werden in einer Landkarte im Internet auf **www.alleen-fan.de/Kampagne/Lieblingsalleekarte.html** vorgestellt, so dass für jeden Alleen-Fan immer wieder neue Entdeckungen in ganz Deutschland möglich werden.

SDW-Präsident Dr. Wolfgang von Geldern freut sich auf die Vervollständigung der Alleenkarte: „Jede Allee ist uns willkommen, ob es nun die romantische Lindenreihe entlang der Deutschen Alleenstraße, die neu gepflanzte Obstbaumallee direkt vor der Haustür oder die alte, denkmalgeschützte Allee aus dem Schlosspark ist."

Jeder Beitrag sollte die genaue Lage, Fotos, kurze Beschreibungen der Allee und eventuelle touristische Besonderheiten der Umgebung enthalten. Interessant sind aber auch die persönlichen Geschichten, die eine spezielle Allee zur Lieblingsallee werden lassen. Jeder Einsender bekommt ein Postkartenset der Alleen-Fan-Kampagne als kleines Dankeschön. Für den Einsender der schönsten Allee mit der spannendsten Geschichte wird ein Alleen-Fan-Picknickkorb ausgelobt. *jm*

Einsendungen bis 30. September:

info@alleen-fan.de
SIEBENGRÜNDE .
Büro für Kommunikation
Christinenstr. 18-19, Haus 5
10119 Berlin

Infos:
Tel.: 030/ 41716954
www.alleen-fan.de

LESERINNENBRIEFE
LESERBRIEFE

Drei Tiere müssen sterben

DER RABE RALF, April/Mai 2010: „Couscous mit Fleisch" von Alassane Ba, S. 24

Erst kürzlich haben wir noch darüber gesprochen, dass der RABE RALF eigentlich die einzige derzeit wirklich korrekte Zeitung sei- und dann das! Gleich drei Tiere müssen sterben, bevor dieses „leckere" Gericht zubereitet werden kann! Hat die GRÜNE LIGA mal kurzfristig vergessen, dass für die Rinderzucht der Regenwald gerodet wird? Wir (mein Mann und ich) haben seit mehr als 30 Jahren schon ein für allemal begriffen, dass das Essen von totgemachten Tieren den Menschen nur in den Abgrund führen kann, auf allen Ebenen! Und spätestens seit 20 Jahren wissen wir auch definitiv, dass die ganze Nutztierzucht dringend abgeschafft gehört aus ethischen und genauso aus rationalen, ökologischen, ökonomischen und biologischen Gründen!

Ich beschäftige mich seit etwa dreieinhalb Jahrzehnten intensiv mit dieser Thematik, zusammen mit meinem Mann. Und wir sind dabei zu der unumkehrbaren Ansicht gekommen, dass der Mensch von allen Ebenen seines Daseins her ein reiner Pflanzenesser nicht nur sein sollte, sondern auch in Wirklichkeit ist! Ich bin sogar beim Schreiben über „Unsere Zivilisation- eine Entwicklung von Gewalt" (Arbeitsthema) zu der unumkehrbaren Anschauung gelangt, dass das Erkennen der Perversität unseres Essverhaltens und der damit verbundenen grausamen Versachlichung des Tieres (in der Sprache der Vivisektionswissenschaftler zum Beispiel: „Schmerzfähige Materie") der einzige Schlüssel ist, um die Türe zu öffnen zu dem nun einzig noch verbliebenen heilsamen Weg für uns Menschen! Über die Symbiose von Mensch und Tier habe ich eine 18-seitige Abhandlung geschrieben mit vielen Infos auch ganz konkreter Art aus der Ernährungsphysiologie. Wenn Sie möchten, schicke ich Ihnen das auch gerne mal zu!

Jele Votava, Fritz- Reuter- Str.3
14822 Borkwalde

Konsequenz bei Ökostrom

DER RABE RALF, Juni/Juli 2010: „Atomkraft ist keine Alternative" von jm, S. 14

Ich stimme dem allgemeinen Tenor des Artikels voll zu, dass Atomkraft keine Alternative ist - dazu gibt es zum Beispiel die sehr aufschlussreiche Dokumentation „Uranium - is it a country?" (als DVD) über die Hintergründe und Umweltschäden der Urangewinnung. Allerdings betrachte ich den Entega-Beitrag fast schon als (eigentlich so zu kennzeichnende) „Anzeige". Zwar ist die Ausrichtung des Unternehmens auf den Ausbau der erneuerbaren Energien zu begrüßen, jedoch ist Entega über den Mutterkonzern HEAG mit E.ON verflochten, so dass die Geldströme der Kunden zumindest anteilig wieder dort landen und damit der rückwärtsgewandten Kohle- und Atomstrategie des Stromriesen zugute kommen (jede Wette, dass ein entsprechender Gewinnabführungsvertrag existiert!).

Warum dann nicht gleich konsequent zu einem der vier nicht mit den Konzernen verflochtenen Anbieter wechseln (EWS Schönau, Greenpeace Energy, Naturstrom, Lichtblick)? Ökostrom kommt genau dann „raus aus der Nische" (Zitat Holger Mayer), wenn viele wechselwillige Verbraucher diesen Schritt machen. Zudem ist ein Unternehmen, das nicht ausschließlich Ökostrom anbietet, für mich nicht hundertprozentig glaubwürdig - vergleiche Tarifübersicht Strom auf www.entega.de - (zumindest der Basistarif ist offenbar konventionell/fossil). Statt Entega einen oder alle der vier genannten Anbieter beim Umweltfestival zu präsentieren, wäre daher die bessere Wahl gewesen.

Steffen Walter, Herbartstr. 5A
14612 Falkensee

Anzeige

Aus Platzgründen kann hier nur ein Auswahl von Umwelt-Adressen in Berlin und Umgebung veröffentlicht werden. Die grau unterlegten Adressen sind Mitglieder der GRÜNEN LIGA.

ADFC - Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club, Brunnen- 28, 10119 (Mitte), T 4484724, F 44340520, www.adfc-berlin.de

AG Kleinstlandwirtschaft und Gärten in Stadt und Land c/o FU, Inst. für Soziologie, Babelsberger - 14-16, 10715 (Wilmersdorf) T 85002110, http://userpage.fu-berlin.de/~garten

Agenda-Agentur Berlin Runge- 22-24, 10179 (Mitte) T 6128087-1/-2/-3, F -4, www.agenda-agentur.de

Aktionsgemeinschaft Gleisdreieck c/o Büro Rheinlaender, Crelle- 43, 10827 (Schöneberg) T 7883396, F 7811059, Matthias Bauer, T 2151135, www.berlin-gleisdreieck.de

Aktion Tier - Menschen für Tiere e.V. Kaiserdamm 97, 14057(Charlottenburg), T 30103831, F -34

A-Laden Brunnen- 7, 10119 (Mitte), T 0176-20459418, www.a-laden.org

Anti-Atom-Plenum c/o Papiertiger, Cuvry- 25, 10997 (Kreuzberg), www.squat.net/aap-berlin

Arbeitskreis Amalgam c/o KIK, Christina Asse, Fehrbelliner - 92, 10119 (Mitte), T 4439884

Arbeitskreis Igelschutz Berliner - 79a, 13467 (Hermsdorf), www.igelschutzberlin.de

Arbeitskreis Nordkaukasus c/o Vitali Kovaljov, Str. d. Pariser Kommune 11, 10243 (Friedrichshain), T 4286925, F 42851659, vitalij.kovalev@nabu.de

Arbeitskreis Verkehr und Umwelt (UMKEHR) e.V. Exerzier- 20, 13357 (Wedding), T 4927-473, F -972, www.umkehr.de

Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung e.V. Kopenhagener- 71, 10437 (Prenzl. Berg), T 44013028, www.asfrab.de

Arche Plesser- 3, 12435 (Treptow), T 5337104, www.bekenntniskirche.de

Arge Autofrei Wohnen in Berlin c/o Markus Heller, T/F 2807940, www.autofrei-wohnen.de

Attac Gneisenau- 2a, 10969 (Kreuzberg) T 69517791, F 6926590, www.attacberlin.de

autofrei leben! e.V. Koppenplatz 12, 10115 (Mitte), T 23135674, www.autofrei.de

BANA mobil Projektbüro im Kotti e.V., Karin Paproth, Kamminer - 4, 10589 (Charlottenburg), T/F 4429603, bana-mobil@web.de

Barnimer Aktionsbündnis gegen gentechnische Freilandversuche c/o DOSTO, Breitscheid- 43a, 16321 Bernau, T/F 03338/5590, www.dosto.de/gengruppe

B.A.U.C.H. e.V. Verein für Umweltchemie, Wilsnacker - 15, 10559 (Moabit), T 394-4908, F -7379, bauch@alab-berlin.de

BauFachFrau e.V. *Ökolaube, Komposttoilettenausstellung* Lehder- 108, 13086 (Weißensee), T 925-2483, F -1964, www.baufachfrau-berlin.de

Baumschutzgemeinschaft c/o A. Solmsdorf, Windscheid- 40, 10627 (Charlottenb.), T 0170/2147676 kontakt@bmsgb.de

Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag Greifswalder- 4, 10405 (Prenzl. Berg) T 4285-1587, www.ber-landesnetzwerk.de

Berlin 21 Greifswalder - 4, 10405 (Prenzl. Berg), T 420823-63, Fax -80, www.berlin21.net

Berliner Tierrechtsaktion www.tr-berlin.tk

B.F.S.S. Büro für stadtteilnahe Sozialplanung GmbH Müller- 155, 13353 (Wedding), T 4617771, www.bfss-berlin.de

BI Berliner Luft + Fahrgastbeirat Hohenschönhausen Ahrenshooper - 5/ Zi. 1, 13051, T/F 9621033

BI FREIe HEIDe c/o Benedikt Schirge, Dorf- 27, 16831 Zühlen, T/F 033931-2338, www.freie-heide.de

BI Müggelsee c/o Thomas Kasper, Bruno-Wille- 9, 12587 (Friedrichshgn.), T 6457673 (Rita Abert), jukunda@yahoo.de

BI „Nein zum Kohlekraftwerk“ Alte Schmiede, Spitta- 40, 10317 (Lichtenberg), www.kraftwerksneubau.de

Biochemischer Verein Greifswalder - 4, 10405 (Prenzl. Berg), T 2044599, www.biochemischerverein-berlin.de

BIP - Biomasse in Pankow Gundolf Plischke, Duncker- 46, 10439 (Prenzl. Berg), T 747682-36, F -37, www.biomasse-in-pankow.de

BI Rettet die Marienfelder Feldmark J. Müller, Illig- 82a, 12307, T 7463527

Bürgerberatung Energie und Umwelt, Berliner Energietelefon 3016090 Gesellschaft für Lärmbekämpfung e.V. Sauerbruch-23, 14109 (Zehlendorf), T-3016090, F 80602497, kostenloses Auskunftstelefon Di, Do 10-14 Uhr

Bürgerinitiative (BISS) Plesser- 3,

B-Laden Lehrter - 27-30, 10557 (Moabit), T/F 3975238

BLN - Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz Potsdamer - 68, 10785 (Tiergarten), T 2655-0864, -0865, F -1263, www.bln-berlin.de

BLUE 21 - Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung c/o FDCL, Gneisenau- 2a, 10961 (Kreuzberg), T 6946101, F 6926590, www.blue21.de

Botanischer Verein Königin-Luise- 6, 14195 (Dahlem), T 7748437, www.botanischer-verein-brandenburg.de

Britzer Umweltforum Fulhamer Allee 53, 12359, T 6079338

BUND - Bund für Umwelt und Naturschutz *LandesGSt* Crelle- 35, 10827 (Schöneberg), T 787900-0, F -18 *BundesGSt* Am Köllnischen Park 1, 10179 (Mitte), T 275864-0, F -40, www.bund-berlin.de

BUNDjugend *LandesGSt* Erich-Weinert- 82, 10439 (Prenzl. Berg), T 392-8280, F -7997 *BundesGst* Am Köllnischen Park 1, 10179 (Mitte), T 275865-0, F -55, www.bundjugend-berlin.de

Bundesumweltministerium Alexanderstr. 3, 10178 (Mitte), T 18305-0, F -4375, www.bmu.de

Bündnis 90/Die Grünen *Landesverb.*, *Bereich Umwelt* Linden- 20-25, 10969 (Kreuzberg), T 615005-0, F -99, *Grüne Jugend* -43, www.gruene-berlin.de

Abgeordnetenhaus Niederkirchner- 5, 10111 (Mitte), T 232524-00, F -09, *Umwelt* -06/-62, *Verkehr -12*

Bundestag, *Bereich Umwelt*, Luisen- 32-34, 10117 (Mitte), T 2275-8939, F -6911, ak2@gruenefraktion.de

Bürgerverein Brandenburg-Berlin (BVBB) *gegen Flughafen Schönefeld* Heinrich-Heine-- 3-5, 15831 Mahlow, T/F 03379/201434, www.bvbb-ev.de

Cöllnische Heide e.V. c/o Dr. Erxleben, Steinbach- 11, 12489 (Adlershof), T 67198381

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner\nInnen (DFG-VK) Görlitzer - 63, 10997 (Kreuzberg), T 61074411, www.dfg-vk.de

Deutsche Umwelthilfe (DUH) Hackescher Markt 4, 10178 (Mitte), T 2400867-0, F -19, www.duh.de

Deutscher Bahnkundenverband (DBV) Kurfürstendamm 11, 10719 (Charlottenburg), 634970-76, F -99, www.bahnkunden.de

Deutscher Naturschutzring (DNR) Marien-19/20, 10117 (Mitte), T 6781775-70, F -80, www.dnr.de

Diözesanrat der Katholiken, Sachausschuss Eine Welt und Bewahrung der Schöpfung, Niederwall- 8/9, 10117 (Mitte), T 32684-206, F -203, www.dioezesanrat-berlin.de

ecovillage e.V. c/o H.-R. Brinkmann, Diepholzer - 2, 49088 Osnabrück, T/F 0541/445941, www.ecovillage.de

European Network for Mobility and Local Agenda 21, Benda-15, 12051(Neukölln), info@mobilocal21.org

Fachverband Biogas c/o Roland Schnell, Graefe- 14, 10967 (Kreuzbg.) T 707198-60, F -62, www.graskraft.de

FIAN - Food First Information and Action Network Greifswalder - 4, 10405 (Prenzl. Berg), T 42809107, www.fian.de

Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau (FÖL) e.V. Marien- 19-20, 10117 (Mitte), T 28482440, F -48, www.bio-berlin-brandenburg.de

Förderverein Naturpark Südgelände c/o Hans Göhler, Sophie-Charlotten-59, 14057 (Charlottenb.), T 3217731

Förderverein Landschaftspark Nordost Dorf- 4a (Dorfkate Falkenberg), 13057, T/F 9244003, www.dorfkate-falkenberg-berlin.de

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS), Schweden- 15a, 13357 (Wedding), T 7623991-30, F -59, foes@foes.de, www.foes.de

FUSS e.V. - Fußgängerschutzverein, Exerzier- 20, 13357 (Wedding), T 4927-473, F -972, www.fuss-ev.de

Future-on-Wings e.V. c/o Afrikahaus, Bochumer - 25, 10555 (Moabit), T 3928567, www.future-on-wings.net

Gen-ethisches Netzwerk (GeN) Brunnen- 4, 10119 (Mitte), T 6857073, F 6841183, www.gen-ethisches-netzwerk.de

Germanwatch Voß- 1, 10117 (Mitte), T 288835-60, F -61, www.germanwatch.org

Gesellschaft für Ausbildung, innovativen Landbau und Arbeit - GAIA e.V., Plauener - 160, 13053 (Hohenschönhausen), T 981992-0, F -37, www.gaia.de

Gesellschaft Naturforschender Freunde c/o Inst. f. Zoologie der FU, Königin-Luise- 1-3, 14195 (Dahlem), T 8383917, F -16

Gesundheitsladen Zionskirch- 49, 10119 (Prenzl. Berg), T 6932090, www.gesundheitsladen-berlin.de

Graswurzelrevolution c/o BAOBAB, Christburger - 38, 10405 (Prenzl. Berg), T 4426174, F 44359066, gwrbln@mailandnews.com

Greenhouse Infopool Duncker- 14, 10437 (Prenzl. Berg), www.jpberlin.de/greenhouse

Greenpeace Chaussee- 131, 10115 (Mitte), T 283915-50, F -51, www.greenpeace-berlin.de

GRÜNE LIGA e.V. *BundesGSt.*, *Red. ALLIGATOR* Greifswalder - 4, 10405 (Prenzl. Berg), T 2044-745, F -468, www.grueneliga.de

GRÜNE LIGA Berlin e.V. *LandesGSt.* Prenzlauer Allee 8, 10405 (Prenzl. Berg), T 443391-0, www.grueneliga-berlin.de

Grüne Radler Crelle- 43, 10827 (Schöneberg), Klaudia Kristine Schmidt, T 81887615, Dieter Hertwig, T 6236833, www.gruene-radler-berlin.de

Grünes Haus für Hellersdorf Boizenburger - 52-54, 12619, T 56298081, F 56499950, www.gruenes-haus-hellersdorf.de

Habitat-Informationsbüro Greifswalder - 33 A, 10405 (Prenzl. Berg), T 428515-85, F -86, habitat-infobuero@berlinet.de

Haus der Natur Potsdam Linden- 34, 14467 Potsdam, T 0331/20155-25, F-27, www.hausdernatur-brandenburg.de

Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) T -15, F -16

Arbeitskreis Naturschutzgeschichte T -25, F -27

ARGUS *Umweltbiblioth.*, T -11, F -12

Förderverein für Öffentlichkeitsarbeit im Natur- und Umweltschutz (FÖN) T -35, F -36

GRÜNE LIGA Brandenburg T -20, F -22

Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände T -50, F -55

NaturFreunde Brandenburg T -40, F -44

Naturschutzbund NABU *LV Brandenburg* T -70, F -77

Naturschutzjugend *LV Brandenburg* T -75, F -78

VCD - Verkehrsclub Deutschland *LV Brandenburg T -60, F -66*

HOLON e.V. *Fr*iedrich-Engels- 26, 15711 Königs Wusterhausen, T/F 03375/294636

HU-RefRat *Referat Ökologie und Umwelt*, Unter den Linden 6, 10099 (Mitte), T 2093-2603, -2614, -1749, F -2396, www.refrat.hu-berlin.de/oeko

I.B.I.S. Bürgerberatungsgesellschaft für Stadterneuerung Ryke -25, 10405 (Prenzl. Berg), T 44358090, F 4406003

IfUR e.V. *Studienarchiv Umweltgeschichte*, Brodaer - 2, 17033 Neubrandenburg, T 0395/5693-224, -255, F -299, www.iugr.net

IGEB e.V. Fahrgastverband S-Bhf. Jannowitzbrücke, Stadtbahnbogen G9, 10179 (Mitte), T 787055-11, F -10, www.igeb.org

IG Saubere Energie Berlin, Haupt- 72, 10317 (Lichtenberg), kontakt@ig-biomasse.de, www.karlshorst-west.de

IG Wuhletal c/o Angele Schonert, Sewan- 181, 10319 (Friedrichsfelde), T 5122816

Infrastrukturelles Netzwerk Umweltschutz (INU) Dorf- 36, 13057 (Falkenberg), T 934427-10, F -29, www.inu-ggmbh.de

Initiative gegen die Verletzung ökologischer Kinderrechte Wundt- 40, 14057 (Charlottenburg), T 3257443

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) Potsdamer - 105, 10785 (Tiergarten), T 884594-0, F 8825439, www.ioew.de

Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) Schopenhauer- 26, 14129 (Nikolassee), T 803088-43, F -88, www.izt.de

Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (inWent) *Abt. Umwelt, Energie, Wasser* Lützow-6-9, 10785 (Tiergarten), T 25482-101, F -103, www.inwent.org

IPPNW *Ärzte gegen Atom* Körte- 10, 10967 (Kreuzberg), T 6980740, F -8166, www.ippnw.de

Jugendfarm Moritzhof Schwedter- 90, 10437 (Prenzl. Berg) T 44024220, F -22, www.jugendfarm-moritzhof.de

Jugendnaturschutzakademie Brückentin, 17237 Dabelow, T/F 039825/20281, www.brueckentin.de

KATE Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung Greifswalder - 4, 10405 (Prenzl. Berg), T 440531-10, F -09, www.kateberlin.de

Kerngehäuse Architektenbüro *Ökologische Bauberatung* Borodin- 20, 13088 (Weißensee), T 44049930, F 47374642 www.kerngehaeuse-architekten.de

Kinderbauernhof „Pinke Panke“ Am Bürgerpark 15-18, 13156 (Pankow), T 47552593 www.kinderbauernhof-pinke-panke.de

KMG *Gestaltung nachhaltiger Entwicklung* Reichenberger - 150, 10999 (Kreuzberg), T 293679-40, F -49, www.kmgne.de

Kunst-Stoffe-Berlin Berliner -17, 13189 Berlin, T 0049(0)30-34089840

Lernwerkstatt ÖkoKita Golliner - 10, 12689 (Marzahn)

Linkspartei Kl. Alexander- 28, 10178 (Mitte) *Ökologische Plattform* T 24009542, F 2411046, www.oekologische-plattform.de *Abgeordnetenhaus, AG Umwelt* c/o Marion Platta MdA, Niederkirchner- 5, 10111 (Mitte), T 232525-50, F -39, platta@linksfraktion-berlin.de

Lokale Agenda 21 *siehe Berlin 21 und GRÜNE LIGA Berlin,* www.agenda21berlin.de

LÖPA - Linksökologische pazifistische Anarchisten c/o M99, Manteuffel- 99, 10999 (Kreuzberg), www.geocities.com/theloepa

Mahlsdorfer Schulbildungsverein c/o Lutz Reineke, Stepenitzer Weg 45, 12621 (Kaulsdorf), T 5662477

Messzelle e.V. *(Umweltanalytik)* Müller-Breslau- 10, 10623 (Charlottenburg), T 3142-5806, F -6863, www.tu-berlin.de/~messev

Moabiter Ratschlag e.V. Rostocker - 32, 10553, T 390812-0, F -29, www.moabiter-ratschlag.de

NaturFreunde Deutschlands e.V. Warschauer- 58a, 10243 (Friedrichshain), T 8332013, F 83203911, www.naturfreunde-berlin.de

Naturfreundejugend Gryphius- 23, 10245 (Friedrichshain), T 325327-70, F-71, www.naturfreundejugend.de

Naturschutz- und Grünflächenämter *siehe Gelbe Seiten: Berlin-Service (vorn) oder Telefonbuch: „Landesregierung - Bezirksämter“ (grau) oder www.berlin.de/verwaltungsfuehrer*

Naturschutzbund NABU *LandesGSt* Wollank- 4, 13187 (Pankow), T 986-08370, F -7051, www.berlin.nabu.de *Bezirksgr. Pankow* T -083728 *Freilandlabor Flughafensee* 4325155 *Bundesvertretung* Invaliden- 112, 10115 (Mitte), T 284984-0, F -84

Naturschutzstation Malchow/Förderverein Dorf- 35, 13051, T 927998-30, F -31, www.naturschutzstation-malchow.de

Naturschutzzentrum Schleipfuhl Hermsdorfer - 11a, 12627 (Hellersdorf), T 9989184

NETZ für Selbstverwaltung PF 620553, 10795, T/F 2169105, www.netz-berlin-brandenburg.de

Netzwerk SPIEL/KULTUR Kollwitz- 35, 10405 (Prenzl. Berg), T 44-28122, F -051192, www.netzwerkspielkultur.de

Neue Lebenswelt e.V. Haus Hoher Golm, Dorf- 156, 14913 Ließen, T 033745-50310, T/F -70922, www.haus-hoher-golm.de

Nichtraucherbund Greifswalder - 4, 10405 (Prenzl. Berg), T 2044583, www.nichtraucher-berlin.de

Ökologisch-Demokratische Partei ödp Erich-Weinert-- 134, 10409 (Prenzl. Berg), T 49854050, www.oedp.de

ÖkoLeA *Ökol. Lebens- und Arbeitsgemeinschaft* Hohensteiner Weg 3, 15345 Klosterdorf, T 03341-3593930, F -309998, www.oekolea.de

Ökowerk Naturschutzzentrum Teufelsseechaussee 22-24, 14193 (Grunewald), T 300005-0, F -15, www.oekowerk.de

OekoGeKKo, Zentrum für Ökologie, An den Bergen, 14552 Michendorf, OT Wilhelmshorst, T 033205/210482 www.OekoGeKKo.de

Pankgräfin e.V./Wagendorf Karow Pankgrafen- 12d, 13125 (Buchholz), T 475996-24, F -25, www.pankgraefin.de

Permakultur-Akademie Kreutziger- 19, 10247 (Friedrichshain), T 89208488, www.permakultur-akademie.net

per pedes e.V. Parochial- 1-3, 10179 (Mitte), T 28340-20, F -21, www.perpedes-ev.de

pro agora - Gesellschaft für nachhaltige Stadtkultur Mühlen- 62-65, 13187 (Pankow), T/F 4257731, www.proagora.de

Robin Wood T 20687813, berlin@robinwood.de, www.robinwood.de

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Clayallee 226a, 14195 (Dahlem), T 8329-137, F -236

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (SenStadt) Am Köllnischen Park 3, 10179 (Mitte), T 9025-0, F -1073, *Umwelt*-Tel. 9025-1111, www.stadtentwicklung.berlin.de

Solarverein Berlin e.V. Paulsen- 55/56, 12163 (Steglitz), T 82097-236,F -366, www.solarverein-berlin.de

Stiftung Naturschutz Berlin Potsdamer - 68, 10785 (Tiergarten), T 26394140, F 2615277, www.stiftung-naturschutz.de

Tauschring Friedrichshain Boxhagener - 89, 10245, T 44359575, www.tauschringe-berlin.de

Tier&Mensch e.V. Ernst Ulich, Baseler - 24, 12205 (Lichterfelde), F 8334638, www.tierundmensch-ev.de

Tierschutzverein - Tierheim Berlin Hausvaterweg 39, 13057 (Falkenberg), T 76888-0, www.tierschutz-berlin.de

Tierversuchsgegner PF 120220, 10592, T 3418043, F 8158199, www.tierrechte.de/berlin-brandenburg

TU-Energieseminar March- 18, 10587 (Charlottenb.), T 314-25280, F -73379 www.tu-berlin.de/fb6/energieseminar

TU-Kooperations- und Beratungsstelle für Umweltfragen - kubus Franklin- 28-29, 7. OG, TUB Sekr. FR 7-1, 10587 (Charlottenburg), T 314-24378, F -24276, www.tu-berlin.de/zek/kubus

Ufa-Fabrik/id22 Victoria- 10-18, 12105 (Tempelhof), T 75503-0, F -110, www.ufafabrik.de

UMKEHR e.V. *siehe ArbeitskreisVerkehr*

Umsonstladen Brunnen- 183, 10119 (Mitte), www.umsonstladen.info

UfU - Unabhängiges Institut für Umweltfragen Greifswalder - 4, 10405 (Prenzl. Berg), T 428499332, F 42800485, www.ufu.de

Umwelt und Bildung e.V. Storkower - 36, 15537 Gosen, T/F 03362/8432, www.umbi.de

Umweltämter der Bezirke *siehe Gelbe Seiten: Berlin-Service (vorn) oder Telefonbuch: „Landesregierung - Bezirksämter“ (grau) oder www.berlin.de/verwaltungsfuehrer*

Umweltbeauftragter der ev. Kirche Pfr. Reinhard Dalchow, Pufendorf- 11, 10249 (Friedrichshain), T 417242-28, F -29, rdalchow@t-online.de

Umweltberatungsstelle Berlin e.V. Nikolsburger Pl. 6, 10717 (Wilmersdorf), T 8618778, F 8621885

Umweltbüro Berlin Pankow Hansa- 182A, 13088 (Weißensee), T 92091007 oder 92090480, F 92093007, umweltbuero@agrarboerse-ev.de

Umweltforum Berlin Auferstehungskirche Pufendorf- 11, 10249 (Friedrichshain), T 5268021-0, F -10, www.besondere-orte.de

Umweltforum Karlshorst c/o Warnheim, Heiligenberger - 12, 10318, T 5083266

UmweltKontaktstelle Lichtenberg am Interkulturellen Garten, Liebenwalder Str. 12-18, 13055 (Lichtenberg), T 818590-98, F -97, umwelt@sozdia.de, www.umwelt.sozdia.de

Umweltladen Lichtenberg Türrschmidt- 21, 10317, T 5578313

Umweltladen Mitte See- 49, 13347 (Wedding), T 2009460-81, F -80, www.berlin.de/ba-mitte/org

Urgewald e.V. Prenzlauer Allee 230, 10405 (Prenzl. Berg), T 443391-68/-69, F- 33, www.urgewald.de

VCD - Verkehrsclub Deutschland *LandesGSt* Yorck- 48 10965 (Schöneberg), T 4463-664, F -703, www.vcd-nordost.de *BundesGSt* Koch- 27, 10969 (Kreuzberg), T 280351-0, www.vcd.org

Vegetarische Alternative c/o Ingo Seubert, Fritsche- 29, 10585 (Charlottenburg), T 34389159, www.vega-vebu-berlin.de

Verbraucher Initiative Elsen- 106, 12435 (Treptow), T 536073-3, F -45, www.verbraucher.org

Verbraucherzentrale Berlin Hardenbergplatz 2, 10623 (Charlottenb.), T 214850, F 2117201, www.vz-berlin.de

Volksbund Naturschutz Königin-Luise- 6-8, 14195 (Zehlend), T 84107131, F 83229321, www.vbnev.de

WEED *Weltwirtschaft, Ökologie, Entwicklung* Eldenaer- 60, 10247 (Friedrichshain), T 275-82163, F -96928, www.weed-online.org

Wurzelwerk e.V. *Food-Coop* Oder- 10, 10247 (Friedrichshain), T/F 2941216

WWF *Gruppe Berlin-Brandenburg* c/o Katharina Borcke, T 0163/2313241, wwf-gruppe-berlin@wwf.de

Zukunftsstiftung Landwirtschaft Marien- 19-20, 10117 (Mitte), T 24047146, F 27590312, www.zs-l.de

Fehler gefunden?
Bitte melden!
Tel. 44 33 91-47,-0
Fax -33
raberalf@grueneliga.de

Das war das

UMWELTFESTIVAL 2010

GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen

2010 Internationales Jahr der biologischen Vielfalt